



universität
wien

DIPLOMARBEIT

TITEL DER DIPLOMARBEIT

AUFBAU DER ZWEITEN REPUBLIK ÖSTERREICHS.

WIEDERGEURT ODER NEUGEURT?

KONTINUITÄTEN UND VERÄNDERUNGEN ZWISCHEN ERSTER
UND ZWEITER REPUBLIK.

VERFASSER

DOMINIK DAX

ANGESTREBTER AKADEMISCHER GRAD

MAGISTER DER PHILOSOPHIE (MAG. PHIL.)

WIEN, IM OKTOBER 2009

STUDIENKENNZAHL LT. STUDIENBLATT: A 190 313 406

STUDIENRICHTUNG LT. STUDIENBLATT: LEHRAMT GESCHICHTE UND MATHEMATIK

BETREUER: UNIV.-PROF. DR. KARL VOCELKA

*Danke Mama, Danke Papa,
das aus mir was Gscheids wordn is.*

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1. Fragestellung	9
2. Die Parteien als Bindeglied zwischen Erster und Zweiter Republik	13
2.1 Die Rolle der Parteien beim Aufbau der Zweiten Republik	13
2.1.1 Die Parteien als Schöpfer der Zweiten Republik.....	14
2.1.2 Die Rückkehr der politischen Eliten	18
2.1.3 Die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft	21
2.1.4 Der strukturelle Aufbau der Parteien	24
2.2 Personelle Kontinuitäten innerhalb der politischen Vertreter	27
2.3 Die inhaltliche Positionierung der ÖVP.....	33
2.3.1 Neugründung einer Partei?	33
2.3.2 Ideologische Ausrichtung	37
2.3.3 Bekenntnis zur Demokratie.....	43
2.3.4 Betonung des Österreichertums	45
2.3.5 Umgang mit der Vergangenheit	47
2.4 Die inhaltliche Positionierung der SPÖ.....	50
2.4.1 Die Wiedergründung der Sozialdemokratie	50
2.4.2 Die Anschluss-thematik und das Bekenntnis zu Österreich	54
2.4.3 Das Demokratieverständnis der SPÖ	60
2.4.4 Die neue Rolle der SPÖ im Staat.....	67
2.5 Das politische Verhältnis von SPÖ und ÖVP.....	71
2.5.1 Die Sichtweise der SPÖ.....	72
2.5.2 Die Sichtweise der ÖVP.....	75
2.5.3 Politische Instrumentalisierung	78
2.6 Die Zusammenarbeit in der Koalition	80
2.6.1 Erklärungsversuche für die Zusammenarbeit	80
2.6.2 Abschwächung der Lagerideologien	86
2.6.3 Tabuisierung von Gegensätzen.....	90

3. Der Wiederaufbau Österreichs im Jahr 1945.....	99
3.1 Die Parlamentarische Staatsform	99
3.2 Die politischen Verwaltungseinrichtungen	107
3.3 Die Verfassung	113
3.4 Die Rolle der Länder	121
4. Mahnmal Erste Republik.....	131
5. Ergebnisse.....	137
6. Kritische Betrachtung der Ergebnisse.....	141
Literaturverzeichnis.....	145
Abstract.....	151
Lebenslauf	152

Einleitung

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit in den Bereichen von Politik und Staat beim Aufbau der Zweiten Republik Rückgriffe auf die Zeit der Ersten Republik erfolgten. Dazu wird versucht, Kontinuitäten zwischen den für die Erste Republik symptomatischen Eigenheiten und den sich ab 1945 herausbildenden Strukturen der Zweiten Republik aufzuzeigen und zu begründen.

Zum besseren Verständnis, welcher Wert dieser Arbeit beizumessen ist, soll gleich zu Beginn geklärt werden, was die folgenden Kapitel nicht beinhalten.

Im Rahmen des behandelten Themas wird zwar auf einige zentrale Entwicklungen der Ersten Republik sowie auf wesentliche charakteristische Merkmale beim Aufbau der Zweiten Republik eingegangen, es wird allerdings an keiner Stelle der Anspruch auf eine vollständige Abhandlung der historischen Entwicklungen erhoben. Diese Arbeit dient nicht als vollwertige Darstellung der österreichischen Geschichte, ebenso wenig stellt sie eine ausreichende Geschichte der politischen Parteien oder gar eine Aufreihung von Biographien von damaligen Politikern dar.

Einige für das Zustandekommen eines historischen Gesamtbildes unabdingbare Teilaspekte werden gänzlich ignoriert, wie etwa die gesamte Zeit des Nationalsozialismus sowie dessen Aufarbeitung, die außenpolitische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg oder der wirtschaftliche Wiederaufbau. Ein Grundstock an Wissen über die österreichische Geschichte des 20. Jahrhunderts wird somit vorausgesetzt.

Ebenso wenig soll der Eindruck erweckt werden, dass es sich hierbei um einen Vergleich von Erster und Zweiter Republik mit dem Ziel einer Beurteilung der Ereignisse handelt. Es erfolgt keine Einteilung in ein „Besser“ und „Schlechter“ oder „Richtig und Falsch“. Schon allein die bereits erwähnte äußerst lückenhafte Darstellung erlaubt keine solche Vorgehensweise.

Es wird einzig und allein aus der Anfangszeit der Zweiten Republik stammenden Indizien nachgegangen, die auf einen Fortbestand von Elementen der Ersten Republik schließen lassen. Sämtliche Darstellungen der historischen Ereignisse sind im Rahmen dieser Fokussierung zu verstehen.

Zur besseren Orientierung soll abschließend noch die Einteilung der Kapitel erläutert werden:

Das Fragekapitel dient dazu, die grundsätzliche Motivation und Notwendigkeit der vorliegenden Diplomarbeit zu erklären und die Eingrenzung der Themenstellung zu rechtfertigen.

Im nächsten Abschnitt wird den politischen Parteien mit einem eigenen, sehr umfangreichen Kapitel mehr Platz eingeräumt, als es ursprünglich beabsichtigt war. Dieser Umstand gibt in gewisser Weise schon ein Ergebnis dieser Arbeit preis, denn da sich die Parteien der Zweiten Republik nicht eindeutig in ein "entweder-oder" - Modell von Kontinuität oder Diskontinuität einfügen ließen, musste eine differenziertere Darstellung vorgenommen werden.

Auf eine gesonderte Beschreibung der KPÖ wurde verzichtet, da sie die Entwicklung der Ersten Republik nicht im ausreichenden Maße prägte, um als charakteristisches Merkmal der Zwischenkriegszeit zu gelten, und auch in der Zweiten Republik innenpolitisch nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Das dritte Kapitel analysiert das staatliche Grundgerüst der Zweiten Republik hinsichtlich wiederverwendeter Elemente der Ersten Republik und soll aufzeigen, inwieweit die Wiederaufbauarbeiten des Jahres 1945 einer Fortsetzung des Modells der Ersten Republik gleichkamen.

Dass die Erste Republik nicht nur als Vorbild für die Zweite Republik diene, sondern auch die negativen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit Verwendung fanden, um aus den vorangegangenen Fehlentwicklungen zu lernen, zeigt das vierte Kapitel.

Abschließend werden im Antwortkapitel die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und einer kritischen Diskussion unterzogen.

1. Fragestellung

Das Österreich der heutigen Zeit wird mit seiner staatlichen Souveränität, seiner eigenen Identität, der demokratischen Regierungsform und seinen stabilen Gesellschaftsverhältnissen von den jüngeren Generationen der Bevölkerung als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Doch warum ist Österreich so, wie es heute ist? Und welcher Zeitpunkt ist als die Geburtsstunde des heutigen Österreichs anzusehen?

Das Interesse an der Entstehung der für die Zweite Republik charakteristischen Wesenszüge führt in einem ersten Anlauf in das Jahr 1945 zurück, in dem während der Wiederaufrichtung des Staates nach dem Zweiten Weltkrieg die Weichen für die Zukunft gestellt wurden. Der Beginn der Zweiten Republik wird somit oft als Ausgangspunkt für die positive Entwicklung Österreichs angesehen. Im Gegensatz dazu erweckt die Geschichte des 20. Jahrhunderts bis 1945, bedingt durch die beiden Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen, die gesellschaftlichen Umwälzungen und instabilen politischen Verhältnisse, größtenteils negative Assoziationen. Diese Kategorisierung stützt die These von der „Stunde Null“, also dem Neuanfang im Jahr 1945. Mit dem Beginn der Zweiten Republik wollte man einen Trennstrich zur Vergangenheit ziehen und die Negativereignisse der Vorjahre - wobei der Zweite Weltkrieg und der nationalsozialistische Terror hierbei sicherlich am prägendsten waren - hinter sich lassen.

1945 steht somit als das Ursprungsjahr des Österreichs, wie wir es heute kennen. Doch schon die Betitelung als „Zweite“ Republik liefert einen ersten Hinweis darauf, dass davor etwas Ähnliches existieren musste, das die „Erste“ der österreichischen Republiken darstellte. Österreich bestand schon ab 1918 als eigenständige Nation in denselben Staatsgrenzen, ausgestattet mit den Eigenschaften einer demokratischen Staatsform, Parlamentarismus, Verfassung und Parteienvertretern als Entscheidungsträger.

Fand im Jahr 1945 somit wirklich ein Neubeginn statt oder lediglich eine Fortsetzung des Österreichs, wie es 1918 entstanden war? Genau diese Fragestellung liegt der vorliegenden Diplomarbeit zugrunde. In ihrem Rahmen soll geklärt werden, ob der Aufbau der Zweiten Republik eine Neugeburt oder eine Wiedergeburt darstellte.

Um diese allgemein gehaltene Fragestellung zu konkretisieren, muss sowohl eine inhaltliche als auch eine zeitliche Begrenzung vorgenommen werden. Generell setzt sich Geschichte ständig fort, das heißt, dass vorangegangene Entwicklungen in gewisser Weise auch immer Einfluss auf darauf folgende Ereignisse haben oder in irgendeiner Weise fortbestehen. Die Fragestellung dieser Arbeit, ob sich die Geschichte der Ersten Republik in der Zweiten Republik fortgesetzt hat, darf aber nicht in diesem allgemeinen Kontext aufgefasst werden. Sie setzt einen Fokus auf die politischen Aspekte des Wiederaufbaus Österreichs, also auf die Beschreibung der Wiederherstellung eines eigenen staatlichen Rahmengerüsts, die Art und Weise der Regierungsform und die Charakterisierung der handelnden politischen Eliten. Dadurch ergeben sich konkrete Fragen, etwa welche Rückgriffe auf Bausteine der Ersten Republik beim schrittweisen Aufbau des Staates als Regierungs- und Verwaltungsapparates vollzogen wurden oder ob hinsichtlich des personellen und inhaltlichen Aufbaus der Parteien Kontinuitäten festzustellen sind.

Nicht in Zusammenhang mit Politik stehende Merkmale der Zweiten Republik werden in dieser Arbeit ausgeklammert, etwa inwieweit die österreichische Entwicklung im kulturellen oder gesellschaftlichen Bereich von einer Fortsetzung der Vergangenheit gekennzeichnet war.

Die Absteckung des zeitlichen Rahmens, in dem nach Ursprüngen für den Aufbau der Zweiten Republik gesucht wird, ergibt sich daraus, dass die Jahre der Ersten Republik die einzige Zeitdauer mit ähnlichen Merkmalen hinsichtlich der politischen Gestaltung des Staates abgeben.

Keineswegs soll der Geschichte vor 1918 jegliche Bedeutung für das spätere Österreich abgesprochen werden. So waren schon im 19. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Österreichs Interessenvertretungen entstanden, die im Wesentlichen den heutigen Parteien ähnelten, jedoch stellten sie in der Zeit der Monarchie nicht die zentralen politischen Entscheidungsträger dar. Ebenso lassen sich die Ursprünge mancher als „typisch österreichisch“ beschriebenen Gemütsmerkmale der Bevölkerung bis in die Zeit der Habsburgermonarchie zurückverfolgen. Die Ausgrenzung der gesellschaftlichen und kulturellen Merkmale der Zweiten Republik macht diesen Umstand aber vernachlässigbar. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich ausschließlich auf die politischen Kernthemen von Herrschaftssystemen und den darin wirkenden Eliten zu Beginn der Zweiten Republik. Unter diesem Blickwinkel ist es wohl legitim, auf der Suche nach Kontinuitäten zwischen dem Beginn der Zweiten Republik und der Zwischenkriegszeit, den Zerfall der Monarchie und die Ausrufung der Ersten Republik im Jahr 1918 als Fixpunkt für die zeitliche Eingrenzung zu verwenden.

Ebenso wie die Jahre vor 1918 bei der Suche nach Kontinuitäten keine Berücksichtigung finden, wird auch die Zeit unter nationalsozialistischer Herrschaft übersprungen, denn hinsichtlich der zentralen politischen Strukturen wiesen die Jahre von 1938 bis 1945 keine Ähnlichkeiten zur Zweiten Republik auf. Somit ist die Frage, inwieweit im Jahr 1945 ein Neubeginn stattgefunden hat, auch nicht in Bezug auf das Ende der NS-Zeit zu verstehen. Die staatspolitischen und verfassungsrechtlichen Zäsuren der Jahre 1938 und 1945 werden im Rahmen dieser Arbeit als starre Eingrenzungen betrachtet.

Das der Fragestellung nach Neu- oder Wiedergeburt zugrunde liegende Modell besteht somit einzig und allein aus den politischen Merkmalen der Zeit der Ersten Republik, die in Verbindung mit den politischen Ereignissen am Anfang der Zweiten Republik gesetzt werden.

Die Notwendigkeit einer tiefer gehenden Behandlung des Themas erfährt durch die Betrachtung zweier zentraler Quellen der Geschichte der Zweiten Republik zusätzlich Motivation:

Artikel Eins der Unabhängigkeitserklärung Österreichs, die durch ihre Veröffentlichung am 27. April 1945 den offiziellen Beginn der Zweiten Republik bedeutete, besagt:

„Die Demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.“¹

Diese Formulierung lässt darauf schließen, dass Österreich nach der durch die Nationalsozialisten erzwungenen Unterbrechung als Fortsetzung der Ersten Republik wiederaufgebaut werden sollte.

Dieser Vermutung zuwiderlaufend sprach der erste Bundeskanzler der Zweiten Republik, Leopold Figl, in seiner Amtsantrittsrede Ende 1945:

„Das Österreich von Morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918, noch von 1933, noch eine von 1938 werden.“²

War die Zweite Republik nun auf dem Fundament der Ersten Republik gebaut, oder stellte sie von Grund auf etwas Neues dar? In den nachfolgenden Kapiteln soll diese Frage geklärt werden.

¹ Schärf, Adolf: Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1960, S.74

² Figl, Leopold: Österreich geht an die Arbeit. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 21. Dezember 1945. Politische Zeitprobleme, Band 1, Wien 1945, S.4

2. Die Parteien als Bindeglied zwischen Erster und Zweiter Republik

Bevor die entscheidenden Schritte Österreichs auf dem Weg zur Zweiten Republik bezüglich Rückgriffe auf die Erste Republik untersucht werden, soll zuerst eine Darstellung derjenigen Akteure stattfinden, die sich für die besagten Schritte verantwortlich zeigten, denn Politik besteht bekanntermaßen nicht nur aus den sichtbaren Handlungen, sondern auch aus den dahinter stehenden Personen mitsamt ihren ideologischen Überzeugungen und organisatorischen Strukturen.

2.1 Die Rolle der Parteien beim Aufbau der Zweiten Republik

Die Zweite Republik ist ein Geschöpf der Parteien. In den Wirren der letzten Kriegstage im Frühjahr 1945 füllten Repräsentanten der traditionellen österreichischen Parteien das innenpolitische Vakuum, das durch den Sturz des nationalsozialistischen Herrschaftssystems entstanden war. Wer sonst hätte in dieser Zeit handeln können? Österreich war ohne Führung, ohne Präsidenten, ohne Parlament, ohne Regierung, ohne staatliches Rahmenkonstrukt. Als es galt, den Staat wieder aufzurichten, übernahmen die Parteien politische Aufgaben und Funktionen, die an sich weit über ihren eigentlichen Kernbereich hinausgingen.

Sie waren im Frühjahr 1945 die ersten Institutionen, die aus den Trümmern des Krieges emporstiegen und über den formellen Gründungsakt hinausgehend auch sehr schnell ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit ausweisen konnten.³

³ Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. Innsbruck 2005, S.15 - 18

Neben den eigentlichen Kernbereichen besetzten die Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg auch in anderen Teilen der Gesellschaft zentrale Positionen, übernahmen etwa die Verantwortung für herrenlos gewordene wirtschaftliche Betriebe oder organisierten das Zustandekommen heimischer Medien. Auch in den außerpolitischen Bereichen stellten sie offensichtlich die einzige Möglichkeit dar, das Loch, das die zurückweichenden Nazis zurückgelassen hatten, zu füllen. Vertreter der Parteien mussten im Jahr 1945 als Führungsersatz nicht nur im Staatswesen einspringen, um das Funktionieren des Staats und der Gesellschaft zu gewährleisten.⁴

Die eben gegebene Darstellung wirft die Frage auf, wie es den Parteien nach Kriegsende gelungen war, derartig rasch ihre Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Im Kontext zur grundlegenden Themenstellung dieser Arbeit gilt es zu klären, inwieweit die Strukturen der Parteien der Ersten Republik über die Zeit des Nationalsozialismus erhalten geblieben waren und in weiterer Folge den 1945 auferstehenden Parteien ein historisches Fundament für den Aufbau von neuen Strukturen boten.

2.1.1 Die Parteien als Schöpfer der Zweiten Republik

Im Frühjahr 1945 stand man allgemein vor der großen Frage, wie man den Wiederaufbau Österreichs beginnen sollte, angesichts der Tatsache, dass das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft eine Totalzäsur darstellte und es an staatlichen und politischen Strukturen mangelte, die als Orientierungshilfe hätten dienen können. Kennzeichnend für die ersten Schritte der Zweiten Republik war jedoch von Beginn an die starke Präsenz der politischen Parteien.

⁴ Ebenda, S.33

Die Parteien stellten sich als die einzigen handlungsfähigen Institutionen heraus, denn sie verfügten über genügend erhalten gebliebene Anknüpfungspunkte an die Vorgängerparteien der Ersten Republik und mussten somit nicht bei Null beginnen. Die Gründe, warum die Parteien von allen heimischen Institutionen über die beste Ausgangslage verfügten, sollen im Rahmen dieses Kapitel noch ausführlicher erörtert werden.

Von Geburt an war die Zweite Republik von der starken Präsenz der politischen Parteien gekennzeichnet. Wenige Wochen nachdem erstmals alliierte Truppen die österreichischen Grenzen überwunden hatten, wurde am 27. April die Zweite Republik offiziell durch die Unabhängigkeitserklärung begründet, unterschrieben von Vertretern der SPÖ, ÖVP und KPÖ. Die Personen, die die Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten, legitimierten ihre Funktion als Geburtshelfer der Zweiten Republik dabei einzig und allein dadurch, dass sie die Vertreter jener politischen Parteien waren, die selbst erst seit wenigen Tagen existierten.⁵

Ebenso stellte sich der Sachverhalt bei der Einigung über die provisorische Regierung dar, die am 23. April von den Herren Renner, Schärff, Speiser für die SPÖ, Koplenig, Fischer, Honner für die KPÖ und Kunschak für die ÖVP ausgehandelt wurde. Die genannten Personen traten in den Verhandlungen als Vertreter der demokratischen österreichischen Parteien auf, obwohl die Parteien zu dieser Zeit weit entfernt von einem einheitlichen, flächendeckenden Aufbau waren. Diesen Umständen zuwider galten die genannten Politiker als Vertreter der heimischen Bevölkerung, obwohl sie sich nicht auf eine Wahl oder auf eine sonstige Bestätigung durch eine größere Anhängerschaft berufen konnten.

⁵ Ebenda, S.18

Sie handelten im wahrsten Sinne des Wortes als "Geschäftsführer ohne Auftrag".⁶

Um zu verstehen, warum die Parteien eine derartig zentrale Bedeutung für sich beanspruchen konnten und ihr Handeln von einer breiten Allgemeinheit ohne Proteste akzeptiert wurde, müssen die besonderen Umstände der Nachkriegszeit miteinbezogen werden, denn das vorrangige Ziel im Frühjahr 1945 bestand darin, Österreich möglichst rasch wieder auf die Beine zu stellen. Renner, dem die zentrale Verantwortung bei der Bildung der Regierung zukam, hatte aber schon bald erkannt, dass seine ursprüngliche Idee, das alte Parlament von 1933 wieder einzuberufen, nicht umsetzbar war, weil die meisten ehemaligen Abgeordneten nicht mehr zur Verfügung standen. Somit ging er zur nahe liegendsten - und wohl auch einzigen - Alternative über, die gerade erst gegründeten Parteien heranzuziehen und aus deren Vertretern eine provisorische Regierung zu bilden.

Zur Legitimierung dieser Vorgangsweise erklärt Renner den Zusammenhang zwischen den Parteien und dem Staat folgendermaßen:

„Die letzte demokratische Volksvertretung war beschickt worden von den Erwählten der Parteien, die Parteien hatten sich konstituiert, und so konnten die Parteien durch ihre Vorstände sich berufen erklären, als Schöpfer für das Geschöpf einzutreten ..“⁷

Den Parteien als Schöpfern die Verantwortung für die Schaffung der Zweiten Republik zu übertragen, mag anhand dieser Erklärung ein wenig umständlich und aus der Not geboren erscheinen, doch beinhaltet sie einen wahren Kern: Die Parteien stellten das stärkste Bindeglied zwischen der Vor- und der Nachkriegszeit dar und konnten so zur Wiederaufrichtung des Staates wesentlich beitragen.

⁶ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 97f.

⁷ Renner, Karl: Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der provisorischen Regierung der Republik. Wien 1945, S.22

Es ist in der Tat bemerkenswert, wie selbstverständlich die politischen Vertreter der Parteien in Wien, aber auch in den anderen Bundesländern ans Werk gingen und wie rasch sie es bewerkstelligten, politische und administrative Strukturen aufzubauen. Manche führenden Exponenten, wie Hurdes oder Weinberger, wechselten direkt von den Gefängnissen der Nazis in die Tagespolitik.⁸

Das rasche Wiederaufleben des Parteilebens schien selbst den politisch so erfahrenen Renner zu überraschen. Dieser verbrachte die ersten Tage nach der Befreiung Ostösterreichs durch die Rote Armee noch außerhalb von Wien und somit abseits des politischen Zentrums. In seinen Schilderungen über seine Ankunft in Wien am 21. April zeigte er sich verwundert und erfreut zugleich, wie weit der Wiederaufbau schon ohne sein Zutun vorangeschritten war. Die Parteien hatten sich bereits konstituiert und erste Organisationsstrukturen aufgebaut, etwa provisorische Gemeindeverwaltungen eingesetzt. Die ursprünglich von Renner geplanten Aufrufe an das Volk, das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen, erwiesen sich angesichts der schon eifrig werkenden Funktionäre als überflüssig. Aufgrund dessen änderte Renner seine Ziele, sein Augenmerk bestand nicht mehr darin, die Österreicher aufzurufen, sondern sie zusammenzufassen, also ihnen mit der provisorischen Regierung eine einheitliche Führung zu schaffen.⁹

⁸ Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Bruckmüller, Ernst (Hg): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien 2006, S. 10

⁹ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S.10 - 12

2.1.2 Die Rückkehr der politischen Eliten

Hand in Hand mit der Wiederauferstehung der traditionellen Parteien kehrten auch die alten politischen Eliten der Ersten Republik wieder in das Rampenlicht zurück. Im Rahmen dieses Prozesses stellt sich die Frage, ob es Alternativen zur Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse, also neue politische Eliten, gegeben hätte beziehungsweise ob die Möglichkeit gesellschaftlicher Umwälzungen und somit veränderter Rahmenbedingungen in Politik und Staatssystem bestanden hätte. Der letzteren Vermutung kann wohl nichts anderes als eine glatte Absage erteilt werden, denn die junge Zweite Republik zeichnete sich durch das Fehlen jeglicher revolutionärer Stimmung aus, die die Macht der etablierten Akteure hätte beenden können.¹⁰

Im Untergrund entstanden während der NS-Zeit allerdings sehr wohl Organisationen, die nach Beendigung des Krieges ans Tageslicht strömten und die Zukunft des Landes mitgestalten wollten, und die definitiv auch der damaligen Grundvoraussetzung des Antifaschismus Genüge getan hätten.

Die österreichische Widerstandsbewegung, in der die Gruppe O5 die dominierende Position innehatte, konnte in der Endphase des Kriegs politische Strukturen in Österreich etablieren und auch gute Kontakte zu den Westalliierten herstellen. Trotz der Verluste, die sie knapp vor Kriegsende durch die Verfolgung seitens der Nationalsozialisten erfahren hatte, war diese neue politische Kraft durchaus bereit, in der Stunde der Befreiung Österreichs Regierungsmitverantwortung zu übernehmen.¹¹

¹⁰ Enderle-Burcel, Gertrude /Jerabek, Rudolf/Krammerhofer, Leopold: Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945. Band 1, Wien 1995, S. X

¹¹ Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945-1966. Wien 1987, S. 25

Es zeigte sich jedoch schnell, dass sowohl die traditionellen inländischen Kräfte als auch die Besatzungsmächte aus den diversen Gründen nicht sonderlich viel Interesse an der Etablierung eines weiteren politischen Mitspielers hatten.

Die erfahrenen Politiker der Ersten Republik sprachen der Untergrundbewegung sämtliche Fähigkeiten, die Geschicke eines Staates zu lenken, ab. Beispielhaft sei an dieser Stelle Lois Weinberger, einer der bedeutendsten Mitbegründer der ÖVP, wiedergegeben, der nach seinem Besuch im Wiener Palais Auersberg, dem Sitz der Widerstandsgruppe O5, zu dem Schluss kam, „daß wir nämlich die Partei raschest auch offiziell in Aktion treten mußten, wenn nicht weiß Gott was geschehen sollte.“¹²

In der Ablehnung der Widerstandsgruppen waren sich die drei traditionellen Parteien einig, ÖVP, SPÖ und KPÖ waren nicht bereit ihre Eigenständigkeit aufzugeben und sich einer von der O5 geplanten, überparteilichen Widerstandsregierung unterzuordnen. Es zeigte sich schnell, dass die Wiederherstellung politischer Strukturen ohne die Miteinbeziehung der traditionellen Kräfte illusorisch war, die Widerstandsgruppen verfügten nicht über genügend politische Bedeutung, um ihre Ideen durchzusetzen.¹³

Somit nahmen erfahrene Politiker bei der Neugestaltung des Staates das Heft in die Hand.

Diese fühlten sich weiterhin mit ihren Parteien verpflichtet, wie etwa die Entstehungsgeschichte über die Einsetzung eines Wiener Bürgermeisters veranschaulicht:

Ursprünglich wurde im Palais Auersberg, dem Sitz der österreichischen Widerstandsbewegung, im Einvernehmen mit Vertretern aller politischen Parteien der Entschluss gefasst, den früheren Wiener Stadtrat Anton Weber zum provisorischen Bürgermeister zu machen.

¹² Weinberger, Lois: Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich. Wien 1948, S.245f.

¹³ Kriechbaumer, Robert: Von der Illegalität zur Legalität. Gründungsgeschichte der ÖVP. Wien 1985, S.114

Doch Weber nahm das Angebot nicht an, er bekannte sich ganz der „Parteilinie“ entsprechend – die SPÖ wurde erst Tage später gegründet – zu den verfassungsmäßigen Zuständen von 1933 und verwies auf den damaligen Bürgermeister Karl Seitz, der sich zu dieser Zeit aber noch nicht in Wien befand. Des Weiteren stellte Weber klar, dass er sich zuallererst mit der SPÖ zu verständigen habe.¹⁴ Von Schärf erhielt er dafür später lobende Worte, Weber wurden „Einsicht und Parteitreu“ bescheinigt.¹⁵

In Folge dessen wurde von der SPÖ eine Sitzung einberufen, zu der alles, was in der Partei Rang und Namen hatte und in den Nachkriegswirren aufzufinden war, eingeladen war. Damit war vor allem der ehemalige Führungskader aus der Ersten Republik gemeint: Weber, Schärf, Helmer, Schneidmadl, Honay, Emmerling, Körner, Speiser.¹⁶

Dort wurde dann die Vorgehensweise bei der Wiederauferrichtung der Partei und der Besetzung der politischen Ämter diskutiert. Im Sinne der von der SPÖ propagierten Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung von 1933 sollte der damalige Vizebürgermeister Emmerling den abgängigen Seitz ersetzen. Erst nachdem dieser aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt hatte, wurde eine neue Person nominiert, nicht der vorgeschlagene Weber, sondern Theodor Körner wurde letztlich von der SPÖ bestimmt.¹⁷

Anhand des geschilderten Beispiels wird deutlich, wie es um die Machtverhältnisse in der entstehenden Zweiten Republik bestellt war und bei wem die politischen Entscheidungskompetenzen lagen.

Die Existenz von O5 war für die etablierten Eliten kein Anlass, nicht wieder zu den alten Machtverhältnissen zurückzukehren, vielmehr hat man den Eindruck, als wurde die Gründung der drei politischen Parteien dadurch noch beschleunigt.¹⁸

¹⁴ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S.43- 45

¹⁵ Stadler, Karl: Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann. Wien 1982

¹⁶ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S.45 - 50

¹⁷ Stadler, Adolf Schärf, S. 193

¹⁸ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 115

Letztendlich war auch die Bevorzugung der bekannten Politiker gegenüber den unbekanntem Untergrundkämpfern durch die sowjetische Besatzungsmacht ein entscheidender Faktor, warum die Widerstandsgruppen in der Zweiten Republik keinen Zugang zur Macht erhielten.

Mitte April 1945 wurden alle prominenten Personen der O5 ohne sichtlichen Grund von den Russen verhaftet, was einer Kaltstellung gleichkam. In den Wochen, in denen die Widerstandspersonen ausgeschaltet waren, stellten die neu bzw. wieder gegründeten Parteien die Weichen der Republik Österreichs, wobei auch der Platz an der Spitze des politischen Geschehens wieder von ihnen beansprucht wurde.¹⁹

Am 21. April verkündeten die Russen die Auflösung der Widerstandsgruppe O5, die „alten“ Parteien und deren Eliten hatten sich durchgesetzt.²⁰ Die Akteure der Widerstandsgruppen verschwanden in der Bedeutungslosigkeit, mit Ausnahme derer, die sich einer der traditionellen Parteien anschlossen.²¹

2.1.3 Die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft

Neben der Restaurierung der alten Eliten fand das Parteileben der Ersten Republik aber auch in den unteren Funktionärsschichten eine Fortsetzung, wie aus einem Bericht von Adolf Schärf über das Frühjahr 1945 hervorgeht:

“In manchen Bezirken Wiens hatten sich beherzte Parteifreunde von uns bereits vor dem Einmarsch der Russen zusammengefunden, in anderen wurden noch während der Kämpfe die ersten Zusammenkünfte abgehalten; überall regte es sich, ohne daß es eines Anstoßes bedurft hätte.”²²

¹⁹ Skalník, Kurt: Parteien. In: Weinzierl/Skalník (Hg): Österreich. Die zweite Republik. Band 2, Graz Wien Köln 1972, S. 198

²⁰ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 36

²¹ Rathkolb, Oliver (Hg): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung. Wien 1985, S.166f.

²² Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 49

Trotz der jahrelangen Verbote hatten sich die Parteien oder, treffender ausgedrückt, die alten Gesinnungsgemeinschaften über die Jahre des Krieges und der Unterdrückung erhalten.²³ Somit konnten die Parteien bei ihrem Wiederaufbau auf Unterstützung durch die Basis bauen. Darüber hinaus erfuhren sie auch von der gemeinen Bevölkerung Zuspruch, denn in den „Herzen und Hirnen“²⁴ der Menschen war das Bekenntnis zu den alten Parteien erhalten geblieben. Laut dem provisorischen Kanzler Renner gestattete diese tief sitzende Verankerung in der Gesellschaft es den Politikern, als Vertreter des Volkes aufzutreten, ohne dass sie zuvor durch eine Wahl legitimiert worden waren:

„Die politischen Parteien, die die vormalige Volksvertretung gebildet hatten, waren zwar aufgelöst, das heißt ihre sichtbare Organisation war zerstört worden, aber sie lebten in den Massen fort, besaßen noch genügend anerkannte Vertrauensmänner, waren bereit, selbst als Vertretung des Volkes zu handeln und so, wie es die provisorische Verfassung von 1918 vorgesehen, selbst eine Regierung zu bestellen, wenn auch nicht in der Form von Parlamentssitzungen und in der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Weise.“²⁵

Kritisch betrachtet wirkt die Erklärung beschönigend, denn Renners Anliegen bestand wohl zu einem gewissen Teil auch darin, seine Vorgangsweise bei der Gründung der Zweiten Republik zu legitimieren. Ein Zeugnis, das die Schilderungen Renners allerdings bestätigt, ist das Ergebnis der Wahlen aus dem Jahr 1945. Allem Anschein nach hatte das Zugehörigkeitsgefühl zu den politischen Lagern der Ersten Republik die Zeit der NS-Herrschaft tatsächlich überdauert.

²³ Ebenda, S. 93

²⁴ Sozialistische Partei Österreichs: Parteitag 1945. 14. und 15. Dezember 1945. Wien 1945, S. 29

²⁵ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S.13

„Bezeichnend an dem Ergebnis war weiter die Tatsache, daß beide Volksparteien, die konservative und die sozialistische, ungefähr in demselben Zahlenverhältnis wieder dastanden, wie bei allen Wahlen der Ersten Republik Christlichsoziale und Sozialdemokraten aufmarschiert waren.“²⁶

Renner erklärte diesen Vorgang damit, dass die vielen Stammwähler aus der Ersten Republik den beiden Parteien über die Jahre, in denen sie in die Illegalität verbannt waren, die Treue gehalten hatten.

„In den jahrzehntelangen schweren politischen Auseinandersetzungen, im Laufe von so vielen politischen und wirtschaftlichen Krisen hat jeder Berufskreis, beinahe jede Familie und jeder einzelne seine politische Stellung bezogen und seine politische Überzeugung tief verwurzelt – es gibt wenig politischen Flugsand im Lande, und die bitteren Erfahrungen des letzten Jahrhunderts haben alles, was noch schwanken mochte, wieder auf die ursprüngliche Gesinnung zurückgeführt.“²⁷

Die tiefe Verankerung der Parteien in der Gesellschaft, von den Spitzen der Politik bis hin zum gemeinen Volk, war ein Grund, warum sich die Parteien für die Schaffung der Zweiten Republik einsetzen konnten. Die Parteien waren schon vor der Zweiten Republik am Leben, mehr noch, sie waren Überlebende der Zeit vor der Herrschaft Hitlers und stellten somit einen Rückgriff auf die Erste Republik dar. Der Charakter der parteienstaatlichen Demokratie, den die Erste Republik besaß, erfuhr in der Zweiten Republik eine Neubelebung.²⁸

²⁶ Renner, Karl: Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik. Wien 1953, S. 238

²⁷ Ebenda, S. 238f.

²⁸ Stourzh, Gerald: Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert. Wien 1990, S. 64

2.1.4 Der strukturelle Aufbau der Parteien

Abgesehen von den Wahlergebnissen ist die Stabilität bei den Anhängerschaften auch bei näherer Betrachtung des strukturellen Aufbaus der Parteien zu erkennen. Wie in der Ersten Republik repräsentierten die beiden Großparteien auch nach dem Zweiten Weltkrieg jeweils einen Teil der Gesamtgesellschaft.

Ein Erklärungsversuch für diese starke ausgeprägte Bindung an die jeweilige Partei ist, dass die politischen Organisationen der Ersten Republik mehr waren als nur Parteien. Sie verkörperten eine Weltanschauung und befriedigten das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Orientierung. Denn durch den fehlenden Patriotismus mussten die Parteien die Bedürfnisse nach Identifikation befriedigen, womit sich eine außerordentlich hohe Loyalität zu den Parteien entwickelte, die auch durch den Nationalsozialismus nicht gebrochen werden konnte.

Bei der Zuordnung in "Lager" dürfen nicht nur die Parteien an sich betrachtet werden, sondern auch die zahlreichen Unterorganisationen, Jugend- und Seniorenorganisationen, Kultur- und Sportverbände und Gewerkschaften mit in das Blickfeld inkludiert werden, deren Netzwerke über das Ende der Ersten Republik hinaus weiterbestanden.²⁹

Die Verflechtung mit den Unterorganisationen erklärt einerseits, warum die Charakteristik der Parteien in der Zweiten Republik der der Parteien der Zwischenkriegszeit so stark ähnelte. Zum anderen erwiesen sich vor allem die Teil- und Unterorganisationen in den antidemokratischen Jahren als erstaunlich resistent gegen eine Veränderung grundsätzlicher Werteinstellungen. Somit blieb hier der Geist der alten Parteien in besonders hohem Ausmaß erhalten.

²⁹ Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, S.19f.

Obwohl der Österreichische Gewerkschaftsbund in der Zweiten Republik als unabhängige, überparteiliche Organisation gegründet wurde, war die Verzahnung mit der SPÖ unübersehbar.³⁰ Die SPÖ reagierte auf die neue Situation, indem sie mit der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter eine Gruppierung innerhalb des ÖGB schuf, die weiterhin als Teil- oder Vorfeldorganisation der SPÖ gelten konnte. Die FSG bildete die dominante Kraft innerhalb des ÖGB, weshalb wohl die Formulierung zulässig ist, dass sich die SPÖ weiterhin als Arbeiterbewegung positionieren konnte. Somit konnte sich die Partei weiterhin auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft stützen.³¹

Die ÖVP wollte zwar die Überlappung von Partei und Kirche aus der Zeit der Christlichsozialen Partei nicht mit in die Zweite Republik nehmen und distanzierte sich vom Klerikalismus. Die Partei bekannte sich in ihren Grundsätzen aber weiterhin zum Christentum und blieb mehr oder weniger offensichtlich mit den katholischen Verbänden verflochten. Ein Indiz für das Fortbestehen der engen Beziehung zur Kirche ist, dass sich das politische Führungspersonal der ÖVP - etwa Leopold Figl oder Julius Raab - weiterhin aus dem Kartellverband rekrutierte. Dieses Stützen auf die christlichen Organisationen und Strukturen macht die Kontinuität zur Christlichsozialen Partei deutlich.³²

Das neu definierte Verhältnis zur Kirche bewegte die ÖVP aber auch dazu, neue Strukturen aufzubauen, denn die Partei nutzte durch die schärfere Trennung von Kirche und Politik die katholischen Organisationen nicht mehr in allen Bereichen.

³⁰ Ebenda, S. 24

³¹ Ebenda, S. 37

³² Ebenda, S. 24 - 26

So überließ die ÖVP in der Zweiten Republik die Anwerbung von Mitgliedern nicht mehr der Kirche, sondern gründete eigene Vorfeldorganisationen, wie Frauenbewegung, den Seniorenbund oder Jugendorganisationen, die dann im Rahmen der Bünde unter die Führung der Partei gestellt wurden.³³

Der bündische Aufbau stellte eine weitere Parallele zu den Vorgängerorganisationen der Ersten Republik dar. Die Idee der Einteilung in Bünde hatte ihren Ursprung in der katholischen Soziallehre der Ersten Republik, das grundlegende Ideal bestand dabei in der berufsständischen Ordnung der Gesamtgesellschaft.³⁴

Der Vorteil dieses Rückgriffes bestand darin, dass die Bünde wegen ihrer in der Ersten Republik bewährten Organisationsform rasch wieder aufgebaut werden konnten. Außerdem erfreuten sich die Bünde großer Bekanntheit und Vertrautheit in der Bevölkerung, vor allem natürlich den ehemaligen christlichsozialen Wählern wurde auf diesem Wege ein vertrautes Angebot unterbreitet.³⁵

Als Resultat dieser Beibehaltung von Aufbau und Struktur der beiden Großparteien blieben die Wähler, die - wie vorher schon dargestellt - trotz der jahrelangen Nazipropaganda ihre moralischen Grundeinstellungen beibehielten, zu Beginn der Zweiten Republik größtenteils treue Anhänger ihrer jeweiligen Partei.

Somit charakterisierte sich die SPÖ weiterhin als die Massenpartei der Arbeiterbewegung und knüpfte mit dieser Klientel direkt an die alte SDAP an.³⁶

Weiterhin konnte sie auf die Mehrheit der Wähler in den Städten und Industriezonen bauen, allen voran blieb das rote Wien als politischer Nährboden erhalten.

³³ Ebenda, S.38

³⁴ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S.147

³⁵ Österreichische Volkspartei: Protokoll des 1. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei. Wien, 18. bis 21. April 1947. Wien 1947, S. 39

³⁶ Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, S.36

Die ÖVP knüpfte zwar nicht direkt an Parteien der Ersten Republik an und musste zum Teil auch neue Organisationen aufbauen. Durch ihr bündisches Konzept und ihre konservativ-christliche Einstellung konnte sie die Stammwählerschaften der Christlichsozialen Partei, wie etwa die Bauernschaft oder die selbstständigen Wirtschaftstreibenden, weiterhin an sich binden.³⁷

Die Parteien der Zweiten Republik bedienten sich personell und strukturell von den Vorgängerorganisationen der Ersten Republik. Dies schließt jedoch Veränderungen und an die Bedürfnisse der Zeit angelehnte Weiterentwicklungen nicht aus. Die bis jetzt verwendeten Ausdrücke „Parteien“ oder „Politiker“ sind äußerst allgemein gehaltene Formulierungen, und geben keine Auskunft über etwaige Veränderungen innerhalb der erwähnten Begriffe. Aus diesem Grund dienen die folgenden beiden Kapitel der exakteren Bestimmung, welche Inhalte und Ziele der Parteien der Zweiten Republik als Rückgriffe auf die Erste Republik zu bewerten sind.

2.2 Personelle Kontinuitäten innerhalb der politischen Vertreter

Bei der Besetzung von politischen Ämtern im Jahr 1945 wirkte das totalitäre Regime des Nationalsozialismus nach. Durch die politischen Umstände der Vorjahre konnte auf zahlreiche führende Persönlichkeiten der Ersten Republik nicht mehr zurückgegriffen werden, da sie von den Nationalsozialisten entweder vertrieben oder ermordet wurden.³⁸

Vor allem aus der demokratischen Zeit von 1918 bis 1934 standen im Jahr 1945 nur eine marginale Anzahl von Politikern zur Verfügung, um den Aufbau der Zweiten Republik mitzugestalten.³⁹

³⁷ Ebenda, S. 23

³⁸ Botz, Gerhard: Von der Ersten zur Zweiten Republik: Kontinuität und Diskontinuität
In: Botz, Gerhard/Stadler, Karl R./Weidenholzer, Josef (Hg): Perspektiven und Tendenzen in der Sozialpolitik. Oswin Martinek zum 60. Geburtstag. Wien 1984, S. 41

³⁹ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 7

In quantitativer Hinsicht ist die nationalsozialistische Zeit sicher für einen personellen Bruch verantwortlich, doch betrachtet man die ersten politischen Handlungen der Zweiten Republik, so sind unter den Entscheidungsträgern hauptsächlich aus der Ersten Republik bekannte Personen zu finden. Diesen Personen kam nach der Befreiung Österreichs durch die alliierten Streitkräfte die Aufgabe zu, die Zügel in die Hand zu nehmen und den Kurs ihrer Parteien und auch den Weg der Zweiten Republik zu gestalten.

Unter den Männern, die im Jahr 1945 an diesen Aufbauarbeiten mitwirkten, waren es Karl Renner, Leopold Kunschak und Karl Seitz, die über die meiste politische Erfahrung verfügten. Schon zu Beginn der Ersten Republik hatten sie in hohen politischen Ämtern gewirkt.⁴⁰

Karl Renner hatte als Staatskanzler einer provisorischen Regierung schon die Erste Republik mitbegründet,⁴¹ seine politischen Leistungen in der Zwischenkriegszeit wurden im Inland und auch über die Grenzen hinweg geachtet. Renners Rolle in der österreichischen Geschichte war wohl auch den Russen bekannt, die ihn im Frühjahr 1945 als Verantwortlichen für die Bildung einer provisorischen Regierung für Österreich auserwählten.

Auf seine Erfahrung als Kanzler der Jahre 1918 bis 1920 und seine internationale Bekanntheit, die er unter anderem als Vorstehender der österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain 1919 erwarb, wollte man beim Aufbau der Zweiten Republik nicht verzichten.⁴²

Renner selbst sah sich als den richtigen Mann für die bevorstehenden Aufgaben, wie aus dem Brief, den er an Stalin schrieb, hervorgeht:

⁴⁰ Figl, Österreich geht an die Arbeit, S. 1

⁴¹ Pelinka, Anton: Zur Gründung der Zweiten Republik. Neue Ergebnisse trotz personeller und struktureller Kontinuität. In: Waechter-Böhm, Liesbeth (Hg): Wien 1945 Davor/Danach. Wien 1985, S. 21

⁴² Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S.5 - 7

„Ein glücklicher Umstand ist dabei, daß ich als letzter Präsident der damals noch freien Volksvertretung mich als berufen erklären kann, für das österreichische Volk zu sprechen. Ein weiterer Vorteil ist, daß ich als erster Kanzler der Republik Österreich mit den Modalitäten einer Staatsgründung wie mit der Einrichtung einer öffentlichen Verwaltung vertraut bin und daher mir zutrauen kann, das Werk der Wiedererweckung Österreichs aufzugreifen und anzubahnen.“⁴³

Über seine politische Reputation hinaus stand der Name Renner im Jahr 1945 auch als Symbol der Hoffnung für das Ende der Not und des Elendes, das die Bevölkerung in den Vorjahren erfahren musste. Sein Parteikollege Helmer fasste dies folgendermaßen zusammen:

„Das Aufklingen des Namens Renner weckte in allen Bevölkerungskreisen sowohl in der russisch besetzten Zone als auch in den westlichen Zonen große Hoffnungen. Nach dem großen Leid des letzten Jahrzehnts fand Renners Arbeit in der Ersten Republik, die Bemühungen um die Erhaltung der Demokratie, volle Anerkennung und Würdigung. Die Sehnsucht nach Wiederkehr normaler Verhältnisse war mit dem Namen Renner verbunden.“⁴⁴

Leopold Kunschak besetzte in der Ersten Republik hohe Ämter in der Christlichsozialen Partei, vor allem betätigte er sich im Christlichsozialen Arbeitnehmerflügel, nahm aber auch Funktionen im Wiener Gemeinderat an. Als bekennender Gegner des Nationalsozialismus wurde er 1938 für kurze Zeit verhaftet und stand danach unter Beobachtung durch die Gestapo. Trotzdem hatte er Kontakt mit christlichen Widerstandsgruppen und stellte im Jahr 1945 eine der Schlüsselfiguren bei der Gründung der ÖVP dar.⁴⁵

⁴³ Hannak, Jacques: Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie. Wien 1965, S. 673

⁴⁴ Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte. Wien 1957, S. 211

⁴⁵ Kreissler, Felix: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien 1984, S. 389f.; siehe auch: Pelinka, Zur Gründung der Zweiten Republik, S. 21

Kunschak stellte die Fahne der ÖVP dar, als Obmann der ÖVP war er anfänglich die Gallionsfigur, um den sich die jüngeren Kräfte wie Weinberger und Hurdes sammeln konnten. Für die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien vorteilhaft war, dass er von allen Seiten als aufrichtiger Demokrat geschätzt wurde.⁴⁶

Karl Seitz war im Frühjahr 1945 eigentlich dazu bestimmt, seine Funktion als SPÖ-Parteivorsitzender fortzusetzen, allerdings befand er sich zu dieser Zeit noch in einem Konzentrationslager in Deutschland. Seine Rückkehr nach Wien Ende Juni war mit hohen Erwartungen von Seiten seiner Partei verbunden, die er allerdings nicht erfüllen konnte. Die Zeit in nationalsozialistischer Haft war nicht spurlos an ihm vorübergegangen, er kam als alter, gebrochener Mann zurück, der nicht als Fahne der SPÖ gebraucht werden konnte. Als Konsequenz daraus wurde er am Parteitag der SPÖ im Herbst 1945 als Parteivorstand durch Adolf Schärf ersetzt.⁴⁷

Die restlichen Politiker, die den anfänglichen Kurs der Zweiten Republik dominierten, waren in der Vergangenheit nicht unbedingt in den vordersten Reihen zu finden gewesen, hatten aber alle vor 1938 schon politische Erfahrungen gesammelt.

Innerhalb der Sozialdemokratie arbeitete Adolf Schärf bis zum Jahr 1934 als Sekretär des sozialistischen Parlamentsklubs und Mitglied des Bundesrates.

Der erste Bürgermeister Wiens in der Zweiten Republik, Theodor Körner, war in der Ersten Republik Mitbegründer des Republikanischen Schutzbundes.⁴⁸

Daneben führten Johann Böhm, Oskar Helmer, Franz Popp, Paul Speiser, um die Wichtigsten zu nennen, die Tradition der alten Sozialdemokratischen Partei in der SPÖ fort.⁴⁹

⁴⁶ Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S. 355

⁴⁷ Stadler, Adolf Schärf, S. 254f

⁴⁸ Pelinka, Zur Gründung der Zweiten Republik, S. 21

⁴⁹ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S.146

Die ÖVP rekrutierte ihr Führungspersonal zu einem Großteil aus der Zeit des Austrofaschismus. Felix Hurdes kam 1936 in die Kärntner Landesregierung,⁵⁰ Pernter wurde 1934 von Schuschnigg zum Unterrichtsminister ernannt,⁵¹ Weinberger war als Mitglied im Bundeswirtschaftsrat tätig.⁵² Leopold Figl wurde noch von Dollfuß in den niederösterreichischen Bauernbund berufen, wo er schließlich auch Direktor wurde.⁵³

Das beste Beispiel, dass die Bekleidung hoher Positionen zur Zeit des Austrofaschismus kein Hindernis darstellte, um in der ÖVP Karriere zu machen, war Julius Raab. Dieser hatte als Führer der niederösterreichischen Heimwehren den Weg weg von der Demokratie mitgetragen, später war er als Handelsminister der Regierung Schuschniggs tätig.⁵⁴

Der durch die Teilnahme am Austrofaschismus entstandene Imageschaden der ÖVP-Politiker stellte sich in der Zweiten Republik als nicht besonders schwerwiegend heraus. In gewisser Weise konnte dieser Umstand gar als Vorteil angesehen werden, denn die ÖVP musste 1945 sozusagen lediglich die sieben Jahre nationalsozialistischer Herrschaft überbrücken, um personell bei der Ersten Republik anknüpfen zu können, während die SPÖ elf Jahre Illegalität zu überwinden hatte.⁵⁵

Generell lässt sich bei den personellen Rückgriffen aus der Ersten Republik die Gemeinsamkeit feststellen, dass die Politiker zu einem überwiegenden Teil den gemäßigten Flügeln in ihren jeweiligen Lagern angehörten.

Karl Renner galt schon zu Zeiten der Ersten Republik als gemäßigter Vertreter des Austromarxismus, der Gesetze und den Staat an sich als adäquate Mittel zur Durchsetzung von den Interessen der Arbeiterschaft bevorzugte.

⁵⁰ Österreichische Volkspartei: Die ÖVP und ihre Mandatare (Nationalrat und Bundesrat). Wien 1947, S. 41

⁵¹ Ebenda, S. 50

⁵² Ebenda, S. 53

⁵³ Ebenda, S. 59

⁵⁴ Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, S. 39

⁵⁵ Stourzh, Gerald: 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? Innsbruck 2005, S. 39

In Folge dessen trat Renner auch immer für die Möglichkeit einer ernsthaft gemeinten Koalition mit anderen politischen Kräften ein, also nicht nur als Notlösung oder als Mittel zum Zweck auf dem Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse. Den immer stärker werdenden Konflikten zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen versuchte er mit aussöhnenden Worten und Gesten zu begegnen, fand damit aber sowohl im eigenen als auch im gegenüberstehenden Lager nicht viel Gehör.

Einer der wenigen, die für Renners Worte empfänglich waren und ebenfalls für eine Aussöhnung der Lager eintraten, war Leopold Kunschak auf Seite der Christlichsozialen Partei. Dieser hatte noch wenige Tage vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Februar 1934 eine aufsehen erregende Rede gehalten, in der er die verfeindeten Lager dazu aufrief, gemeinsam den aufkeimenden Nationalsozialismus zu bekämpfen. Obwohl er auch noch unter Dollfuß staatliche Funktionen bekleidete, trat er dennoch weiterhin für die Demokratie ein:⁵⁶

„Man redet heute sehr abfällig über Demokratie. Ich nehme nach wie vor den Vorwurf hin, Demokrat zu sein. Ich bin gegen jede Diktatur und jeden Faschismus. Demokratie ist nicht an eine bestimmte Form gebunden, ist nicht gebunden an den Parlamentarismus oder ein Wahlrecht ... Ich bin Demokrat und bleibe es ...“⁵⁷

Ebenso erwähnt werden müssen Adolf Schärf und Felix Hurdes, die beide sozusagen die Motoren der neuen politischen Bewegungen von SPÖ bzw. ÖVP darstellten und die beiden Großparteien in den Anfangsjahren der Republik maßgeblich prägten. Schärf galt schon zu Zeiten Otto Bauers als Skeptiker des vorgebenden, strikten Obstruktionskurses.

⁵⁶ Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation*, S. 388f.

⁵⁷ Ebenda, S. 57 zitiert nach: *Österreichische Arbeiterzeitung*, 10 November 1934, S. 4

Hurdes war zwar im Austrofaschismus in der Kärntner Landesregierung tätig, galt aber nicht als überzeugter Träger des antidemokratischen Regimes, sondern mehr als überzeugter Gegner des Anschlusses und österreichischer Patriot.⁵⁸ Schon während der Hitler-Regentschaft kam es zu regelmäßigen Kontakten von Schärf und Hurdes, die beide an die Möglichkeit der Zusammenfindung der ehemals so verfeindeten Lager glaubten.⁵⁹

Zusammenfassend betrachtet, ist die „neue“ politische Führungsschicht der Zweiten Republik als auffallend starke Kontinuität zur Vorgängerrepublik anzusehen. Wenn auch der faschistische Terror der Vorjahre viele politische Vertreter der Zwischenkriegszeit beseitigt hatte und Akteure der radikaleren Strömungen beider Seiten nun in einem weitaus geringeren Ausmaß vertreten waren, so wurden die Schlüsselpositionen der Politik allesamt von Personen bekleidet, die aus den gemäßigten Parteiflügeln der Ersten Republik stammten.

2.3 Die inhaltliche Positionierung der ÖVP

2.3.1 Neugründung einer Partei?

Die offizielle Gründung der Österreichischen Volkspartei erfolgte am 17. April 1945, der erste Parteivorstand bestand aus dem erfahrenen Leopold Kunschak als Parteiobmann, Hans Pernter als geschäftsführendem Obmann, Felix Hurdes als Generalsekretär, Weinberger für den Arbeiterbund, Figl für den Bauernbund, Raab für den Wirtschaftsbund und Bumballa als Vertreter der Liberalen.⁶⁰

⁵⁸ Skalnik, Parteien, S. 199

⁵⁹ Mommsen-Reindl, Margareta: Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg. Wien 1976, S. 30

⁶⁰ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 143

Nach Selbsteinschätzung der Gründungsmitglieder war die ÖVP als neue Partei einzustufen, die bewusst an keine politischen Organisationen der Vergangenheit anknüpfen wollte.⁶¹ Die Wurzeln der ÖVP wurden nicht in der Zeit der Ersten Republik gesehen, sondern in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten, dort wurde laut Entstehungsgeschichte die Partei im Kampf um die Freiheit Österreichs und geboren.⁶²

Die Parallelen zu den konservativen Parteien der Zwischenkriegszeit, die personellen Kontinuitäten und der strukturelle Aufbau waren allerdings zu offensichtlich, um in der Selbstdarstellung der ÖVP gänzlich zu entfallen. Die Christlichsoziale Partei beging unter Dollfuß Selbstaflösung, ihre Eliten wanderten in die Vaterländische Front und versuchten den "Ständestaat" aufzubauen. Die Partei starb, das Lager aber lebte weiter und überdauerte in seinen Kernschichten auch die Zeit des Nationalsozialismus.⁶³ Zu Beginn der Zweiten Republik musste ein Weg gefunden werden, diese Aspekte in die Darstellung der ÖVP zu integrieren, ohne dabei die Grundaussage, eine neue Partei zu sein, ins Wanken zu bringen.

Der zuvor schon behandelte Aufbau der Partei auf die traditionellen Bünde wurde von der ÖVP ganz einfach als Selbstverständlichkeit abgetan. Da die Bünde im April 1945 aufgrund der auch unter der NS-Zeit weiterhin bestehenden Verbindungen zwischen ihren Funktionären sofort handlungsfähig waren, wäre es „Wahnsinn gewesen, hätte man von diesen schon vorhandenen Mitteln nicht Gebrauch gemacht.“⁶⁴

Neben der strukturellen Kontinuität zur Ersten Republik waren auch die personellen Rückgriffe unübersehbar. Doch die Rückkehr der alten Eliten bedeutete für die ÖVP nicht gleichzeitig die Rückkehr der alten Parteien:

⁶¹ Kasamas, Alfred: Programm Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Wien 1949, S.17

⁶² Weinberger, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche, S. 265

⁶³ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, S.130

⁶⁴ ÖVP, Protokoll des 1. Bundesparteitages 1947, S. 39

„Mag sein, daß so mancher ihrer führenden Männer vor 1938 in einer anderen Partei stand und dort vielleicht sogar aktiv tätig war. Die Zeiten haben sich aber seither so gründlich gewandelt, daß es nur einem kurzsichtigen Doktrinär einfallen könnte, politische Ideen und Methoden der Vergangenheit unverändert in der Gegenwart zu propagieren. Andere Zeiten erfordern auch in der Politik neue Wege, und es zeugt von wenig Anpassungsfähigkeit, wenn sich andere Parteien rühmen, seit vielen Jahrzehnten „die Alten“ geblieben zu sein.“⁶⁵

Dass die politische Vergangenheit der ÖVP-Mitglieder in der Christlichsozialen Partei bzw. in der Vaterländischen Front purer Zufall war, ist zu bezweifeln. Neben dem Aufbau auf die traditionellen Bünde war die ÖVP als Sammelpartei für die konservativen Teile der Gesellschaft angedacht und versuchte deshalb bewusst, die Überreste der ursprünglichen Christlichsozialen Partei zu integrieren.⁶⁶ Dass es bei der Wiedervereinigung des konservativen rechten Lagers auch keine Berührungspunkte mit den im Austrofaschismus tätigen Gesinnungskollegen bestanden, sondern diese sogar aktiv unterstützt wurde, zeigt ein Bericht Karl Grubers über die Vorbereitungen für die Wahl 1945.

In Salzburg war die amerikanische Besatzungsmacht in ihrem Bestreben den Faschismus zu beseitigen daran gegangen, Mitglieder der Heimwehr von den Listen der wählbaren Kandidaten zu streichen und einige von ihnen sogar zu verhaften. Gruber empfand die Maßnahmen als bedenklich, da er durch die Ausschaltung der rechten Politiker ein Überhandnehmen der Linken befürchtete. Die ÖVP intervenierte so lange, bis die Besatzungsvorschrift insoweit geändert wurde, dass die Betätigung in politischen Ämtern zur Zeit des Austrofaschismus nicht mehr als Hindernis für die Fortsetzung der politischen Karriere eingestuft wurde und die ehemaligen Austrofaschisten auf den ÖVP-Listen aufscheinen durften.⁶⁷

⁶⁵ Kasamas, Programm Österreich, S. 17

⁶⁶ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 138

⁶⁷ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953, S. 39f.

Aufgrund der existierenden Überschneidungen zu den Vorgängerorganisationen der Ersten Republik blieb es der ÖVP nicht erspart, immer wieder Stellung zu ihrem Zwiespalt zwischen Anspruch und Wirklichkeit nehmen zu müssen. In ihren Erklärungsversuchen wandte sich die ÖVP keineswegs generell von allem Vergangenen ab, beharrte aber auf der Titulierung als gänzlich neue Partei.

„Der Geist in unserer Partei ist jung, ist revolutionär, trotzdem aber irgendwie verhaftet mit einer großen und stolzen Tradition aus der vergangenen Zeit, und versucht nun, aus diesen beiden Elementen heraus eine Synthese zu finden für den eigenen Sinn seines politischen Daseins.

Wenn man uns darum vorwirft, daß wir schließlich letzten Endes doch die Grundideen der alten Christlichsozialen Partei übernommen haben, so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß jene Männer, die dies sagen, diesen Zwiespalt, der heute in der ganzen Welt herrscht, nicht verstehen. Wir haben nichts von Vorgestern übernommen, nein, aber wir versuchen aus dem Schutt von Vorgestern, der uns nach der politischen Weltkatastrophe 1938 im Jahre 1945 übrig blieb, all das zu retten, was uns des Rettens wert erscheint.

Nicht nur geistiges Gedankengut, das immer wertvoll bleiben wird, nicht nur Menschen, die immer jung bleiben werden, auch wenn ihre Jahreskerben zahlreicher werden, nein, auch Traditionen, die vielleicht heute nicht mehr ganz aktuell sind, für uns aber Symbol und Inhalt eines Gedankengutes sind, das wir schätzen und hochhalten.“⁶⁸

Anhand dieser Aussage lässt sich vermuten, dass es selbst den Vertretern der ÖVP schwer fiel zu unterscheiden, was neu war und was alt. Die bündischen Strukturen und die Lebensläufe der ÖVP-Vertreter widersprachen der propagierten Neuheit der Partei.

⁶⁸ Figl, Leopold: Sinn, Weg und Ziel der Österreichischen Volkspartei. Wien 1947, S. 4

Doch hinsichtlich ihrer an den Tag gelegten Politik, ihrer Inhalte und Ziele kann man die ÖVP nicht schlicht und einfach als Fortsetzung der Christlichsozialen Partei abtun.⁶⁹

In einer Hinsicht unternahm jedoch die ÖVP definitiv einen Neubeginn: Sie übernahm keinerlei Verantwortung für frühere Geschehnisse aus der Zeit der Ersten Republik, insbesondere aus der Zeit des Austrofaschismus.⁷⁰

2.3.2 Ideologische Ausrichtung

Im Verlauf der ersten Republik nahm die Christlichsoziale Partei, geprägt durch den sukzessive an Größe gewinnenden Konflikt mit dem Sozialismus und durch die immer stärker werdende Heimwehnbewegung zunehmend radikalere Positionen ein. Insgesamt kann in etwa seit dem Jahr 1926 bis hin zum Bürgerkrieg 1934 ein ideologischer Rechtsruck der Partei festgestellt werden. Der Justizpalastbrand im Sommer 1927 war etwa ein Anlass, dass die Christlichsoziale Partei sich an die antidemokratischen Forderungen der Heimwehr nach einer „starken Staatsführung“ anpasste. Die zunehmende Vermischung von konservativ-christlichem und faschistischem Gedankengut brachte, nach Ausschaltung der Demokratie und der blutigen Niederschlagung der Sozialdemokraten, zwar die alleinige Herrschaft über den Staat, läutete jedoch auch den Anfang vom Ende der Ersten Republik ein.⁷¹

Dieser Misserfolg, aber auch die erlebten Gräuel der NS-Zeit läuteten im rechten Lager einen Lernprozess ein.

⁶⁹ Ableitinger, Alfred: Das konservative und christlichdemokratische Lager.
In: Zöllner, Erich (Hg): Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme. Wien 1985, S. 77

⁷⁰ Weinberger, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche, S. 261

⁷¹ Ableitinger, Das konservative und christlichdemokratische Lager, S. 66f.

Die Einsicht, dass nach dem Ende von Krieg und Faschismus nicht einfach nur an die Zeit vor 1933 angeknüpft werden durfte, sondern dass zur Sicherung des inneren Friedens Veränderungen stattfinden mussten, beeinflusste die ideologischen Grundlagen der ÖVP.⁷²

Schon der Name der neuen Partei "Österreichische Volkspartei" lässt darauf schließen, dass das konservative Lager eine alle Gesellschaftsschichten umfassende Partei der Mitte darstellen wollte. Auf das Attribut "christlich" wurde verzichtet, wohl um die Distanzierung von der Christlichsozialen Partei zu signalisieren. Die Motive dafür bestanden einerseits in der Rücksichtnahme auf den jetzigen Koalitionspartner, denn "Christlichsozial" wurde allgemein in enger Verbindung mit dem Dollfußregime identifiziert. Zum anderen stand die Bezeichnung auch als Symbol für den unglücklichen Einfluss des Klerus auf die Erste Republik. Vor allem die jüngere Generation war bemüht, die verbliebenen Gegensätze zwischen den Lagern abzubauen und plädierte deshalb für den Verzicht auf Begriffe, die in Zusammenhang mit der Zeit des Austrofaschismus standen.⁷³

Auch hinsichtlich der inhaltlich-theoretischen Ausrichtung der Partei wurde das Bestreben sichtbar, auf gegen den einstigen Feind gerichtete Parolen zu verzichten. Die ÖVP verzichtete auf Klassenkampf im Sinne des Antimarxismus, als Ersatzideologie wurde der Solidarismus in den Programmen festgeschrieben.⁷⁴ Dieser Versuch einer neuen Gesellschaftsordnung ging von demokratischen Zuständen als Grundlage aus, durch welche die Freiheit jedes einzelnen Menschen gewährleistet werden sollte. Die gewonnene Freiheit sollte jedoch nicht für individualistisch-egoistische Einstellungen missbraucht werden, stattdessen musste auch auf die Freiheit der Mitmenschen Rücksicht genommen werden.

⁷² Ebenda, S.75f

⁷³ Mommsen- Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie, S. 36f.

⁷⁴ Klamper, Elisabeth: „Ein einzig Volk von Brüdern“. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, Nr. 5/6, 1997, S. 170 - 185, S. 174

Der Gedanke von der Zusammengehörigkeit aller Menschen, den der Solidarismus damit verkündete, sollte die alte Einteilung der Gesellschaft überflüssig machen. Dies wurde als einziges Mittel betrachtet, um die Spannungen zwischen den Interessensgegensätzen der Stände und Klassen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten geführt hatten, zu überwinden. Der Solidarismus stand als Gegenideologie zu den alten Ideen von Kapitalismus, Marxismus, Nationalismus, die immer nur auf die Bedürfnisse gewisser Gruppen ausgerichtet waren, und andere benachteiligten.⁷⁵

„An Stelle der veralteten Systeme von links und rechts, an Stelle der Diktaturen von Geldsack, Rasse oder Klasse muss eine neue Ordnung, eine wirkliche Ordnung treten.“⁷⁶

Trotz der inhaltlichen Veränderungen wurden die Programminhalte der ÖVP ideologisch auf dem Fundament der aus der Zeit der Ersten Republik stammenden katholischen Soziallehre aufgebaut.

Im Kultur- und Klassenkampf der Ersten Republik standen sich als theoretische Fundamente des Konflikts das marxistische Gedankengut und die Soziallehre der katholischen Kirche gegenüber. Als zentrales Dokument für die zweitgenannte Theorie gilt die von Papst Pius XI. 1931 veröffentlichte Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“. Deren Kernaussage im Hinblick auf die gesellschaftlichen Spannungen der Ersten Republik bestand in der Auffassung, dass Kirche und Sozialismus unvereinbare Gegensätze darstellen würden. Das Denken und Handeln der Christlichsozialen Politiker wurde in der Zwischenkriegszeit davon stark bestimmt.

⁷⁵ ÖVP, Protokoll des 1. Bundesparteitages 1947, S. 31

⁷⁶ Weinberger, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche, S. 276

Die Katholische Geisteshaltung stellt insofern eine Kontinuität zwischen den beiden Republiken dar, als dass sich den 1945 veröffentlichten „Programmtischen Leitsätzen“ der ÖVP weiterhin Erklärungszusammenhänge finden, die auf die katholische Soziallehre zurückgehen.⁷⁷ Vor allem die Forderungen in den Abschnitten zur Sozial- und zur Wirtschaftspolitik gehen im Grunde auf die „Quadragesimo anno“ zurück:

„11. Durchgängige Geltung des Gemeinwohls als oberste Richtschnur. Anerkennung des Leistungsprinzipes. Staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft nur, soweit dies vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft zweckmäßig ist. Weitestgehende Inanspruchnahme der beruflichen Körperschaften und der Gewerkschaften zur Lenkung der Wirtschaft, in welcher gleichwohl der Initiative des einzelnen der ihr gebührende Spielraum geboten werden muß ... Sozialisierung oder Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe nur innerhalb wohlüberlegter, sozial und wirtschaftlich tragbarer Grenzen ...

12. Im Bereiche der Landwirtschaft tatkräftige Förderung des Bauernstandes als eines der stärksten Grundpfeiler des Staates. Gerechte Preise für alle Erzeugnisse unter staatlicher Lenkung ...

IV. Sozialpolitisch will die Österreichische Volkspartei

15. Einen echten Sozialstaat, in dem jedem Tüchtigen der Aufstieg zu allen Stellen möglich ist, einen Staat mit vorbildlicher Sozialgesetzgebung und mustergültigen sozialen Einrichtungen.

⁷⁷ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S.178 - 185

Ein solcher Sozialstaat verlangt: Anerkennung des Rechtes auf den Ertrag der Arbeit und auf persönliches Eigentum, gerechte Verteilung und Nutzung aller Güter, gerechte Aufteilung der Lasten mit besonderer Berücksichtigung des Familienstandes (Kinderreichtum), gerechten Lohn, Altersversicherung für alle Stände, geeignete Vorkehrungen zur Schaffung von Eigensiedlungen und Ermöglichung des Grunderwerbes für alle arbeitenden Menschen, insbesondere für Arbeiter, Angestellte und Beamte ...⁷⁸

Die von der ÖVP angestellten Überlegungen zum Gemeinwohl und Eigenwohl, der Rolle des Staats als Eigentumsbesitzer, zur Rolle der Körperschaften, zu sozialer Gerechtigkeit, dem Leistungsprinzip weisen allesamt deutliche Züge der katholischen Soziallehre auf. Zwar wird auch in ihren programmatischen Leitsätzen wiederum betont, dass die ÖVP eine neue Partei ist, die gesellschaftspolitische Ausrichtung stellt allerdings eine Kontinuität zu den katholischen Werten der Ersten Republik dar, wenn auch die Erfahrungen, die in der Zeit ab 1933 gemacht wurden, zu einer Abschwächung der radikalen Standpunkte beitrugen.⁷⁹

Auch die neu entwickelte Idee des Solidarismus wurzelt in der katholischen Soziallehre. In den Reden und Kommentaren von Felix Hurdes, dem wichtigsten Begründer des Solidarismus, wird deutlich, dass seine Meinungen deutlich von der Tradition der katholischen Soziallehre und den Vorgaben der Kirchenväter geprägt wurden. Dies betrifft seine Antworten zu politischen und sozialen Entwicklungen, wie auch seine prinzipielle Ablehnung des Marxismus, die er auch im demokratischen Solidarismus verwirklicht sah.⁸⁰

⁷⁸ Programmatische Leitsätze der Österreichischen Volkspartei. Abgedruckt in: Kriechbaumer, Robert: Von der Illegalität zur Legalität. Gründungsgeschichte der ÖVP Wien 1985 (Anhang)

⁷⁹ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 187

⁸⁰ Ebenda, S. 192

Die grundsätzliche Gegensätzlichkeit zum Sozialismus blieb auch in der Zweiten Republik weiterhin bestehen, wenn auch die Position der ÖVP im Vergleich zu den Vorgängerorganisationen durch Ereignisse des Austrofaschismus und Nationalsozialismus insoweit eine Abschwächung erfuhr, dass sie nicht grundsätzlich eine Koalition mit der SPÖ und den Wiederaufbau des Landes verhinderte.⁸¹

Ebenso versuchte die ÖVP auch weiterhin die Grundsätze des Christentums in ihrer Politik zu realisieren. Diese Vorgangsweise wurde damit begründet, dass die christlichen Werte weitgehend mit den von der ÖVP vertretenen solidarischen Auffassungen übereinstimmen.

„Schon aus diesem Grund werden wir niemals davon abstehen können, christlichen Geist und christliche Lebensauffassung zu pflegen.“⁸²

Die ÖVP bekannte sich offiziell zum Christentum in der Form des Katholizismus, den sie als Grundlage des Österreichertums ansah, sie lehnte allerdings einen unzeitgemäßen Klerikalismus ab.⁸³

Die ÖVP wählte also einen Mittelweg zwischen Rückbesinnung auf alte Werte und Entwicklung neuer Inhalte. Sehr wohl positionierte sich die ÖVP auch traditionell-konservativ, sie trat das „Erbe jener politischen Gruppen, die stets auf dem Boden der österreichischen Überlieferung standen und Österreichs Selbstständigkeit verteidigten“⁸⁴, an. Die inhaltlichen Grundlagen der katholischen Soziallehre und Christlichsozialen Partei wurden zwar weiter verwendet, jedoch nicht eins zu eins übernommen, sondern, auch durch den leidvollen Erfahrungsprozess der Kriegsjahre, der geänderten Situation angepasst.

⁸¹ Ebenda, S. 185

⁸² Kasamas, Programm Österreich, S. 125

⁸³ Kasamas, Alfred: Wir wollen Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Wien 1947, S. 21

⁸⁴ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S.167

2.3.3 Bekenntnis zur Demokratie

Zur Zeit der Ersten Republik bildete sich innerhalb der Christlichsozialen Partei durch die zunehmend schärferen Konflikte mit der Sozialdemokratie eine starke Strömung gegen die Demokratie, die auf die Errichtung einer Diktatur nach italienisch-faschistischem Vorbild abzielte.⁸⁵

Im Gegensatz dazu wandte sich die ÖVP von Beginn ihres Bestehens an klar von der allgemeinen Demokratieauffassung der Ersten Republik ab und stellte keine Ansprüche auf Alleinherrschaft im Staat mehr.⁸⁶ Dieser veränderten Geisteshaltung liegen mehrere Ursachen zu Grunde. Zum einen standen die Erfahrungen über den Ausgang der Ersten Republik als mahnendes Beispiel:

„Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns gerade auf Grund der Lehren der Vergangenheit, der vornazistischen und der nazistischen, restlos zur Demokratie, weil sie jene Form des menschlichen Zusammenlebens ist, die am ehesten geeignet erscheint, die Freiheit des einzelnen zu gewährleisten.“⁸⁷

Darüber hinaus erfolgte das Verschwinden antidemokratischer Strömungen durch die personellen Veränderungen innerhalb des konservativen Lagers. Die neue Fahne der ÖVP, Leopold Kunschak, stand als Vertreter für die demokratischen Elemente der Christlichsozialen Partei, die vor allem in der christlichen Arbeiterbewegung beheimatet waren. Diese Strömung stellte in der Ersten Republik die innerparteiliche Opposition dar und musste sich den vorherrschenden antidemokratischen Gruppen beugen. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, der Zeit der Verfolgung und des gemeinsamen Widerstandes der Gegner von einst übernahm im christlichsozialen Widerstand der gemäßigte Flügel die Spitze.⁸⁸

⁸⁵ Gutkas, Karl: Die Zweite Republik. Österreich 1945 – 1985. Wien 1985, S.12

⁸⁶ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 9

⁸⁷ ÖVP, Protokoll des 1. Bundesparteitages 1947, S. 31

⁸⁸ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S.191

Das Selbstverständnis der Partei erfuhr dadurch eine Wandlung:

„Parteien dürfen niemals zum Selbstzweck oder zu einem Machtinstrument gegen Andersdenkende werden. Es darf aber auch nicht Aufgabe der Parteien sein, ihre Anhänger zur Unduldsamkeit anderen Anschauungen gegenüber zu erziehen und alles, was nicht mit dem eigenen Parteiprogramm übereinstimmt, als schlecht und schädlich für den einzelnen und für die Allgemeinheit hinzustellen. Ein solch verblendeter Parteiegoismus wäre nur geeignet, den ersten Schritt zur Beseitigung der Demokratie zu bilden, denn es ist klar, dass eine intolerante Partei, für die das Bekenntnis zur Demokratie nur Mittel zum Zweck ist, alle anderen politischen Gebilde vernichten wird, sobald sie durch die Übernahme der Macht dazu Möglichkeit bekommt. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung wird sich die Österreichische Volkspartei daher immer eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegen, um die Spielregeln der Demokratie nicht zu stören und sie wird auch dann nicht „totalitär“ werden, wenn sie die Mehrheit im Staat erobert hat, so wie es bei den Wahlen im November 1945 der Fall gewesen ist. Die Österreichische Volkspartei weiß sehr wohl, daß sich jede Partei die moralische und gesetzliche Basis, auf der sie steht, selbst abgräbt, wenn sie die anderen Parteien, auch wenn diese in der Minderheit sind, ausschaltet. Denn Demokratie gibt es nur dort, wo mindestens zwei Meinungen gleichberechtigt und gleichzeitig auftreten können.“⁸⁹

Anstatt der Alleinherrschaftsansprüche machte sich die ÖVP nun für die Zusammenarbeit stark, jegliche Diktaturpläne im innerpolitischen Ringen um die Macht wurden nicht mehr geduldet. Zukünftig auftretende Meinungsverschiedenheiten sollten nur noch innerhalb des demokratischen Rahmens ausgetragen, und Parteiinteressen nicht den Interessen des Staates vorgezogen werden, also die Demokratie nicht für Befriedigung eigener Wünsche missbraucht werden.⁹⁰

⁸⁹ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 9f.

⁹⁰ Ebenda, S. 8f.

Auch wenn manch einer noch an dem Gesinnungswechsel zweifelte - dem ÖVP Obmann Julius Raab wurde Anfang 1946 die Aussage, dass die „Demokratie nur für die Roten gut sei“, zugeschrieben, so trat die offizielle Parteilinie klar für ein Bekenntnis zur Demokratie ein.⁹¹

2.3.4 Betonung des Österreichertums

Neben der Idee des Solidarismus als Grundlage für eine neue Gesellschaftsordnung und dem Bekenntnis zur Demokratie stellte in den Anfangsjahren der Zweiten Republik das Österreichertum das dritte wesentliche Charakteristikum der ÖVP Programme dar.

Schon in den 1945 veröffentlichten Programmatischen Leitsätzen wurde als staatspolitisches Ziel ein selbstständiges Österreich vorgegeben und in Bezug auf die Kulturpolitik die „zielbewußte Pflege des österreichischen Geistes und die schärfste Betonung des eigenständigen österreichischen Kulturgutes“⁹² propagiert.

Das Bekenntnis zu Österreich scheint angesichts der Tatsache, dass schon vor dem Anschluss an Deutschland die Vertreter des Austrofaschismus für die Bewahrung der staatlichen Souveränität eingetreten waren, keine große Wende in den Inhalten der Partei zu bedeuten. Im Gegensatz zur Vergangenheit wurde nun der Österreichbegriff aber völlig anders definiert. Man sprach nicht mehr von Österreich als zweitem deutschem Staat, die Österreicher waren nicht mehr die besseren Deutschen, sondern schlicht und einfach Österreicher.

⁹¹ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 75

⁹² Programmatische Leitsätze der Österreichischen Volkspartei. Abgedruckt in: Kriechbaumer, Robert: Von der Illegalität zur Legalität. Gründungsgeschichte der ÖVP Wien 1985 (Anhang)

Angesichts der Leiden, die die Vertreter der ÖVP durch den nationalsozialistischen Terror erfahren hatten müssen, ist es nachvollziehbar, dass eine Anlehnung an Deutschland künftig nicht mehr erwogen wurde.⁹³

Auf die Nähe zu Deutschland wurde bei der Charakterisierung des Österreichertums in der Zweiten Republik verzichtet, dafür wurde im Sinne des neu entstandenen Nationalbewusstseins die staatliche, kulturelle und mentalitätsmäßige Eigenständigkeit betont.⁹⁴

Obwohl die ÖVP sämtliche Merkmale, die für eine Nation wesentlich sind, erfüllt sah, stellte sie zugleich fest, dass es noch einiges an Arbeit bedurfte, um das österreichische Nationalbewusstsein vollends zu erwecken.⁹⁵ Diesem Ziel verschrieb sich die ÖVP und betonte in ihren Aufrufen an die Bevölkerung immer wieder die Eigenständigkeit des österreichischen Volkes:

„Wenn wir immer wieder mit allem Fanatismus heimatverwurzelter Treue zu uns selbst betonen, daß wir kein zweiter deutscher Staat sind, daß wir kein Ableger einer anderen Nationalität jemals waren noch werden wollen, sondern daß wir nichts anderes sind als Oesterreicher, dies aber aus ganzem Herzen und jener Leidenschaft, die jedem Bekenntnis zu seiner Nation innewohnen muß, dann ist dies keine Erfindung von uns, die wir heute die Verantwortung für diesen Staat tragen, sondern die tiefste Erkenntnis aller Menschen, wo immer sie auch stehen mögen in diesem Oesterreich.“⁹⁶

⁹³ Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, S. 395

⁹⁴ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 166

⁹⁵ Missong, Alfred: Die Österreichische Nation. Wien 1948, S. 11

⁹⁶ Figl, Österreich geht an die Arbeit, S. 14

2.3.5 Umgang mit der Vergangenheit

Wie in den vorgegangenen Kapiteln gezeigt, kann die ÖVP in vielerlei Hinsicht als Nachfolgepartei des christlich-konservativen Lagers der Ersten Republik angesehen werden. In ihrer Selbstdarstellung legte die ÖVP in ihren Standpunkten zur Vergangenheit, insbesondere zur Zeit des Austrofaschismus, allerdings ein äußerst ambivalentes Verhältnis an den Tag.

Zum einen distanzierte sie sich generell von den Ereignissen der Zwischenkriegszeit, da sie als neue, erst seit 1945 bestehende Partei keinerlei Verantwortung für die Geschehnisse der Vergangenheit zu tragen hätte. Jedoch fand keine explizite Distanzierung von den Inhalten ihrer Vorgänger statt, viel eher versuchte sie das Vorgehen der Austrofaschisten zu legitimieren und verharmloste den autoritären Charakter dieser Zeit.⁹⁷

Selbstverständlich lag es nicht im Interesse der ÖVP, dass die Gegensätze zwischen den Parteien erneut in einem Bruderkrieg endeten, das Bekenntnis zum demokratischen Aufbau der Zweiten Republik war eine unbestrittene Grundlage der neuen Partei. Um diesen Vorgaben Genüge zu tun, trat die ÖVP stets dafür ein, die Geschichte ruhen zu lassen und die alten Gegensätze zu begraben. Gegenüber ihrem Koalitionspartner vertrat sie die Meinung, dass die von der SPÖ angestrebte Abrechnung mit der Vergangenheit zu nichts anderem als zur Gefährdung des inneren Friedens führen würde:

„Die Sozialisten wissen doch genau, daß sie den Angehörigen der Oesterreichischen Volkspartei das Bekenntnis zu ihrem Verhalten von 1934 – 1938 niemals aus dem Herzen reißen werden.“⁹⁸

⁹⁷ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 177

⁹⁸ Österreichische Volkspartei: Die ÖVP und der 12 Februar. Ein kurzer Tatsachenbericht des Hauptreferats für Presse und Publizistik der ÖVP . In: Politische Zeitprobleme, Band 3, Wien 1946, S.12

Anstatt die antidemokratischen Züge des Dollfußkurses zu kritisieren, hob die ÖVP stets hervor, dass die getätigten Handlungen nur unter dem Aspekt der Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu betrachten wären und den Austrofaschisten gar keine andere Wahl geblieben wäre, als die Demokratie zu beseitigen.⁹⁹

„Mit einem solchen arbeitsunfähigen und unpopulären Parlament konnte keine erfolgreiche Abwehrpolitik gegen die antidemokratischen Kräfte des Hitlerfaschismus geführt werden.

Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen. Die Beseitigung des österreichischen Parlaments war eine solche Maßnahme, und der autoritäre Kurs war nichts anderes als die politische Kampfstellung aller heimattreuen Österreicher gegen den übermächtigen Nationalsozialismus.“¹⁰⁰

Die ÖVP gesteht zwar ein, dass in der Vergangenheit durchaus Fehler begangen worden seien, nun gehe es allerdings nicht um die Schuldfrage, sondern darum, gemeinsam aus den Fehlern zu lernen und die zweite Chance zu nützen, ein demokratisches, freies Österreich zu errichten.

„Schauen wir nicht mehr nach rückwärts, sondern nur mehr gemeinsam vorwärts. Machen wir vor allem gemeinsam Schluss mit den Schlagworten von Austromarxismus und Austrofaschismus, die uns heute nichts mehr sagen und die uns auch künftighin hoffentlich niemals mehr etwas sagen werden. Wir haben uns in diesen schweren Tagen des ersten Wiederaufbaus gemeinsam zusammengesetzt, um unser neues Haus zu bauen. Der Sozialist und der christliche Bauer, der Kommunist und der Heimwehrmann, der Schutzbündler und der Freiheitsbündler, ja, sagen wir es nur ganz offen und ehrlich, der Austromarxist und der Austrofaschist vom Jahre 1934.

⁹⁹ Klamper, „Ein einig Volk von Brüdern“, S.178

¹⁰⁰ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 35

Wir haben nicht gefragt, wo jeder stand, wir haben nur eines gefragt, ob er damals im Jahre 1934 Oesterreich wollte, ob er inzwischen an diesem Oesterreich einen Verrat übte, und ob er jetzt wieder dieses Oesterreich will.“¹⁰¹

An den Kommentaren ist deutlich erkennbar, dass die ÖVP nicht an einer ernsteren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit interessiert war. Um den Forderungen der SPÖ entgegenzukommen, stimmte die ÖVP aber immerhin einer Rückstellung des 1934 geraubten sozialdemokratischen Parteivermögens zu. Als solches galten auch Grundstücke, Arbeiterheime, Bibliotheken und weitere Einrichtungen, die für den organisierten Wiederaufbau der SPÖ von Bedeutung waren. Die Haltung der ÖVP kann als Indiz dafür angesehen werden, dass sie bereit war, das politische Unrecht, das der Sozialdemokratie 1934 widerfahren war, anzuerkennen und wiedergutzumachen.¹⁰²

Bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung der ÖVP lässt sich abrundend feststellen, dass die Partei in diesem Bereich sicherlich näher an ihrem Anspruch war, etwas Neues darzustellen als hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus der Partei und ihrer Eliten. Dennoch muss auch erwähnt werden, dass die inhaltlichen Grundsätze – wenn auch modifiziert und den aktuellen Umständen angepasst – oftmals in der Weltanschauung der Ersten Republik wurzelten.

¹⁰¹ ÖVP, Die ÖVP und der 12. Februar, S. 9

¹⁰² Klamper, „Ein einig Volk von Brüdern“, S. 178f.

2.4 Die inhaltliche Positionierung der SPÖ

2.4.1 Die Wiedergründung der Sozialdemokratie

Anders als die ÖVP definierte sich die SPÖ im Jahr 1945 nicht als neu, sondern knüpfte bewusst an die Sozialdemokratische Partei der Ersten Republik mit dem Ziel an, die Traditionen der aus ihrer Sicht in Ehren untergegangenen Arbeiterbewegung wieder aufleben zu lassen. Die Wiedererweckung wurde lauthals verkündet, „Wir sind wieder da“, lautete die Parole.¹⁰³ In ihrer Eigendarstellung hatten weder der Weltkrieg noch die Verfolgung durch die Austrofaschisten und die Nationalsozialisten die Sozialdemokraten vernichten können, ganz im Gegenteil, durch die leidvollen Erfahrungen stand man nun stärker und gefestigter als je zuvor.¹⁰⁴

Am ersten Parteitag im Jahr 1945 wurde stolz verkündet, dass die alte Partei eigentlich gar nie aufgehört hatte zu bestehen und deshalb die Fortsetzung der alten Traditionen die logische Folge wäre:

„Was Dollfuß damals sagte: „Die sozialdemokratische Partei hat aufgehört!“, hat für Zehntausende Menschen nicht gegolten!“¹⁰⁵

Aus formaler Sicht gesehen bedeutete das Bürgerkriegsjahr 1934 das Ende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Ersten Republik. Nach der Niederlage des Republikanischen Schutzbundes wenige Tage nach Beginn des militärischen Konfliktes am 12. Februar wurde die Partei vom Dollfußregime verboten, viele ihrer Anhänger wurden in den folgenden Jahren verfolgt und hingerichtet.

¹⁰³ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 68

¹⁰⁴ Sozialistische Partei Österreichs: Rückblick und Ausschau. Sozialistische Hefte , Folge 1, Wien 1945, S.8 - 10

¹⁰⁵ SPÖ, Parteitag 1945, S. 21

Der unfreiwillige, letztlich elf Jahre andauernde Aufenthalt in der Illegalität stellte einen Bruch in der sozialistischen Bewegung dar, schließlich bestand keine oder eine nur sehr begrenzte Möglichkeit, die Partei organisatorisch und auch ideologisch zusammenzuhalten.

Im Untergrund agierte während der Zeit der beiden in Österreich herrschenden antidemokratischen Regime die Partei der „Revolutionären Sozialisten“.

Diese Teilgruppierung wandte sich zwar enttäuscht von dem passiven Verhalten der Parteispitze im Kampf der Lager von der offiziellen Parteilinie ab, fühlte sich aber weiterhin der sozialistischen Bewegung verbunden und hielt so gewissermaßen die Fahnen des Sozialismus bis zur Entstehung der Zweiten Republik hoch.¹⁰⁶

Das Selbstverständnis der revolutionären Sozialisten war von den radikalen Umständen dieser Zeit geprägt, die Namensgebung wurde wie folgt erklärt:

„Das war kein Bruch mit der alten revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Österreich, kein Verleugnen ihrer großen Vergangenheit und erst recht kein Abrücken von der tapferen Tat des Februars. Mit dieser Bezeichnung sollte ausgedrückt werden, daß sich die Partei freigemacht hat von allen reformistischen und demokratischen Illusionen, sollte ein eindeutiges Bekenntnis zur Erneuerung der Arbeiterbewegung zum kompromißlosen revolutionären Kampf für den Sozialismus abgelegt werden.“¹⁰⁷

Die revolutionären Sozialisten hielten während der Zeit des Verbots die Fahnen der Arbeiterbewegung und könnten damit in gewisser Hinsicht als Bindeglied zwischen der alten Sozialdemokratie und der im April 1945 neuerstehenden sozialistischen Partei angesehen werden.¹⁰⁸ Allerdings soll an dieser Stelle nicht der Eindruck eines nahtlosen Übergangs erweckt werden, denn die SPÖ war sicherlich nicht rein eine Nachfolgepartei der Revolutionären Sozialisten.

¹⁰⁶ Stadler, Karl R: Die österreichische Linke. Vom Austromarxismus zum Austrosozialismus. In: Zöllner, Erich (Hg): Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel Ihrer Strukturen und Probleme. Wien 1985, S. 49f.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 50

¹⁰⁸ Ebenda, S. 51

Die offizielle Neugründung der Partei am 14. April 1945 war viel eher gleichbedeutend mit der Zusammenführung der verschiedenen Teilströmungen, die sich in den vorangegangenen elf Jahren des Verbotes der Partei entwickelt hatten. Die sozialistische Gesinnungsgemeinschaft bestand zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Hitlerreiches neben den meist jüngeren, revolutionären Aktivisten, von denen viele erst im Untergrund der Bewegung beigetreten waren, auch aus den exponierten alten Führern und den treu gebliebenen Sympathisierenden der alten Sozialdemokratie aus der Zeit vor 1934.¹⁰⁹

Während die alten Sozialdemokraten eher für einen gemäßigten Sozialismus eintraten, gab es von Seiten des radikaleren Flügels, dem die RS angehörte, durchaus Bestrebungen den Austromarxismus fortzuführen. Allerdings waren sie durch den Tod Otto Bauers ihrer ideologischen Vaterfigur beraubt worden.¹¹⁰

Trotz der unterschiedlichen Wege und so manch ideologischer Differenzen innerhalb der Bewegung waren sich alle Gruppen in der SPÖ einig, die Nachfolge der alten Arbeiterpartei aus der Ersten Republik anzutreten und die Partei wiederauferstehen zu lassen. Und so fanden sich am 14. April im Roten Salon im Wiener Rathaus die Wortführer der verschiedenen Teilbewegungen ein. Für die Revolutionären Sozialisten traten die Personen Pfeffer, Afritsch, Hilde Krones, Felix Slavik in den gebildeten provisorischen Parteivorstand ein, die alten Sozialdemokraten waren durch Helmer, Körner, Schärf, Schneidmadl und Speiser vertreten. Als Vorsitzender sollte Karls Seitz fungieren, aufgrund dessen unbekanntem Aufenthaltsortes wurde später Schärf eingesetzt.¹¹¹

¹⁰⁹ Stadler, Adolf Schärf, S. 193

¹¹⁰ Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 133

¹¹¹ Stadler, Adolf Schärf, S. 193

Dass die verschiedenen Strömungen trotz der ideologischen Differenzen bereit waren innerhalb einer Partei zusammenzustehen, ist in erster Linie der geschickten Taktik Adolf Schärfs zu verdanken. Ihm gelang es, die Betonung der alten Traditionen der Sozialdemokratie und Zugeständnisse an die revolutionären Sozialisten miteinander zu verknüpfen, so dass sowohl dem alten reformistischen Flügel als auch den radikaleren, jüngeren Widerstandskämpfern der Eintritt in die Partei ermöglicht wurde. Der Kompromiss spiegelt sich auch im Parteinamen wider, der Bezeichnung „Sozialistische Partei Österreichs“ wurden in Klammern die Worte „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“ beigefügt.

Die Zusammenführung von gemäßigten und radikaleren Strömungen zu einer einheitlichen Bewegung verhinderte ein Erstarren der KPÖ, die eine Verbindung mit den revolutionären Sozialisten als den ersten Schritt zur Umsetzung ihrer Idee einer Einheitsfront ansah. Die SPÖ wehrte sich gegen diese Pläne erfolgreich und konnte sich wie in der Ersten Republik als das Sammelbecken der Arbeiterschaft positionieren.¹¹²

Der Parteiname und die ausgewogene Besetzung im Parteivorstand täuschen jedoch über den Umstand hinweg, dass die politisch weniger erfahrenen revolutionären Aktivisten von einflussreichen Positionen ferngehalten wurden. Der politische Kurs wurde eindeutig von den alten Sozialdemokraten aus dem gemäßigten rechten Flügel bestimmt. Des Weiteren wurden nicht alle ehemaligen Gesinnungsgenossen in die SPÖ integriert, wer den von Renner und Schärf vorgegebenen pragmatischen Kurs nicht mitging, hatte keinen Platz in der Partei. So kam es, dass in der Zweiten Republik zwei bekannte Männer der alten Sozialdemokratie fehlten.

¹¹² Kriechbaumer, Von der Illegalität zur Legalität, S. 127

Zum einen war dies Julius Deutsch, dem unüberbrückbare Differenzen mit Adolf Schärf zum Verhängnis wurden, zum anderen verblieb Friedrich Adler in der Emigration, weil er sich nicht vom austromarxistischen Gedankengut und dem Wunsch nach einer gesamtdeutschen Revolution loslösen wollte.¹¹³

Da man sich als Nachfolgepartei definierte, schloss die SPÖ - zumindest formal - an die Parteiprogramme der Vergangenheit an. Offiziell behielt das Linzer Programm aus dem Jahr 1926 bis zum Jahr 1947 seine Gültigkeit, es bildete zusammen mit der aus dem Jahr 1934 stammenden „Prinzipienerklärung der Revolutionären Sozialisten“ die theoretische Grundlage für die Gründung der SPÖ im Jahr 1945. Erst durch das Aktionsprogramm wurden die revolutionären Inhalte von einem gemäßigeren, pragmatischeren Dokument abgelöst.

Es muss aber deutlich gemacht werden, dass die Ideen der früheren Programme schon seit der Gründung der SPÖ keinerlei Aufnahme in das realpolitische Verhalten der Partei fanden, der Rückgriff auf die alte Theorie war wohl eher als Notlösung zur Überbrückung der Zeit bis zu einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung zu verstehen. Der revolutionäre Geist der Ersten Republik wurde von einem überwiegenden Teil der führenden Parteigenossen als nicht mehr zeitgemäß betrachtet¹¹⁴

2.4.2 Die Anschließthematik und das Bekenntnis zu Österreich

Der Anschluss an Deutschland war eine wesentliche Forderung der Sozialdemokratie in der Ersten Republik, ideologisch motiviert durch die Ansicht, dass der Sieg des Sozialismus und die damit einhergehende Herrschaft der Arbeiterklasse im industriell schwach entwickelten Österreich alleine schwerer zu bewerkstelligen sei als innerhalb der gesamtdeutschen Revolution.

¹¹³ Skalnik, Parteien, S. 204

¹¹⁴ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 180

Die Anschließthematik innerhalb der SPÖ vor 1933 ist also nur in Verbindung mit den Ideen des Austromarxismus zu verstehen, nicht jedoch mit den Anschlussbestrebungen der Nationalsozialisten in Zusammenhang zu setzen.

Ebenso wie Otto Bauer die bestimmende Figur des Austromarxismus war, ist er auch als Motor der Entwicklung zu sehen, die im Herbst 1918 mit dem Entschluss der Sozialdemokratie, die deutschsprachigen Teile der ehemaligen Habsburgermonarchie in das Deutsche Reich einzugliedern, begann. Einerseits waren die Überzeugungen Bauers von ökonomischen Gedanken getragen, wie viele Politiker hielt er die übrig gebliebenen deutschsprachigen Teile des einst großen Reiches für wirtschaftlich nicht überlebensfähig.

Andererseits sah Bauer den Anschluss als Grundlage für den Weg des Sozialismus in Österreich, denn durch die Unterstützung der zahlenmäßig stärkeren und besser organisierten Arbeiterschaft in Deutschland sah er die Möglichkeit im Klassenkampf mit dem „bürgerlichen Lager“ den Sieg zu erringen. Die Lösung der nationalen Frage am Beginn der Ersten Republik ist somit im Rahmen des Kampfes um die gesellschaftliche Revolution anzusehen. Die darauf folgende Zeit brachte zum einen das Anschlussverbot durch die Friedensverträge von Saint Germain mit sich, des Weiteren zeigte sich, dass Österreich, wenn auch unterstützt durch ausländische Wirtschaftshilfe, durchaus auch ohne den großen Nachbarn überlebensfähig war. Die grundsätzlich ideologische Ausrichtung des Austromarxismus erfuhr dabei keine Änderung, das Ziel bestand weiterhin in der Verwirklichung des Sozialismus.¹¹⁵

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland im Jahr 1933 veranlasste die Sozialdemokraten dazu, den Anschlussparagrafen aus ihrem Parteiprogramm zu streichen.¹¹⁶

¹¹⁵ Haas, Hans: Otto Bauer und der Anschluss 1918/1919. In: Konrad, Helmut (Hg): Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln; Anschluß 1918 und 1938: Nachwirkungen. Wien 1978, S.36 - 38

¹¹⁶ Ebenda, S. 45

Die Vereinigung mit einem nationalsozialistischen Deutschland stellte für die österreichische Sozialdemokratie verständlicherweise keine Alternative dar, dies bedeutete jedoch nicht, dass die grundsätzliche Idee des Anschlusses fallen gelassen wurde.

Noch im Jahr 1938 bekannten sich nicht wenige österreichische Sozialisten zur Vereinigung mit Deutschland, selbst Renner begrüßte kurz vor dem Einmarsch der Nazis in Österreich den Anschluss, wenn auch nicht die Art und Weise, wie er zustande kam. Wie ist es zu erklären, dass es, selbst als Österreich vor der Tatsache der nationalsozialistischen Diktatur stand, innerhalb der Sozialisten Sympathisanten für den Anschluss gab? Nicht die Verheißungen des faschistischen Regimes waren es, sondern die Hoffnung, dieses gemeinsam mit der deutschen, unterdrückten Arbeiterklasse gemeinsam zu überwinden, ließ so viele die Befürwortung des Anschlusses nicht aufgeben. Viele wähten sich mit Hilfe der gesamtdeutschen Revolution, die den langgehegten Wunsch nach der Herrschaft des Sozialismus mit sich bringen sollte, am Ziel des Klassenkampfes.¹¹⁷ Der Fakt des Anschlusses sollte künftig nicht in Frage gestellt werden, sondern als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Zukunft und für einen gesamtdeutschen Widerstand gegen Hitler dienen.¹¹⁸

Die ideologischen Motive für die Anschlussbestrebungen der Sozialdemokraten in der Ersten Republik hatten nichts mit den Vorstellungen Hitlers gemein, allerdings waren die bitteren Erfahrungen des Nationalsozialismus ein wesentlicher Grund, warum die Sozialdemokratie den Wunsch nach einem gesamtdeutschen Sozialismus schließlich endgültig verwarf. War man im Jahr 1938 noch gegen das Zustandekommen des Anschlusses unter der nationalsozialistischen Herrschaft eingetreten, nicht aber gegen den Anschluss selbst, so veränderte sich in der Zeit des Zweiten Weltkriegs die Haltung darüber.

¹¹⁷ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 178f.

¹¹⁸ Ardelt, Rudolf G: Das „Problem“ Friedrich Adler In: Konrad, Helmut (Hg): Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln; Anschluß 1918 und 1938: Nachwirkungen. Wien 1978, S.72

Adolf Schärf berichtet in seinen Erinnerungen, wie er im Frühsommer 1943 von den deutschen Sozialdemokraten im Rahmen der GÖrdeler Bewegung kontaktiert wurde, die das Ende des Hitlerregimes in Aussicht stellten und um Unterstützung bei der deutschen Revolution warben.

Als Lohn dafür sollte der Anschluss Österreichs an Deutschland auch nach dem Friedensschluss mit den Alliierten erhalten bleiben. Das langjährige Ziel der Sozialdemokraten, in der Zeit der Ersten Republik noch durch die Friedensverträge von Saint Germain vereitelt, der Zusammenschluss der deutschen und österreichischen Arbeiterschaft auf dem Weg zum gesamtdeutschen Sozialismus schien also Realität zu werden.

Schärf stimmte zwar zu, die Beseitigung Hitlers mitzutragen, lehnte aber die Erhaltung des Anschlusses mit folgenden Worten ab:

„Der Anschluss ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“¹¹⁹

Doch nicht nur Schärf sah Österreich zukünftig als unabhängigen Staat, in Gesprächen mit den anderen führenden Sozialdemokraten wie Renner und Seitz kristallisierte sich allmählich heraus, dass sich in den Reihen der Sozialdemokraten ein Österreichertum entwickelt hatte, das die Anschlussbestrebungen endgültig ablöste.

Die Entscheidung der Moskauer Deklaration im darauffolgenden Herbst, Österreich als erstes Opfer Hitlerdeutschlands anzusehen und dessen Wiederherstellung zu gewährleisten, bestärkte die Sozialdemokraten in ihrem Gesinnungswandel, die Zukunft Österreichs nicht mehr länger im deutschen Reich zu sehen.¹²⁰

¹¹⁹ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 21

¹²⁰ Ebenda, S. 20f.

In der Zweiten Republik setzte sich in der SPÖ vor allem Karl Renner für ein Bekenntnis zur österreichischen Eigenständigkeit ein. Die Anschlussgedanken der Ersten Republik wurden von ihm nun nicht mehr als Teil der sozialistischen Ideologie beurteilt, sondern als Notlösung hingestellt.

„Die besonderen Umstände der Jahre 1918 und 1919, die völlige Isoliertheit der von allen anderen Nationalitäten abgestoßenen deutschen Österreicher ließen sie an den Ausweg in die Gemeinschaft mit dem deutschen Reiche denken – ihre kulturellen Beziehungen und seelischen Eigenheiten aber widersprachen einer Einverleibung ins Reich.“¹²¹

Das Hervorheben der eigenen österreichischen Kultur wurde als weiteres Argument für die Eigenstaatlichkeit verwendet:

„Unser Volk besitzt so eine ausgeprägte und von allen anderen verschiedene Individualität, daß es die Eignung und auch den Anspruch dazu hat, sich zur selbstständigen Nation zu erklären. Daß es die Sprachgemeinschaft mit den Deutschen des Reiches verbindet, kann kein Hindernis sein. Diese Sprachgemeinschaft ist auch kein Hindernis für die Deutschen der Schweiz, sich zur Schweizer Nation zu bekennen.“¹²²

Das Bekenntnis zur souveränen Zweiten Republik und zur eigenständigen österreichischen Identität hinderte die SPÖ aber nicht daran, sich weiterhin zum internationalen Sozialismus zu bekennen. Die Vermischung dieser beiden an sich widersprüchlichen Ideologien erklärt sich daraus, dass die pragmatischen Führungspersonlichkeiten der SPÖ zwar die realpolitischen Tatsachen anerkannten, gleichzeitig aber auch einen Weg suchten, die traditionellen Ideale der Arbeiterbewegung zu respektieren.¹²³

¹²¹ Renner, Karl: 950 Jahre Österreich. Wien 1946, S. 13

¹²² Ebenda, S. 14

¹²³ Wimmer, Gisela: Österreich zwischen West und Ost von 1945 bis zum Abschluss des Staatsvertrages. Zur Frage der österreichischen Option. Österreichs Selbstverständnis in der zeitgenössischen Publizistik von ÖVP, SPÖ und KPÖ. Würzburg 1978, S.138 - 140

Nicht nur aufgrund dieser Gratwanderung stellte die Anschlussdebatte ein heikles Thema dar, denn immer wieder wurden aus den eigenen Reihen Stimmen hörbar, die nicht so recht an die Nationswerdung der Österreicher glauben wollten. Um keine größeren Schäden anzurichten, entschied man sich, in der Öffentlichkeit nicht mehr als nötig über dieses Thema zu sprechen.¹²⁴

Dies hatte zur Folge, dass das Österreichbekenntnis keinen zentralen Raum in den SPÖ-Inhalten einnahm. Auch im Aktionsprogramm von 1947 wird das Thema eher außer Acht gelassen. Die Rolle des Fürsprechers der österreichischen Nation blieb dem Präsidenten Renner überlassen,¹²⁵ der sich in erster Linie mit Angriffen von den in der Emigration gebliebenen Altsozialisten konfrontiert sah. Vor allem Friedrich Adler konnte sich nicht mit dem Ende der Ideen von der gesamtdeutschen Revolution der Arbeiterschaft abfinden. In Zeitungsartikeln kritisierte er die Haltung der führenden SPÖ-Politiker:

„Man stellt den Österreichern in Aussicht, daß sie einem Teil der Verelendung, die über das deutsche Volk hereinbricht, entgehen können, wenn sie sich von jeder Gemeinschaft mit ihm lossagen, wenn sie sich darauf berufen, daß sie überhaupt keine Deutschen sind, sondern eine den Deutschen fremde Nation, eben Österreicher.“¹²⁶

Und weiter:

„Das Bekenntnis zur „österreichischen Nation“, zum totalen Partikularismus, mag den Österreichern für eine gewisse Zeit wenn auch bescheidene materielle Vorteile bringen. Solch ein Bekenntnis zur Erleichterung der Anbahnung internationaler Beziehungen auszunützen, erscheint mir als unwürdig der Vergangenheit der österreichischen Sozialisten als Kämpfer für den Internationalismus. Gegenüber allen solchen Verirrungen werden wir immer wieder betonen: „Das Gesetz, nachdem wir angetreten“, war nicht ein österreichischer Partikularismus, sondern der internationale Sozialismus.

¹²⁴ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 178

¹²⁵ Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, S. 398

¹²⁶ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 190

Ihm bleiben wir treu.“¹²⁷

Das Festhalten an der Ideologie der Vergangenheit, an den von Otto Bauer geprägten, austromarxistischen Zielen, verhinderte die Rückkehr und Wiedereingliederung von Friedrich Adler in die SPÖ, denn die Parteiführung rund um Renner und Schärp war entschlossen, nicht von ihrem neuen Kurs abzuweichen.

Renner antwortete Adler in einem Artikel der Wiener Zeitung, in dem er mit äußerster Klarheit festhielt, dass innerhalb der SPÖ keinerlei Platz für weitere Diskussionen über den Anschluss existiere.

„Schon aus diesem Grund haben jene polemischen Auseinandersetzungen heute, nachdem die österreichische Volksvertretung in einmütigen und feierlichen Kundgebungen eindeutige und unanfechtbare Beschlüsse zugunsten der vollen Selbstständigkeit des Landes gefaßt hat, nur mehr historisch-theoretische, nicht aber aktuelle Bedeutung.“¹²⁸

2.4.3 Das Demokratieverständnis der SPÖ

Das Linzer Programm, beschlossen am Parteitag 1926, gilt als die ideologische Krönung der Arbeiterpartei der Ersten Republik, es fordert nichts weniger als den Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.¹²⁹ Die damals dominante Persönlichkeit der Arbeiterpartei, Otto Bauer, sprach sich zwar grundsätzlich für die Demokratie aus, allerdings mit dem einzigen Ziel, die Mehrheit der Stimmen für sich zu gewinnen, um dann den Staat nach dem Willen der siegreichen Arbeiterklasse zu gestalten:

¹²⁷ Ebenda, S.190f.

¹²⁸ Karl Renner: Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs.
In: Wiener Zeitung, 19.1.1947, S. 1

¹²⁹ Stadler, Die österreichische Linke, S. 48

„Nehmen Sie an, das Proletariat erobert die Macht mit den Mitteln der Demokratie.

Was wird es nun tun? Werden wir die Demokratie aufheben? Keine Rede! Wir werden die Demokratie nicht erobern, um sie aufzuheben, sondern um sie nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse auszunützen, um den Staatsapparat nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse umzugestalten, um schrittweise den Produktionsapparat den Kapitalisten und den Großgrundbesitzern zu entreißen. Solange das geht, werden wir das tun müssen, ohne im Wesen die Demokratie anzutasten.“

Sobald sich aber die Demokratie als nicht stark genug erweisen würde, die Entwicklungen im Staat zu kontrollieren, etwa falls das bürgerliche Lager Möglichkeiten - angefangen von Wirtschaftssabotage bis zum Bürgerkrieg - suchen würde, sich gegen die Herrschaft der sozialistischen Mehrheit zur Wehr zu setzen, war Bauer dazu bereit die Demokratie zu Gunsten der Diktatur aufzugeben.

„Wenn die Bourgeoisie einen dieser Versuche macht, wird sich das Proletariat wehren uns sich so wie jede Klasse wehren, die eine Herrschaft erobert hat und in dieser bedroht ist. Natürlich wird man in einem solchen Kampfe die Freiheiten auch suspendieren müssen ... Natürlich schlägt in einer solchen Situation die proletarische Demokratie um in die Diktatur. Das ist es, was wir in Wirklichkeit in diesem Programm sagen. Wir wollen damit sagen: die Gewalt nur als Defensivmittel! Wenn das Proletariat die Herrschaft, die es erobert hat, in den Formen der Demokratie ausüben kann, ist es für das Proletariat der weitaus beste Fall, die stärkste Garantie für den Aufbau eines proletarischen Sozialismus. Vor der Diktatur wird man nicht zurückschrecken können, wenn man muß; aber nur die bittere Notwendigkeit kann die Anwendung dieses Mittels rechtfertigen! Ob Sie das Diktatur nennen, ob Sie es anders umschreiben wollen, ist ganz gleichgültig.

Wichtig ist nur der Gedanke: Demokratisch solange wir können, Diktatur nur, wenn man uns zwingt und soweit man uns zwingt.“¹³⁰

Die Aussagen Otto Bauers zur möglichen „Diktatur des Proletariats“ beeinflussten den weiteren Verlauf der Ersten Republik stark, denn von da an wurde die Sozialdemokratie von den politischen Gegnern als Partei der Revolution und Diktatur betrachtet.¹³¹

Im Gegensatz zu den Inhalten des Linzer Programms stand das Bekenntnis der Sozialisten zu einer demokratischen Staatsform in der Zweiten Republik von Anfang an fest. Die ehemaligen Standpunkte zu Eroberung und Absicherung der Macht im Staat fanden in der von Zusammenarbeit geprägten Nachkriegszeit keinen Platz mehr, wie Adolf Schärf bekräftigt:

„Die Meinungen des Linzer Programms über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit einer wenn auch nur verteidigungsweisen, zur Abwehr gedachten Diktatur des Proletariats wurden in der Partei als überholt empfunden.“¹³²

Da sich die SPÖ als Nachfolgepartei der früheren Sozialdemokraten definierte, herrschte an sich ein gewisser Erklärungsbedarf bezüglich der Abkehr von den Inhalten des Linzer Programms, das wohl das zentrale Dokument der Sozialdemokraten der Ersten Republik darstellte.

¹³⁰ Ebenda, S.48f., zitiert nach: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitag 1926, Wien 1926, S. 271f

¹³¹ Ebenda, S. 48

¹³² Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 180

Für eine Aufarbeitung der undemokratischen Tendenzen innerhalb der eigenen Parteigeschichte sah man allerdings keine Notwendigkeit, denn aus Sicht der SPÖ war es offensichtlich, dass allein die Vertreter des Dollfußregimes die Verantwortung für das Ende der demokratischen Verhältnisse in der Ersten Republik zu tragen hatten, weil sie es waren, die zur Niederwerfung der Arbeiterschaft einen Bürgerkrieg führten und durch die Ausschaltung des Parlaments die Vorkämpfer der Demokratie beseitigt hatten.¹³³

Der Arbeiterbewegung wurde in der Beurteilung der Bürgerkriegszeit die Rolle der Verteidigerin der demokratischen Republik zugeschanzt, die jahrelangen Kämpfe der Vorjahre rückten in den Hintergrund. Diese Darstellung ermöglichte ein Anknüpfen an die Traditionen der Sozialdemokratischen Partei, denn wie schon für das Bürgerkriegsjahr wurde der SPÖ nun erneut die Rolle der Vorkämpferin und Behüterin der Demokratie zugeschrieben:

„Wir sahen unseren Kampf vom Jahre 1934 um die Demokratie Österreichs historisch gerechtfertigt. Wir waren stolz darauf, daß unserer Partei abermals, wie in der Ersten Republik, die führende Rolle beim Wiederaufbau des Staates und der Demokratie zufiel ...“¹³⁴

Auch wenn von Seiten der SPÖ versucht wurde, das Bekenntnis zur Demokratie als Kontinuität zur Ersten Republik darzustellen, so lässt sich bei einer objektiveren Betrachtung ein Wertewandel feststellen, denn die SPÖ legte ab 1945 ein neues Verständnis bezüglich des Zweckes einer demokratischen Staatsform an den Tag.

In der Zwischenkriegszeit sahen die Sozialdemokraten im Rahmen einer demokratischen Staatsform lediglich eine Möglichkeit, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten.

¹³³ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 7

¹³⁴ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 76

Das Vorgehen von Otto Bauer und seinem Gefolge zielte einzig und allein auf Erringung der Stimmenmehrheit in der Bevölkerung ab, um dann unter Ausschaltung sämtlicher anderer Parteien alleine regieren zu können. Nach jedem fehlgeschlagenen Versuch, dieses Ziel zu erreichen, verharrte die Sozialdemokratie strikt in der Opposition, um sich von dort aus - letztlich erfolglos - auf eine Machtübernahme vorzubereiten.

Das Demokratieverständnis der Zweiten Republik hatte ein völlig anderes Gesicht, die Idee von dem Streben nach der Alleinherrschaft als alleiniger Zweck der Demokratie wurde verworfen.

„Ein jeder erkennt schließlich, daß sich auch die Demokratie geändert hat. Einmal hat es geheißen: Die Mehrheit herrscht, die Minderheit schweigt. Wir haben das 1920 erlebt. Das Ende vom Lied kennen wir alle. Mit unserem Verstande und mit unserer Tatkraft ist die Erste Republik entstanden; und wie sie fertig war, sind wir ausgeschieden. Das wird die österreichische Arbeiterklasse nie wieder tun!“¹³⁵

Demokratie wurde nun nicht mehr gleichbedeutend mit einer Alleinherrschaft der stärksten Partei aufgefasst. Geläutert durch die Erlebnisse in der Ersten Republik war man nun von Seiten der neuen Führung dazu bereit, Kompromisse mit anderen Parteien einzugehen, um aktiv an der Gestaltung des Staates mitarbeiten zu können. Priorität hatte das Festhalten an den Positionen in Regierung und Verwaltung, auch um den Preis des ideologischen Nachgebens.¹³⁶

Der Bezug zur Demokratie stellte allerdings keine Totalzäsur zum Kurs der Zwischenkriegszeit dar, manchmal waren auch in der SPÖ noch radikale Töne zu hören.

¹³⁵ Hannak, Karl Renner und seine Zeit, S. 695; zitiert nach: Arbeiterzeitung, 16.12.1945

¹³⁶ Stadler, Die österreichische Linke, S. 52

Einer der wichtigsten Vertreter des linken Flügels, Karl Czernetz, vertrat noch beim Parteitag 1947 einen Standpunkt, der stark an den Charakter der Ersten Republik erinnerte, als die Demokratie nur als Mittel zum Zweck betrachtet wurde. „Wir sind über das grundsätzliche Koalitionsdenken hinaus. Koalitionen sind in der Politik möglich und notwendig. Wir lehnen sie nicht grundsätzlich ab, wenn sie notwendig sind, aber grundsätzlich schlecht ist für einen Sozialisten die Koalitionsgesinnung. Als Koalitionsgesinnung möchte ich die Auffassung bezeichnen, daß man durch Koalition mit anderem zum Sozialismus kommt.“¹³⁷

Bei den tonangebenden Politikern aus dem rechten Flügel fanden die austromarxistischen Forderungen jedoch kein Gehör mehr. Viel mehr ist ihr Bekenntnis zu einer demokratischen Zweiten Republik im ideologischen Kontext als Absage an den Klassenkampf und dessen Ziel der Herrschaft der Arbeiterklasse zu verstehen:

„Wir haben harte Jahre hinter uns. In dieser Zeit haben wir jede Diktatur hassen gelernt und haben uns nach einem Zustand von Recht und Gesetz gesehnt, haben erkannt, daß die Demokratie die einzig gerechte Staatsform ist. Die Demokratie bedeutet einen gewaltigen Fortschritt, bedeutet die Achtung der Gesinnung jedes Staatsbürgers. Demokratie bedeutet aber noch lange nicht Herrschaft der Arbeiterklasse. Wer das annimmt, hat nicht begriffen, daß Demokratie auch die Achtung der Gesinnung der Minorität mit einschließt und sich eben darin von der Diktatur unterscheidet. Demokratie bedeutet das Vorhandensein von Mehrheit und Minderheit.“¹³⁸

Im Jahr 1947 gibt sich die SPÖ schließlich mit dem „Aktionsprogramm“ eine neue inhaltliche Grundlage, bis dahin besaß das Linzer Programm zumindest formal immer noch Gültigkeit.

¹³⁷ SPÖ, Parteitag 1947, S.172

¹³⁸ Wimmer, Österreich zwischen West und Ost, S.264f.; zitiert nach: Helmer, Oskar: Diskussion vor dem Parteitag. Der Parteitag 1946. in: Die Zukunft 8, 1946, S. 6

Trotz seines austromarxistischen Einschlages ist das Aktionsprogramm vor allem vom Pragmatismus der Nachkriegszeit gekennzeichnet. Bezüglich der Wertschätzung der Demokratie stellt es eine wichtige Revision auf die revolutionären Strömungen der Zwischenkriegszeit dar. Die „Diktatur des Proletariats“ wird, auch als defensive Möglichkeit, nicht mehr in Betracht gezogen. Neben einem deutlichen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie bekennt sich die SPÖ darin ebenso zur Glaubens- und Gewissensfreiheit.¹³⁹

„Die Sozialistische Partei Österreichs ist eine grundsätzlich demokratische Partei. Sie lehnt entschieden jedes System eines Einparteienstaates ab und sieht in dem freien Kräftespiel politischer Parteien die notwendige Grundlage der Demokratie.“¹⁴⁰ Auch für den Fall, dass die SPÖ in künftigen Wahlen als Gewinner hervorgehen sollte, wird eine Beibehaltung der Demokratie gewährleistet:

„Die Sozialistische Partei Österreichs lehnt jede Art von Diktatur ab. Sie strebt danach, die Mehrheit des Volkes und mit ihr die Macht im Staate zu gewinnen, die sie, gestützt auf das Vertrauen des Volkes, unter allen Garantien der Demokratie ausüben wird. Sie wird die Demokratie weiter ausbauen, ihre Einrichtungen noch fester verankern und gegen jeden Angriff reaktionärer, totalitärer, faschistischer oder nazistischer Elemente kraftvoll verteidigen.

Sie garantiert jedem Staatsbürger die persönliche, geistige und religiöse Freiheit sowie alle staatsbürgerlichen Rechte.

Sie wird eine verlässliche, demokratische, leistungsfähige Staatsverwaltung einrichten.“¹⁴¹

¹³⁹ Stadler, Die österreichische Linke, S. 54

¹⁴⁰ Sozialistische Partei Österreichs: Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs beschlossen auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 23. bis 26. Oktober 1947. Wien 1947, S. 5

¹⁴¹ Ebenda, S. 5

2.4.4 Die neue Rolle der SPÖ im Staat

In der Ersten Republik befanden sich die Sozialdemokraten seit dem Ausscheiden aus der Koalition im Jahr 1920 durchgehend in Opposition, während der Staat vom verhassten Klassenfeind regiert wurde. In dieser Zeit war die revolutionäre Sichtweise vorherrschend, dass alles mit dem Staat und der Regierung in Verbindung Stehende zur Unterdrückung der Arbeiterklasse diene und deswegen beseitigt gehörte.¹⁴²

In der Zweiten Republik vollzog die SPÖ einen Wandel hin zur staatstragenden Partei. Die revolutionären Gedanken traten in den Hintergrund, stattdessen wollte man innerhalb des staatlichen Rahmens für die Interessen der Arbeiterbewegung eintreten. Die einst unterdrückte Arbeiterschaft, die den Staat als Unterdrücker ansah und ihn deshalb überwinden wollte, entwickelte sich zum mitbestimmenden Teil im Staat, übernahm die Verantwortung für ihn und seine künftigen Entwicklungen.¹⁴³

Eine Voraussetzung dafür war der Führungswechsel innerhalb der Partei hin zu den gemäßigten Vertretern des rechten Parteiflügels. Karl Renner vertrat schon in der Ersten Republik den Standpunkt, dass die sozialistische Arbeiterschaft besser in den Staat hineinwachsen sollte, als ihn mit den Mitteln des Marxismus zu überwinden.¹⁴⁴

Seine dominierende Stellung beim Aufbau der Zweiten Republik bot Renner die Möglichkeit, die Arbeiterschaft auf den neuen Kurs einzuschwören:

„Nur ein Wort noch vom Staat. Einmal, da haben wir ihn stürzen wollen, nicht nur im revolutionären Lied, sondern wirklich. Er muß abgeschafft werden, haben wir gerufen. Es hat sich seither so manches geändert. Der Polizeistaat von einst ist immer mehr zum Fürsorgestaat geworden.

¹⁴² Gutkas, Die Zweite Republik, S.11

¹⁴³ Stadler, Die österreichische Linke, S. 43f.

¹⁴⁴ Benedikt, Geschichte der Republik Österreich, S. 431

Schaut euch nur so ein Budget an! Vielleicht 60 Prozent sind heute Aufwendungen für die Massen, und nur 40 Prozent gehen auf den Herrschaftsapparat auf. Heute wollen wir nicht mehr den Staat stürzen, wir wollen ihn erobern.“¹⁴⁵

In der 1946 erschienenen Publikation „Die neue Welt und der Sozialismus“ erläutert Renner ausführlich seine Ansichten von der Beziehung des Sozialismus zum Staat. Die ehemalige Position abseits vom Staat, der Klassenkampf der Arbeiter gegen die Unterdrückung durch den Staat, die Herrscher des Staates und die daraus resultierenden Ideen nach der Stürzung oder auch Überwindung des Staates sieht Renner als überholt an, die Gegenwart und die Zukunft des Sozialismus liegt im Staat.¹⁴⁶

„Und man lernt allmählich, dem Staat sich dienstbar zu machen: In der Gesundheitspflege, im Säuglings- und Mutterschutz, in der Wohnungsfrage usw. Erst allmählich kommt die ganze Klasse dahinter, daß eigentlich der Staat als Institution das geeignete, ja vielfach das einzige Mittel ist, wirksam Sozialismus zu machen. Das Wort Verwässerung des Klassenkampfes stimmt offenbar gar nicht mehr: Denn man führt nun den Klassenkampf weiter, aber nicht gegen den Staat, sondern um den Staat, um jede einzelne sozialpolitische Maßregel. Und im Laufe einiger Jahrzehnte stellt sich heraus, daß beispielsweise der Staatshaushalt kaum mehr zur Hälfte für dessen Herrschaftsaufgaben und zur anderen Hälfte für soziale Aufgaben bestimmt ist, am Ende entdeckt man gar, daß der Staat mit seiner ganzen Apparatur ein bequemes Mittel ist, Trusts, Kartelle, große Schlüsselindustrien den Privaten zu entziehen und zu sozialisieren.“¹⁴⁷

¹⁴⁵ Hannak, Karl Renner und seine Zeit, S.695; zitiert nach: Arbeiterzeitung, 16.12.1945

¹⁴⁶ Renner, Karl: Die neue Welt und der Sozialismus. Wien 1946, S. 12

¹⁴⁷ Ebenda, S. 13

Die grundsätzliche Änderung der ideologischen Positionierung der Arbeiterschaft im Staat wurde auch durch die realpolitischen Umstände bewirkt. Die Lage Österreichs in der Nachkriegszeit erforderte die Mitarbeit aller Parteien, wodurch eine Zunahme des Gefühls der Mitverantwortung für den Staat bewirkt wurde.

Nach den Wahlen im November 1945 hatte die SPÖ zwar ihr größtes Ziel und ihren lang ersehnten Wunsch, stärkste Partei zu werden, wieder nicht erreicht und stand einer ähnlichen Ausgangslage gegenüber, wie sie sie schon in der Ersten Republik mehrmals vorgefunden hatte. Doch allen voran Renner und Schärf wollten den Oppositionskurs der Zwischenkriegszeit nicht mehr länger weitergehen und setzten sich dafür ein, dass die SPÖ zukünftig die Verantwortung im Staat mittragen sollte.¹⁴⁸

Auf dem knapp nach den Wahlen stattgefundenen ersten Parteitag der SPÖ erläuterte Schärf die Möglichkeiten seiner Partei den Genossen. Um zu verdeutlichen, was auf dem Spiel stand, begann er sein Plädoyer für den Regierungseintritt der SPÖ mit der Nennung der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung, die von der Sicherung der Volksernährung über Wirtschaftsfragen bis zur Forderung nach dem Abzug der Besatzungsmächte reichten. Angesichts dieser Herausforderungen war für Schärf klar, dass die Möglichkeit der strikten Opposition nicht gegeben schien:

„Die eine Möglichkeit wäre die, an die man früher einmal leichter gedacht hätte: die grundsätzliche Opposition. Ich glaube, die Zeiten haben sich geändert, daß daran niemand mehr denkt, daß in einem Parlament und in einer Zeit, in der solche Fragen zu lösen sind, eine Partei, und sei es auch die kleinste, in grundsätzliche Opposition treten könnte.“¹⁴⁹

Dass die SPÖ in der allgemeinen Notsituation auch ihren Beitrag im Staat leisten musste, stand außer Zweifel, allerdings existierte rein theoretisch auch die Möglichkeit, die Regierung zu unterstützen, ohne sich an ihr zu beteiligen.

¹⁴⁸ 147 s83-87 (Parteitag 1945)

¹⁴⁹ SPÖ, Parteitag 1945, S. 85

Die kam für Schärf jedoch ebenso nicht in Frage, denn es hätte für die SPÖ bedeutet „die Verantwortung mitzutragen, ohne bei der Ausführung die der Verantwortung entsprechende Macht mitauszuüben“,¹⁵⁰ also keinen entsprechenden Einfluss auf die Art und Weise der Bewältigung der Probleme der Zweiten Republik zu erhalten.

Daher und auch weil die Sozialisten ohnehin „im großen und ganzen bei den wichtigsten Fragen, die auch die Einhelligkeit des Landes nach außen erfordern, mittun“¹⁵¹ mussten, sah Schärf die einzige sinnvolle Entscheidung in dem Eintritt in die Regierung.

„Die Beteiligung an der Regierung wird notwendig sein, wenn wir selbst die Aufrichtung der Partei vollenden und die politische Stärke der Arbeiterklasse erhalten wollen.“¹⁵²

Schließlich beendet Schärf seinen Bericht mit dem Appell:

„Das Bekenntnis zur Verantwortung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Landes die beste Politik für die arbeitende Klasse in Stadt und Land und daher auch die beste sozialistische Politik.“¹⁵³

Am darauffolgenden Parteitag im Jahr 1946 wiederholte Schärf seine Forderungen.

„Wir sind in diesem Staat aufgrund der letzten Wahlen zwar Minderheitspartei, aber die Pflichten, die uns die Lage des Landes und die Stärke unserer Partei auferlegen, haben verlangt, daß wir die uns anvertrauten Interessen nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Vollziehung, in der Regierung wahren. Aber auch als Minderheitspartei haben wir eine verantwortungsvolle und verantwortungsbewußte Politik zu führen.“¹⁵⁴

¹⁵⁰ Ebenda, S. 85

¹⁵¹ Ebenda, S. 86

¹⁵² Ebenda, S. 87

¹⁵³ Ebenda, S.91

¹⁵⁴ Sozialistische Partei Österreichs: Parteitag 1946. 15., 16. und 17. November 1946. Wien 1946, S. 10

Solch eine Äußerung wäre in der Zeit der 1. Republik, in der sich die Sozialisten in ähnlicher politischer Position noch einen strikten Oppositionskurs auferlegten, wohl undenkbar gewesen. Die Bejahung von Verantwortung und Mitarbeit im Staat war eine gänzlich neue Haltung der Sozialdemokraten.

Zusammenfassend betrachtet trat die SPÖ bewusst die Nachfolge der alten sozialdemokratischen Partei aus der Ersten Republik an, propagierte die Fortsetzung der Traditionen. Die inhaltliche Ausrichtung ließ zwar noch Spuren des Austromarxismus erkennen, im Wesentlichen wurde sie jedoch an die aktuellen Umstände angepasst.

2.5 Das politische Verhältnis von SPÖ und ÖVP

Die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Veränderungen in den Parteiinhalten waren geprägt durch die neuen politischen Voraussetzungen im Jahr 1945. Ein bis dato unbekanntes Nationalgefühl war quer durch alle Gesellschaftsteile erwacht, der Glaube an die Lebensfähigkeit eines selbstständigen Österreichs bedeutete gleichzeitig das Ende aller Anschlussgedanken. Die gemeinsame Leidenszeit in den Konzentrationslagern brachte den Willen zur politischen Zusammenarbeit und das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie.¹⁵⁵

Zweifelsohne fand in der Zweiten Republik ein politischer Neubeginn statt, doch darf dabei nicht übersehen werden, dass die beiden neugegründeten Großparteien mittels Rückgriffen in die Erste Republik entstanden waren. Dieses Erkenntnis lässt Zweifel über das vorbehaltlose Gegenüberstehen von SPÖ und ÖVP aufkommen, immerhin waren sie die Nachfolgeorganisationen der sich bis aufs Blut bekämpfenden Lager der Zwischenkriegszeit.

¹⁵⁵ Neck, Rudolf: Innenpolitische Entwicklung. In: Weinzierl, Erika/Skalnik Kurt: Österreich. Die Zweite Republik. Band 1, Graz Wien Köln 1972, S. 150

2.5.1 Die Sichtweise der SPÖ

Die Zusammenarbeit mit der ÖVP stand für die SPÖ von Beginn an im Schatten der Ereignisse des Austrofaschismus. Für die Sozialisten hatte der beschwerliche und opferreiche Weg in die Zweite Republik nicht erst im Jahr 1938, sondern schon Jahre zuvor begonnen, als ihre Organisation durch Dollfuß zerschlagen und die Gesinnungsgenossen verfolgt wurden. Neben diesen tiefen Wunden, die in der Zweiten Republik noch immer nicht verheilt waren, lastete man den Austrofaschisten an, dass sie durch die Herbeiführung der inneren Kämpfe Österreich letztlich wehrlos an Hitler ausgeliefert hatten.¹⁵⁶

Selbst Karl Renner, der an sich einen äußerst pragmatischen Zugang zur Politik an den Tag legte, war nach Kriegsende nicht gewillt, die Ereignisse des Austrofaschismus einfach beiseite zu lassen, wie aus einem Brief hervorgeht, den er dem ehemaligen Christlichsozialen Kollmann im Zuge der Erstellung einer provisorischen Regierungsmannschaft schrieb:

„Aber das kann man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht zumuten, zu vergessen, daß der Faschismus in Österreich ein von Mussolini aufgezwungenes Dollfußgewächs ist, daß Dollfuß der vorbehaltlose Gefolgsmann Mussolinis gewesen ist, daß die österreichischen Arbeiter aller ihrer selbstgeschaffenen Einrichtungen durch keinen anderen als Dollfuß beraubt worden sind, daß alle führenden Männer der Partei durch Dollfuß eingekerkert und nicht wenige von ihnen hingerichtet worden sind.“¹⁵⁷

Ursprünglich war man in den Reihen der SPÖ davon ausgegangen, dass die neue ÖVP hauptsächlich von Personen mit unzweifelhaft demokratischer Vergangenheit getragen werden würde.

¹⁵⁶ Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 189

¹⁵⁷ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 32

Allerdings mussten Renner und seine Leute schnell erkennen, dass sich in der neuzusammengestellten Führungsmannschaft der Volkspartei Männer wie Figl und Raab befanden, die schon in den Jahren 1934 bis 1938 politische Karriere gemacht hatten.¹⁵⁸

Bei der Bildung der provisorischen Regierung saßen damit die ehemaligen Verfolgten mit ihren Verfolgern an einem Tisch, was die Bildung einer tiefergehenden Vertrauensbasis erschwerte:

„Wenn man bedenkt, daß fast jedes sozialistische Mitglied der Provisorischen Staatsregierung während der autoritären Zeit im Gefängnis oder Anhaltelager gesessen war, dann begreift man, welch seelische Opfer es für die Sozialisten war, mit den Faschisten von einst in der Regierung beisammenzusitzen.“¹⁵⁹

Der Umstand, dass sich die ÖVP als neue Partei von den Ereignissen der Vergangenheit distanzierte, wurde von der SPÖ misstrauisch beäugt, man war sich über die wahre Gesinnung der neuen bürgerlichen Partei scheinbar nicht im Klaren und zweifelt an der Abkehr vom alten Gedankengut:

„Die Umstände und die Tatsache, daß die alte Christlichsoziale Partei beziehungsweise die Vaterländische Front in den Augen eines großen Teiles der Österreicher nicht in Ehren geendet hatte, legten es wohl den ersten Führern der Partei nahe ... den Zusammenhang mit der Vergangenheit zunächst nicht zu betonen. [...] Im Juni 1945 gab sie sich in der Form von 15 „Programmatischen Leitsätzen“ Richtlinien für ihre Tätigkeit. Manches davon ist nichts anderes als altes christlichsoziales Gedankengut, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Republik wird, ebenso wie in der alten Christlichsozialen Partei vermieden. Es scheint aber, daß man sich ganz bewußt recht verwaschen ausdrückte, um nirgends anzustoßen.“¹⁶⁰

¹⁵⁸ Ebenda, S. 36

¹⁵⁹ Ebenda, S. 40

¹⁶⁰ Ebenda, S. 70

Die fehlende Vertrauensbasis hinterließ Spuren in der Realpolitik. Obwohl man innerhalb der provisorischen Regierung mit dem einstigen Gegner zusammenarbeitete, sah man in der ÖVP keinen Garant für die Sicherung der Demokratie und des Friedens. Um einem erneuten Machtmissbrauch von konservativer Seite vorzubeugen, sollten deshalb Schlüsselstellen in Polizei und Gendarmerie frei von konservativen Politikern gehalten werden. Die von der ÖVP erteilte Kritik, dass die Exekutive in der provisorischen Regierung unter Innenminister Honner zu sehr unter kommunistischem Einfluss stünde, fand bei der SPÖ, trotz ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung zur KPÖ, keine Unterstützung. Oberste Priorität hatte für die Sozialdemokraten, Vorkehrungen zu treffen, dass sich die Ereignisse von 1934, als die „Exekutive zu einem Verfassungsbruch mißbraucht wurde“, ¹⁶¹ nie mehr wiederholen könnten.

Der spätere SPÖ-Innenminister Helmer erklärte deswegen:

„Die Exekutive des Staates muß so beschaffen sein, daß sie von der Bevölkerung weder gehaßt noch gefürchtet wird. Sie ist die Hüterin von Recht, Freiheit und Ordnung. Polizei und Gendarmerie sind zum Schutz der Republik da. Darum kann nur ein Republikaner dort eine Stelle einnehmen. [...]

Was wir in der Gegenwart und Zukunft von der Exekutive des Staates erwarten, ist, daß sie sich unbestechlicher, demokratischer Haltung befleißigt, daß sie sich niemals wieder dazu hergibt, Staat und Demokratie im Stiche zu lassen. Wenn von der rechten Seite der große Einfluss der KP bei der Exekutive beklagt und kritisiert wird, so sage ich offen: lieber ein kommunistischer als ein reaktionärer Einfluß.“¹⁶²

Die fortgesetzte Zusammenarbeit nach den Wahlen 1945 trug zwar zum Abflauen des Misstrauens bei, doch gänzlich konnte sich die SPÖ nicht von ihren Ängsten und Befürchtungen lösen. Am Parteitag 1946 schätzte ein Abgeordneter die Lage folgendermaßen ein:

¹⁶¹ SPÖ, Parteitag 1945, S. 12

¹⁶² Ebenda, S. 12

„Ich glaube, daß es falsch wäre, zu behaupten, daß die zur Majorität gelangte Volkspartei in ihrer Gänze reaktionär ist und daß sie ohne Ausnahme nur mit Mißtrauen betrachtet werden darf. Ich weiß, daß viele ihrer Politiker durch ihre Vergangenheit gelernt haben und man kann denen, die wie wir in den Konzentrationslagern und mit uns in den Gefängnissen gesessen sind, man kann ihnen glauben, wenn sie sagen, daß sie jetzt Demokraten sind und bleiben wollen.

Ich glaube, daß man einzelnen von ihnen nicht über den Weg trauen kann. Ich glaube, daß man ein wachsames Auge auf diejenigen haben muß, die sich noch im Hintergrund halten und besonders diejenigen, die noch nicht aus der Emigration zurückgekommen sind.

Diese Leute bieten keine Gewähr dafür, daß sie die demokratische Republik verteidigen.“¹⁶³

2.5.2 Die Sichtweise der ÖVP

Der Grundtenor der ÖVP zu den Lagermentalitäten der Ersten Republik lautete, dass sie als junge Partei von keinerlei Ressentiments der Vergangenheit belastet war und somit dem Koalitionspartner vorurteilsfrei gegenüberstehen konnte.¹⁶⁴ Die prinzipielle Distanzierung von allem Vergangenen wurde für die Volkspartei aber dadurch erschwert, dass die SPÖ die alten Wunden immer wieder neu aufriss, wodurch auch die in der Zeit der Ersten Republik angestauten Emotionen der christlich-konservativen Gesellschaftsteile gegenüber den Sozialdemokraten nicht im Verborgenen blieben und die Partei Stellung bezog.

¹⁶³ SPÖ, Parteitag 1946, S. 123

¹⁶⁴ ÖVP, Die ÖVP und der 12. Februar, S. 1

Für die ÖVP stand außer Zweifel, wer an den instabilen politischen Verhältnissen der Ersten Republik die Schuld trug. Das mangelhafte Funktionieren des parlamentarischen Systems wurde den Sozialdemokraten angelastet, die durch ihre jahrelange prinzipielle Oppositionsführung das republikanische System zum Einstürzen gebracht hätten.¹⁶⁵

Ebenso wurde der Sozialdemokratie die Schuld an den antidemokratischen Strömungen der Ersten Republik angelastet. Der Korneuburger Eid wäre lediglich als Antwort auf das Linzer Programm zu verstehen „... und die Wahrheit ist, daß die ehemalige sozialdemokratische Partei, insbesondere aber ihr, durch den ehemaligen Schutzbund repräsentierter, sogenannter linker Flügel mindestens ebensowenig vom demokratischen Geiste erfüllt war wie etwa bestimmte Heimatschutzkreise.“¹⁶⁶

Ein weiterer Reibungspunkt fand sich im von der Sozialdemokratie gehegten Wunsch eines Anschlusses an Deutschland in der Ersten Republik. Rückblickend wurde dies als ausschlaggebender Grund angesehen, warum Hitler Österreich letztlich so leicht unter seine Herrschaft bringen konnte. Denn während sich das christlich-konservative Lager schon früh für ein unabhängiges Österreich einsetzte, - wenn auch in den Jahren ab 1934 für kein demokratisches - so wurden die Sozialdemokraten dafür verantwortlich gemacht, dafür gesorgt zu haben, dass die Idee des Anschlusses in der Bevölkerung auf so breite Zustimmung stieß. Die ÖVP vertrat die Meinung, dass das Fehlen eines österreichischen Volksbewusstseins in den marxistischen Bevölkerungsschichten die Hauptursache war, warum Hitler in Österreich so viele Anhänger fand.¹⁶⁷

¹⁶⁵ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 33f

¹⁶⁶ ÖVP, Die ÖVP und der 12. Februar, S.12

¹⁶⁷ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 31

Nach Meinung der ÖVP hatte das Verhalten der Sozialdemokraten vor dem Anschluss dermaßen viel Schaden angerichtet, dass man nun noch immer an negativen Konsequenzen leiden musste. Durch den Beitrag, den die Sozialdemokraten zur Verbreitung des Anschlussgedankens geleistet hatten, wurde die Zweite Republik in die missliche Lage gebracht, vor dem Ausland als nationalsozialistisches Land betrachtet zu werden. Deswegen wurde der SPÖ die Verantwortung für den Zusatz in der Moskauer Deklaration, dass Österreich Mitverantwortung am Krieg trägt, zugeschoben.¹⁶⁸

Scheinbar bestand in der ÖVP immer noch die Befürchtung, dass die SPÖ sich nicht im ausreichenden Maße vom alten Gedankengut des Austromarxismus lösen konnte. Laut ÖVP hatte die SPÖ nichts aus der Geschichte gelernt und brüllte weiterhin die Parolen der Vergangenheit:

„Man will weder die Gegenwart erkennen noch ausschließlich für die Zukunft arbeiten, sondern versucht das mangelhafte und wenig zugkräftige, seit nunmehr hundert Jahren abgespielte Programm eines Marx durch Reminiszenzen aus der Vergangenheit aktueller und interessanter zu gestalten. All unsere Versuche, die Gegenseite davon zu überzeugen, daß nicht in der Vergangenheit die Zukunft Österreichs liegt, waren ergebnislos.“¹⁶⁹

Selbst nach zweijähriger Zusammenarbeit wurden am ÖVP-Parteitag 1947 noch Stimmen laut, die die demokratische Gesinnung des Koalitionspartners anzweifelten und der SPÖ die alten Verhaltensmuster der Ersten Republik ankreideten:

„Daß die Sozialistische Partei nur ein Ziel kennt, die stärkste Partei im Lande zu werden und damit all jene Kräfte auszuschalten, die nichtmarxistisch sind, kann für niemanden von uns außer Zweifel stehen.“¹⁷⁰

¹⁶⁸ Ebenda, S. 32

¹⁶⁹ ÖVP, Protokoll des 1. Bundesparteitages 1947, S. 40f.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 41

Zwar wurde der SPÖ zugestanden, dass nach 1945 der gemäßigte Flügel die Führungsposition übernommen hat und dass die SPÖ im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung viel von ihrer Radikalität verloren hatte.¹⁷¹

„Aber die Erinnerung an die Zwanziger Jahre beherrschte nach wie vor die breiten Massen. Die konservativen Schichten konnten nicht so schnell die „Krawallpartei“ vergessen, der sie so lange gegenübergestanden waren. Die Sozialisten wiederum klammerten sich an die Vorgänge des Jahres 1934, für die sie die andere Seite allein verantwortlich machen wollten. Das führte dazu, daß jede Gruppe argwöhnisch das Verhalten der anderen beobachtete. Dieser historische Ballast verhinderte die Ausbildung eines echten Vertrauensverhältnisses und bedingte eine ständige Krisengefahr.“¹⁷²

2.5.3 Politische Instrumentalisierung

Bei der Bewertung von Aussagen, die auf den Fortbestand der Grabenkämpfe der Ersten Republik und des dadurch resultierenden gegenseitigen Misstrauens schließen lassen, darf nicht übersehen werden, dass die Ereignisse der Ersten Republik auch ein willkommenes Mittel zur politischen Instrumentalisierung boten, etwa um politische Entscheidungen der Gegenwart zu legitimieren und um Wählerstimmen zu gewinnen.¹⁷³ Um die auf den vorangegangenen Seiten getätigten Schilderungen richtig beurteilen zu können, darf dieser Teilaspekt nicht übergangen werden. Eine Auswahl von Wahlslogans aus dem Herbst 1945 soll darum aufzeigen, wie durch die Erweckung von alten Emotionen die gegnerischen Parteien zum Feindbild stilisiert werden sollten. Die Themenauswahl spiegelt die beschriebenen Stereotype wieder.

¹⁷¹ Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 249

¹⁷² Ebenda, S. 249

¹⁷³ Klamper, „Ein einig Volk von Brüdern“, S.170

Ein Text auf einem ÖVP-Wahlplakat lautete:

„Wir fordern eine starke Regierung!

Wer hat 1927 den Justizpalast angezündet?

Wer hat im Februar 1934 Unzählige zum Putsch aufgehetzt?“¹⁷⁴

Die Beurteilung der ÖVP-Kandidaten durch die SPÖ klang so:

„Auf den Listen werden Männer genannt, die Führer des Faschismus in den Jahren 1934 bis 1938 waren. Hinter ihnen warten die übrigen Volksschädlinge aus jener Zeit.“¹⁷⁵

Der Text eines weiteren ÖVP-Plakates widmete sich dem fehlenden Bekenntnis der SPÖ zu Österreich:

„Der Anschluss

Das Steckenpferd der Österreichischen Sozialdemokratie und ihr wunder Punkt.

Von Dr. Bauer 7.Juni 1919 bis Dr. Renner im Mai 1938.“¹⁷⁶

¹⁷⁴ Stadler, Adolf Schärf, S. 278

¹⁷⁵ Ebenda, S. 279

¹⁷⁶ Ebenda, S. 279

2.6 Die Zusammenarbeit in der Koalition

2.6.1 Erklärungsversuche für die Zusammenarbeit

Ohne Zweifel ist der Wille zur Zusammenarbeit der Parteien, das Streben nach politischem Konsens, ein wesentliches Charakteristikum der Zweiten Republik, womit sich diese Phase der österreichischen Geschichte ab 1945 deutlich von der Zwischenkriegszeit unterscheidet.¹⁷⁷ Allein die vorgenommene Weiterentwicklung der Parteiideologien kann diese völlige Kehrtwende von den Haltungen der ehemals so verfeindeten Lager nicht hinreichend erklären, denn im Jahr 1945 fand keineswegs ein politischer Neubeginn statt. Innerhalb der Parteiliten von ÖVP und SPÖ existierten starke personelle Kontinuitäten zur Ersten Republik und auch die politischen Lager an sich waren erstaunlich konstant geblieben. Trotz der Ähnlichkeiten zur Ersten Republik und dem Fortbestand der Gegensätze und des Misstrauens wies die Zweite Republik von Beginn an ein hohes Maß an innerpolitischer Stabilität auf.¹⁷⁸ Das Zustandekommen dieser Diskontinuität soll nun näher begründet werden.

Der Wille zur Zusammenarbeit der Parteien muss innerhalb der österreichischen Geschichte als etwas völlig Unhistorisches eingestuft werden, wozu es also keine brauchbaren Vorlagen aus der Vergangenheit gab. Die Koalition von 1918 bis 1920 konnte wohl kaum als Präzedenzfall dienen.¹⁷⁹

¹⁷⁷ Stadler, Die österreichische Linke, S. 51f.

¹⁷⁸ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 170f.

¹⁷⁹ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 59

Obwohl schon allein die katastrophalen Verhältnisse der Nachkriegszeit innerhalb des Landes und die prekäre außenpolitische Situation, in der sich Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg befand, eine Bündelung aller zur Verfügung stehenden Kräfte nahe legte, kann die Zusammenarbeit der ehemaligen Feinde nicht einfach mit der zu Beginn der Ersten Republik entstandenen Krisenregierung gleichgesetzt werden.¹⁸⁰ Die Zusammenarbeit der Zweiten Republik war von einer völlig anderen Natur und sicher nicht durch einen Rückgriff auf die Vergangenheit motiviert, denn auf die Methode der Wiederverwendung eines bewährten Konzeptes konnten SPÖ und ÖVP im Jahr 1945 nicht zurückgreifen.

Von den damals handelnden Akteuren selbst wurden die Wurzeln für die Zusammenarbeit im gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus gesehen. Tatsächlich ist den Kontakten Adolf Schärfs mit Felix Hurdes und Lois Weinberger eine gewisse Bedeutung beizumessen.¹⁸¹

Weinberger sieht darin ein wichtiges Argument für die spätere Gestaltung der politischen Situation:

„Wenn zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei gleich zu Beginn ihrer Wieder- und Neubegründung eine anständige und fundierte Zusammenarbeit ermöglicht wurde, dann nicht zuletzt infolge der schon damals (Sommer 1943, d.Verf.) hergestellten Verbindung und des sofort nach der Befreiung neu aufgenommenen Kontaktes.“¹⁸²

¹⁸⁰ Mommsen- Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie, S. 28

¹⁸¹ Ebenda, S. 30

¹⁸² Ebenda, S. 30

Zum Teil sind die Ursachen für die Verbesserung der Beziehungen der beiden Großparteien in der gemeinsamen erlebten Unterdrückung während der Zeit des Nationalsozialismus zu finden, doch einige Aspekte weisen darauf hin, dass der viel gerühmte „Geist der Lagerstraße“ nicht das entscheidende Motiv für die institutionalisierte Zusammenarbeit ab 1945 darstellte. Zum einen saßen bei weitem nicht alle der Parteiliten gemeinsam in den Konzentrationslagern,¹⁸³ zum anderen hatten manche heimische Politiker in Gefangenschaft zwar Kontakt zueinander, die Bildung einer gemeinsamen Regierung war aber keineswegs schon beschlossene Sache.¹⁸⁴

Die Gewissheit, dass die Zweite Republik von Geburt an durch die Zusammenarbeit aller Kräfte bestimmt sein würde, ist zu einem guten Teil dem Einfluss der Besatzungsmächte zu verdanken. Betrachtet man die politische Lage in der Zweiten Republik, so muss man von der Tatsache ausgehen, dass die Wiedererrichtung Österreichs nicht das Werk des österreichischen Volkes war, sondern die Leistung der Zertrümmerung des Nationalsozialismus ausländischen Mächten gebührt. Die Errichtung eines freien Österreichs, einer Republik, wurde schon Jahre vor ihrer Verwirklichung auf den Konferenzen der Alliierten beschlossen, und die Österreicher haben das auch gewusst. Das einmütige Bekenntnis zur Zusammenarbeit aller österreichischen Parteien basierte demzufolge auf den Vereinbarungen und Vorgaben der ausländischen Mächte.¹⁸⁵

Über diese grundsätzlichen Bedingungen der Alliierten hinaus stellten diese fortan einen übermächtigen Gegenspieler bei der Verteilung der Mächteverhältnisse innerhalb Österreichs dar, was die heimischen Parteien von sich aus näher zusammenrücken ließ.

¹⁸³ Botz, Von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 42

¹⁸⁴ Rauchensteiner, Die Zwei, S.19

¹⁸⁵ SPÖ, Parteitag 1945, S. 79f.

Es galt, die Fähigkeit zur eigenhändigen Lenkung des Staates unter Beweis zu stellen, denn vor allem die Briten und die Amerikaner hegten zu Beginn der Besatzungszeit angesichts der Vorfälle der Vergangenheit Zweifel, ob die heimischen Politiker über ausreichend Kompromissbereitschaft verfügten, um gemeinsam die Verantwortung für Österreich zu tragen. Um das Ruder wieder übernehmen zu können, blieb Parteien somit nichts anderes übrig, als vor dem Ausland Einheit zu demonstrieren.¹⁸⁶

Ein weiteres Symbol der Zusammenarbeit bildete der antifaschistische Grundkonsens, also die Bündelung aller politischen Kräfte mit Ausnahme der Nationalsozialisten zur Erleichterung des Wiederaufbaus Österreichs. Ob dies als Schlüssel zur Verbesserung der innerpolitischen Beziehungen angesehen werden kann, ist eher zu bezweifeln, denn zum einen wurzelte auch dieses Konzept nicht auf innerpolitischen Abmachungen, sondern beruhte auf dem Ziel der Alliierten, die Politik und die Verwaltung des Landes von dem ehemaligen Machthaber zu säubern.¹⁸⁷

Zum anderen herrschte innerhalb der österreichischen Grenzen von Beginn an Uneinigkeit über die Bedeutung des antifaschistischen Grundkonsenses. Die Vertreter der SPÖ, allen voran Renner, der mit der Bildung einer provisorischen Regierung betraut worden war, hegten die Vorstellung, dass im Zuge der Beseitigung der Nationalsozialisten auch die Vertreter des Austrofaschismus ausgeschlossen werden, und nur gemäßigte ehemalige Christlichsoziale in den antifaschistischen Rahmen aufgenommen werden sollten.

Ein Brief Renners an den ehemaligen Christlichsozialen Kollmann bezeugt diese Auffassung:

¹⁸⁶ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 26

¹⁸⁷ Ebenda, S. 26f.

„Ich bin nie so weit gegangen, alle führenden Parteimänner oder gar die Mehrheit der christlichsozialen Parteimitglieder deshalb von der Möglichkeit einer Verständigung und Zusammenarbeit auszuschließen. Männer wie Sie oder Kunschak, der im Wiener Gemeinderat in elfter Stunde eine warnende Rede gehalten hat, [...] werden wir in der Erinnerung an die gemeinsame Arbeit 1918 - 1920 immer als willkommene Mitarbeiter begrüßen.

Jene aber, die sich in herausfordernder oder prominenter Weise faschistisch betätigt haben, d. i. die engere Dollfußclique sowie die enragierten Heimwehrführer, bitte ich in der Versenkung verschwinden zu lassen.“¹⁸⁸

Den Vorstellungen der SPÖ zuwiderlaufend, zeigte die ÖVP wenig Berührungängste mit dem Austrofaschismus, in ihren Reihen standen zahlreiche Vertreter der undemokratischen Ära der Ersten Republik, die nun dem neuen Zeitgeist entsprechend als Antifaschisten auftraten.¹⁸⁹

Für die Besatzungsmächte war die Gewährleistung der Stabilität im besetzten Österreich sicherlich von größerer Bedeutung als eine Aufarbeitung der Geschichte des Landes. Die Entnazifizierung wurde als oberstes Ziel ausgegeben, während Politiker mit austrofaschistischer Vergangenheit toleriert wurden. Dies hatte wohl auch praktische Gründe, denn heimische Politiker wie Figl und Raab waren zwar historisch belastet, stellten aber auch zentrale Figuren beim Wiederaufbau des Staates dar und wären nur schwer zu ersetzen gewesen. Die Sowjets, die den Auftrag zur Bildung einer provisorischen Regierung gaben, stießen sich nicht an den Lebensläufen der ehemaligen Austrofaschisten, ebensowenig übten sie aber auch Kritik an Renners zustimmender Haltung zum Anschluss im Jahr 1938, die ihm innerhalb der heimischen Kollegen einiges an Kritik und Misstrauen einbracht hatte.¹⁹⁰

¹⁸⁸ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 32

¹⁸⁹ Pelinka, Anton: Der verdrängte Bürgerkrieg. In: Pelinka, Anton / Weinzierl, Erika (Hg): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1987, S.145

¹⁹⁰ Klamper, „Ein einig Volk von Brüdern“, S. 171f.

Den antifaschistischen Grundkonsens als entscheidenden Garant für zukünftigen sozialen Frieden und Betreibung maßvoller Politik anzusehen, ist somit zu wenig schlagkräftig, denn bis auf die Entfernung der Nationalsozialisten brachte dieser Prozess keine wesentliche Änderung der politischen Landschaft hervor. Die politischen Gruppen, die sich in der Ersten Republik noch mit allen Mitteln bekämpft hatten, standen sich weiterhin gegenüber, diesmal aber mit der Aussicht konfrontiert, gemeinsam an einem Strang ziehen zu müssen, um die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Diesem Ziel zuwiderlaufend bestand die emotionale Kluft zwischen den Parteien weiterhin. Die SPÖ-Vertreter saßen mit den ÖVP-Vertretern am Verhandlungstisch, sozusagen mit denselben Menschen, von denen sie noch vor einem Jahrzehnt eingesperrt worden waren. Die ÖVP sah in der SPÖ noch immer die alten Marxisten, die sich zum internationalen Klassenkampf und nicht zum Staat Österreich bekannten.¹⁹¹

All jene, die sich durch die ersten freien Wahlen im November 1945 eine Richtungsentscheidung im Sinne einer durch demokratische Mittel bewirkte Durchsetzung einer der Parteien erträumt hatten, wurden schon früh enttäuscht, denn die Fortsetzung der Koalition wurde den Parteien unabhängig vom Wahlergebnis schon im Vorhinein von den Besatzungsmächten auferlegt.¹⁹² Somit bekräftigten alle Parteien schon im Wahlkampf, dass sie eine Fortsetzung der Zusammenarbeit anstrebten. Der Wahlausgang brachte der ÖVP die Mehrheit der Stimmen und somit die Möglichkeit alleine zu regieren, dennoch entschied sie sich den Vorgaben der Alliierten entsprechend, die anderen Parteien mit in die Regierung zu nehmen.¹⁹³

¹⁹¹ Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 397

¹⁹² Rathkolb, *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik*, S. 106

¹⁹³ Mommsen- Reindl, *Die Österreichische Proporzdemokratie*, S. 31

Da die Zusammenarbeit aller politischen Kräfte angesichts der existenziellen Nöte und des Druckes der Besatzungsmächte unabdingbar erschien, mussten Prozesse eingeläutet werden, die es ermöglichten, über die ideologischen Gegensätze hinweg eine funktionsfähige Regierung zu gewährleisten.

2.6.2 Abschwächung der Lagerideologien

Der unglückliche Verlauf der Ersten Republik war den Akteuren der Zweiten Republik noch lebhaft in Erinnerung, und niemand wollte eine Wiederholung der Ereignisse bewirken. In beiden Großparteien vollzog sich die Einsicht, dass die politischen Theorien und Ziele der Ersten Republik nicht zur Entwicklung eines friedfertigen Miteinanders geschaffen waren. Um kein erneutes offenes Ausbrechen der Lagerkämpfe zu verursachen, mussten der aufgestaute ideologische Ballast abgeworfen und an die gegebenen Umstände angepasste Parteiprogramme entwickelt werden.¹⁹⁴

Ebenso wie in der Theorie musste auch in der Realpolitik ein geändertes Verhalten an den Tag gelegt werden. An die Stelle der ständigen Konflikte trat eine Politik des Kompromisses und der Machtaufteilung. Um keiner Partei ein Übergewicht zukommen zu lassen, wurden die politischen Ämter gleichmäßig auf die Parteien verteilt, war man doch in der Zweiten Republik bemüht die Aufteilung der Macht möglichst ausgeglichen zu gestalten. In der Ersten Republik hatte sich nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung im Jahr 1920 ein Ungleichgewicht der Kräfte in den staatlichen Funktionen entwickelt. Diese mangelnde Balance zwischen den Parteien hatte auf beiden Seiten zu undemokratischen Tendenzen geführt.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 36

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Ersten Republik betrieben die beiden Großparteien nun eine Art Friedenspolitik, in der alle Entschlüsse gemeinsam ausgehandelt wurden. Zur Ausdehnung und Sicherung ihrer Einflussbereiche versuchten SPÖ und ÖVP nun nicht mehr, den Gegner abzudrängen, statt dessen beanspruchten die Parteien immer weitere Teile der Gesellschaft und teilten diese untereinander auf. Dieser Vorgang bedeutete den Beginn des Proporzsystems.¹⁹⁵

Die neue, konsensorientierte Art Politik zu betreiben war mit den ideologischen Grundsätzen der Ersten Republik nicht vereinbar, weshalb sich beide Parteien von der radikalen Lagermentalität lossagten. Die SPÖ wich vom austromarxistischen Gedankengut ab, die ÖVP wiederum schwor dem politischen Katholizismus ab und verwarf die Ideen eines Ständestaates.¹⁹⁶ Dieser beidseitige Abbau bestärkte sich noch gegenseitig, denn da es auf der einen Seite zum Abbau radikaler Standpunkte kam, konnte auch die andere Seite versöhnlichere Töne anschlagen.¹⁹⁷

Angesichts der Tatsache, dass sich die ÖVP als neue Partei und somit als unabhängig von den Parteiprogrammen der Vergangenheit definierte, fiel es ihr leichter, sich von den Inhalten ihrer Vorgängerparteien abgrenzend zu positionieren. Die ÖVP erklärte schlicht und einfach die Zusammenarbeit aller für Österreich arbeitenden Kräfte zu einem ihrer Programminhalte und sah diesen Weg im Konzept des Solidarismus bestätigt.¹⁹⁸ Die Bürgerblock-Politik war kein Thema mehr, die ÖVP zeigte sich grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit der SPÖ bereit.¹⁹⁹

¹⁹⁵ Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, S. 31f.

¹⁹⁶ Pelinka, Zur Gründung der Zweiten Republik, S. 21

¹⁹⁷ Ableitinger, Das konservative und christlichdemokratische Lager, S. 76

¹⁹⁸ Sinn, Weg und Ziel der ÖVP, S. 5

¹⁹⁹ Wimmer, Österreich zwischen West und Ost, S. 50

Den Grundstein für die Zusammenarbeit sah die ÖVP - wie auch ihre eigene Entstehung - in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Nicht mehr das Trennende, sondern das Einende sollte als Gradmesser verwendet werden, anstatt sich gegenseitig zu bekriegen, sollten nun alle für Österreich kämpfen.

„So wurde in den Konzentrationslagern der leidenschaftliche Wille geboren, alles daranzusetzen, daß Österreich wiedererstehe und daß in diesem Österreich nur die Österreicher zu reden haben. Wir Österreicher aus den verschiedensten weltanschaulichen und politischen Lagern erkannten, welches Unglück es in den vergangenen Jahren gewesen war, immer nur das Trennende zu sehen und darüber hinaus unser gemeinsames Vaterland Österreich zu vergessen. Sehr viele, ja wohl die meisten politischen Häftlinge aus Österreich haben Dachau oder ein anders Konzentrationslager mit dem festen Entschluss verlassen, in der Heimat alles zu tun, damit echte österreichische Geistigkeit zu neuem Leben erweckt werde und der Gedanke der Einigung und Einigkeit in Österreich nicht mehr verloren gehe.“²⁰⁰

Die SPÖ hatte sich zur Fortsetzung der Traditionen der alten Sozialdemokratie bekannt. Wollte man diesem Anspruch Genüge tun, so musste den Lehren der Vergangenheit somit auch in der Zweiten Republik ein gewisser Stellenwert eingeräumt werden. Da die Klassenkampfparolen die Zusammenarbeit mit der ÖVP eher erschwerten, beließ es die SPÖ bei einer formellen Anknüpfung an die Traditionen der alten Partei und verzichtete auf eine inhaltliche Wiederbelebung des Austromarxismus.²⁰¹

²⁰⁰ Ebenda, S.111; zitiert nach: Hurdes, Felix: Wie die Österreichische Volkspartei entstand. In: ÖM 1, 1945, S. 10

²⁰¹ Stadler, Adolf Schärf, S. 282

Auf dem Papier und im Jargon der SPÖ-Vertreter machte sich der Fortbestand der alten sozialistischen Ziele noch bemerkbar, die Realpolitik erfuhr aber eine deutliche ideologische Abmilderung hin zu einem pragmatischen Kurs, dessen oberste Priorität in der Beibehaltung der Staatsmacht bestand.²⁰² Die Abkehr von den traditionellen Kampfinhalten der Arbeiterbewegung konnte letztlich ohne großen Protest der Parteibasis vollzogen werden, denn die österreichische Arbeiterbewegung war durch vorangegangene Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Faschismus, Nationalsozialismus und Krieg eher in einem lethargischen als in einem revolutionären Zustand.²⁰³

Entscheidenden Anteil an der Absage an die radikalen Lagerideologien hatte der Führungswechsel innerhalb der beiden Lager hin zu pragmatischen, gemäßigten Politikern.²⁰⁴ Renner, der in der zweiten Republik maßgeblich auf die ideologische Ausrichtung der SPÖ Einfluss nahm, hatte zwar auch in der Ersten Republik gewichtige Funktionen innerhalb der Sozialdemokratie eingenommen, seine politischen Grundgedanken stellten allerdings in der Zwischenkriegszeit nicht den offiziellen Parteikurs dar, der von den radikaleren Ideen Otto Bauers dominiert war. Dieser Tatsache muss ein enormer Einfluss zugerechnet werden, denn erst die Hinwendung zu Renners Vorstellungen von Politik, Staat und der Rolle der Arbeiterpartei darin, ermöglichte 1945 die Bildung der Konzentrationsregierung, die in die viele Jahre bestehende Große Koalition münden sollte.²⁰⁵

²⁰² Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 141f.

²⁰³ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 174

²⁰⁴ Wimmer, *Österreich zwischen West und Ost*, S. 56

²⁰⁵ Kriechbaumer, *Von der Illegalität zur Legalität*, S. 269

Ebenso trat in den Reihen der ÖVP eine Veränderung ein, auch diejenigen Politiker, die sich im Austrofaschismus aktiv - wenn auch nicht entscheidend - beteiligt hatten, machten einen Lernprozess durch. Es herrschte die Einsicht vor, dass nicht einfach bei den Strukturen der demokratischen Ära vor 1933 angeknüpft werden durfte, die wohl zu einem erneuten Aufbrechen der Gräben mit den Sozialdemokraten geführt hätten.²⁰⁶

Der Abbau radikaler Elemente, der sich sowohl in personeller als auch in inhaltlicher Hinsicht in den beiden Parteien vollzog, und die konsensorientierte Art Politik zu betreiben, bewirkten eine Stabilisierung der innerpolitischen Verhältnisse und ermöglichten somit eine friedliche Zusammenarbeit der Parteien.

2.6.3 Tabuisierung von Gegensätzen

Die aufgezeigten Entwicklungen innerhalb der Koalitionsparteien hin zu gemäßigten Programminhalten und einer konsensorientierten Politik verhalfen der Zweiten Republik zu sozialem Frieden und einer stabilen Staatsführung. Doch trotz der erfolgreichen Zusammenarbeit der Parteien gelang es nicht, sämtliche Konflikte aus der Welt zu schaffen.

Mit der Tradition der politischen Lager lebten auch die politischen Gegensätze wesentlich mehr weiter, als es durch das in der Öffentlichkeit gezeigte Verhalten der Politiker den Anschein hatte. Die Ideologie- und Traditionsdiskussionen zwischen SPÖ und ÖVP dauerten auch nach 1945 an, nur wurden sie nicht mehr offen ausgetragen, sondern durch die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit, die sich durch die allgemeine Notlage des Landes und die Besatzungssituation ergab, überdeckt.

²⁰⁶ Ableitinger, Das konservative und christlichdemokratische Lager, S. 75f.

Gewiss wurden während der nationalsozialistischen Herrschaft überparteiliche Kontakte zwischen den ehemaligen Feinden geschaffen, die den Aufbau der Zweiten Republik erleichterten. Ebenso trugen die leidvollen Erfahrungen in den Konzentrationslagern zu parteiübergreifenden Standpunkten bei, die die Grundlagen für die Zweite Republik bildeten, etwa die endgültige Absage an alle Anschlussgedanken oder die Entstehung eines österreichischen Staatsgefühls.²⁰⁷

Die Ansicht, dass die Zweite Republik von Anfang an von der Gemeinsamkeit der Parteien getragen wurde, und dass der „Geist der Lagerstraße“ alle ideologischen Gegensätze der Ersten Republik vergessen machte, ist allerdings nicht haltbar. Auch wenn diese Entwicklung oft von den staatlichen Entscheidungsträgern propagiert wurde, so entsprach sie nicht der gesellschaftlichen Realität.²⁰⁸

Die tatsächliche politische Situation ist eher aus dem Blickwinkel zu betrachten, dass die handelnden Akteure in erster Linie darauf bedacht waren, zur Rückgewinnung ihrer Machtpositionen die ursprünglichen gesellschaftlichen Säulen sozialistischer und christlich-sozialer, konservativer Prägung wieder zu errichten. Zu glauben, dass eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit zur Lösung der Konflikte aus der Zeit der Ersten Republik beigetragen hat, käme einer Fehleinschätzung gleich, denn dieses Thema genoss angesichts der zahlreichen anderen Herausforderungen in der jungen Zweiten Republik keine hohe Priorität, weshalb die Gegensätze der Ersten Republik zwar in den Hintergrund gestellt, aber nicht beseitigt waren.²⁰⁹

Unter der Oberfläche der zur Schau gestellten Einigkeit existierten sehr wohl Konfliktherde, die angesichts der schwierigen Lage, in der sich Österreich zu Beginn der Zweiten Republik befand, unterdrückt werden mussten.

²⁰⁷ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 171

²⁰⁸ Rathkolb, Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik, S. 105f.

²⁰⁹ Ebenda, S. 108

Ein aus dem Herbst 1945 stammender Aufruf Renners, der sich stets um Wahrung eines guten Eindrucks der Regierung bemühte, gibt einen guten Hinweis auf die reale Situation in der österreichischen Innenpolitik.

„Die politischen Kämpfe sind mit einer gewissen Zurückhaltung zu führen. Die Einigkeit der drei Parteien darf jetzt nicht zerrissen werden. Das würde in den Augen der Alliierten beweisen, daß wir uns selbst nicht regieren können und sie würden daraus den Schluß ziehen, daß sie hierbleiben und eingreifen müssen. Wir müssen uns mit unseren Gegnern – wenn auch zähneknirschend – vertragen.“²¹⁰

Da man sich auf beiden Seiten der Unüberbrückbarkeit gewisser Gegensätze bewusst war, gleichzeitig aber vor den Besatzungsmächten Einigkeit über das politische Vorgehen demonstrieren musste, setzte ein Verdrängen der eigentlichen Standpunkte ein.

Wichtige Etappen für den Wiederaufbau des Staates wurden im Namen der institutionalisierten Überparteilichkeit ohne lange Themenbehandlung erledigt. Die Wiedereinsetzung der alten Verfassung etwa bedeutete nicht nur einen gelungenen Rückgriff, nebenbei blieb den beiden Großparteien durch deren Verwendung eine breitere Diskussion über neue Verfassungsinhalte erspart. Dies lag sowohl im Interesse von ÖVP als auch von SPÖ, denn schon die Verfassungsentwicklung der Ersten Republik war mit heftigen Auseinandersetzungen verbunden, und niemand wollte diesen Konflikt wieder beleben.

Die Tabuisierung bestimmter Themen aus der jüngeren Geschichte bildete eine der Grundlagen für die beginnende Stabilität innerhalb der Koalition.²¹¹

Da es den handelnden Akteuren daran gelegen war, konflikträchtige Aussagen nicht an die Öffentlichkeit zu bringen, lassen sich die hinter verschlossenen Türen ausgetragenen Konflikte nicht mit Originalquellen belegen.

²¹⁰ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 171

²¹¹ Enderle- Burcel, Protokolle des Kabinettrates, S. XII

Auffallend ist jedoch der Mangel an kritischen Diskussionen innerhalb der Koalition. Weder die Konflikte der Vergangenheit wurden in irgendeiner Weise tiefergehend analysiert, noch wurden die inhaltlichen Differenzen der Gegenwart zur Schau gestellt. Um den inneren sozialen Frieden nicht zu gefährden, den Koalitionspartner nicht in die Enge zu treiben und die Besatzungsmächte zu besänftigen, entfiel in vielen Fällen die Diskussion gänzlich. Trotz der getätigten Rückgriffe auf die Erste Republik ging der Wiederaufbau Österreichs mit der systematischen Verdrängung der Vergangenheit einher.²¹²

Neben den in Verbindung mit aktuellen Themen herrschenden Konflikten stellten die Ereignisse rund um das Bürgerkriegsjahr 1934 einen unüberbrückbaren Reibungspunkt zwischen SPÖ und ÖVP dar. Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Abrechnung mit dem Heimwehfaschismus, wäre gerade der SPÖ ein Anliegen gewesen, doch war offensichtlich, dass die Parteien der Zweiten Republik sehr unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema gefunden hätten. Für die Arbeit der provisorischen Regierung, die von der Notwendigkeit erfüllt war, dass alle Parteien an einem Strang ziehen, wäre solch eine zweifellos äußerst hitzige Debatte nur hinderlich gewesen. Angesichts der Herausforderungen, der die junge Republik gegenüberstand, nicht nur die Wiederherstellung des demokratischen Staatswesens, sondern vor allem die Wiederaufrichtung der Wirtschaft, der Infrastruktur usw., entschied sich die SPÖ, die eigenen Parteiinteressen beim Thema der Vergangenheitsbewältigung des Austrofaschismus zurückzustellen. Für dieses Vorgehen warb Schärf auch am Parteitag der SPÖ 1945, als er die Genossen darauf einstimmete, dass der Augenblick der Wiedergutmachung von 1934 versäumt wurde und die Gelegenheit dazu so schnell nicht mehr kommen würde:

²¹² Dvovak, Johann: Thesen zur soziokulturellen Entwicklung in Österreich 1933-1955. In: Stadler, Friedrich (Hrsg.): Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien 1988, S. 30f.

„Uns allen wäre es ein Bedürfnis und eine Herzenssache gewesen, jene Faschisten, die im Jahr 1934 die Demokratie zu Boden geworfen und getreten haben, so zu behandeln, wie sie es verdienen. Das war uns nicht möglich, obwohl vielleicht auf der rechten Seite in den ersten Tagen und Wochen die Einsicht, vielleicht auch die Bereitwilligkeit dazu vorhanden gewesen wäre. Aber es gab keine Einstimmigkeit. Es gab Parteien, oder es gab Teile der öffentlichen Meinung, die vom Jahr 1934 nur ungern abrückten, und es gab andere Teile, die an den Ereignissen des Jahres 1934 wenig Interesse zeigten, weil sie daran nicht beteiligt gewesen sind. Daher unterblieb die Abrechnung und, wie ich glaube, die Zeit dazu wird so bald nicht kommen.“²¹³

Die SPÖ wollte die Ereignisse der Vergangenheit keineswegs vergessen, doch im Rahmen des neuen Kurses, dem Pragmatismus den Vorzug gegenüber dem Idealismus zu schenken, war sie bereit, das Thema hinten anzureihen.

„Die Sozialisten entschlossen sich dazu, nicht vom Vergangenen zu sprechen, aber es auch nicht zu vergessen. Ihre Zusammenarbeit mit den Gegnern von einst schuf die Grundlagen des neuen Staates.“²¹⁴

Im Gegensatz zu der SPÖ trat die ÖVP von Anfang an dafür ein, die Vergangenheit ruhen zu lassen, denn sie konnte aus der Diskussion um den Austrofaschismus keinerlei Nutzen ziehen und befand sich durch die Anschuldigungen der SPÖ klar in der Defensive. Stand die undemokratische Phase der Ersten Republik mal wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit, etwa bei den jährlichen Gedenkfeiern zum Tage des Beginns des Bürgerkrieges, am 12. Februar, so betonte die ÖVP, ihre Kundgebungen seien „ausschließlich von dem Gedanken getragen, alles zu begraben, was uns aus der Vergangenheit her trennen könnte.“²¹⁵

²¹³ SPÖ, Parteitag 1945, S. 80

²¹⁴ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 40

²¹⁵ ÖVP, Die ÖVP und der 12. Februar, S. 12

An einer Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner bestand kein Interesse, die Gegensätze wurden offiziell für beendet erklärt:

„Wir, die Angehörigen der Österreichischen Volkspartei, hegen keinen Groll aus vergangenen Gründen gegen die Angehörigen der anderen Parteien. Wir waren, sind und werden immer bereit sein, zu vergessen, was einst hemmend zwischen uns stand.“²¹⁶

Ebenso wenig wie mit dem Koalitionspartner eine Diskussion über das Scheitern der demokratischen Ersten Republik angestrebt wurde, fand auch innerhalb der Parteigrenzen nur eine unzureichende Aufarbeitung der Geschehnisse statt. Die ÖVP distanzierte sich als neue Partei grundsätzlich von jeglicher Verantwortung für die Fehlentwicklungen der Zwischenkriegszeit.²¹⁷

Die SPÖ definierte sich zwar mit Stolz als die Nachfolgepartei der Sozialdemokratie aus der Ersten Republik und machte sich offiziell an die Fortführung der alten Traditionen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der eigenen Partei fand jedoch nicht statt, auch die SPÖ zeigte kein tiefer gehendes Interesse an einer Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte.

Die Frage inwieweit die Sozialdemokraten Verantwortung für die Lagerkämpfe und die unglückliche Entwicklung der Ersten Republik trugen, wurde nie gestellt, gemachte Fehler verdrängt. Eine von Schärf nach 1945 getätigte Kritik zur Art und Weise der Rückbesinnung auf die Tage des Linzer Programms fand keinen Widerhall:

„Warum wird hier mit keinem Wort von der Debatte über Diktatur gesprochen? Sie hat doch stattgefunden, es kam die bewußte Formel in das Programm hinein; warum das verschweigen? Diese Formel hat uns geschadet, und warum über diesen Fehler hinweggehen?“²¹⁸

²¹⁶ Ebenda, S. 13

²¹⁷ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 174

²¹⁸ Stadler, Adolf Schärf, S. 79

Neben den parteispezifischen Anlässen zur Tabuisierung der Vergangenheit setzte zumindest in der offiziellen Darstellung der heimischen Führungsriege auch ein generelles Verblässen in der Erinnerung an die Erste Republik ein. Zum einen wurde jeglicher Blick zurück durch den riesigen und bedrohlichen Schatten des Nationalsozialismus dominiert. Im Vergleich zu diesen prägenden Jahren wurde die Erste Republik, insbesondere die Zeit ab 1934, oft als das „kleinere Übel“ übergangen.²¹⁹

Unter dem Schatten des Nationalsozialismus wurden zentrale Aspekte der Geschichte der Republik Österreich und der Parteien ausgeklammert. Die ÖVP konnte ihre Kontakte zur undemokratischen Dollfußära damit gut verdecken, ehemalige Vertreter des Austrofaschismus traten nun in der ÖVP als Antifaschisten auf. Aber auch die SPÖ profitierte von der Verdrängung der Geschichte vor 1938, durch die strikte Ablehnung sämtlichen nationalsozialistischen Gedankengutes wurde der Anschluss an Deutschland ein Tabuthema. In diesem Zug wurden auch gleich die sozialdemokratischen Anschlussgedanken aus der Ersten Republik verwischt.

Das Verdrängen der Vergangenheit ist sicherlich von der Abgrenzung vom Nationalsozialismus dominiert, die Heraufbeschwörung des Mythos von der „Stunde Null“, also dem völligen Neubeginn, dient wohl in erster Linie als scharfer Trennstrich zu den Jahren 1938 bis 1945.

Allerdings war das Übergehen der Ersten Republik beim propagierten Neubeginn im Jahr 1945 auch beabsichtigt. Denn auch unter Ausklammerung der NS-Zeit bot der Blick in die Vergangenheit nicht viel Brauchbares, das der Zweiten Republik in ihrer Anfangszeit dienen hätte können. Die Erinnerung an die Zeit der Lagerideologien war überwiegend negativ besetzt, die Aufarbeitung der Parteigegensätze war noch nicht erfolgt und ein rascher Ausgleich war nicht in Sicht.

²¹⁹ Klamper, „Ein einzig Volk von Brüdern“, S. 171

Angesichts der vielen unmittelbaren Probleme, die die Nachkriegszeit brachte, kam man überein, die konfliktbehaftete Geschichte der Ersten Republik beiseite zu lassen.²²⁰

Diese Verdrängung wird im Rahmen der gefeierten Jubiläen, die nach 1945 von Österreich inszeniert wurden und die staatliche Selbstständigkeit und österreichische Identität bezeugen sollten, deutlich. So fällt etwa bei der 950 Jahre Österreich-Feier im Jahr 1946 auf, dass die österreichische Geschichte angefangen bei der ersten urkundlichen Erwähnung des Namen Ostarrichi im Jahr 996 gerühmt wird, die Darstellung aber dann vor dem Ersten Weltkrieg ausläuft – die Erste Republik wird mit keinem Wort erwähnt!²²¹

Das so konstruierte Österreichertum mit starkem Bezug auf die Zeit der Monarchie bildete damit ein Instrument der ideologischen und mentalen Abgrenzung von der Ersten Republik. Als typisch österreichisch wurden von nun an die Errungenschaften früherer Herrscherinnen und Herrschern, wie etwa Maria Theresias, die kulturellen Leistungen in Architektur, klassischer Musik, aber auch die Landschaft und das heimische Brauchtum stilisiert. Die Jahre von 1918 bis 1938 hingegen boten keine brauchbaren Ansatzpunkte, die man bei der Konstruktion der österreichischen Identität verwenden konnte. Die Erinnerung an die Erste Republik, die Zeit von Orientierungslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit und Bürgerkrieg, wurde durch ruhmvollere Jahre der Geschichte überdeckt.²²²

²²⁰ Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, S. 145

²²¹ Renner, 950 Jahre Österreich, S. 5

²²² Jagschitz, Gerhard: Stunde Null – Neubeginn oder Kontinuität? In: Bezemek, Ernst/Rosner, Willibald: Niederösterreich 1945 – Südmähren 1945. Wien 1996, S. 6f.

Das Jahr 1945 stellt keine Stunde Null, keinen völligen Neubeginn dar. Die Zusammenarbeit der Parteien, durch die die Zweite Republik entstand, ist eher als eine bewusste Konstruktion vor dem Hintergrund der Ereignisse der Ersten Republik zu betrachten. Die Aufteilung der Macht, die allgegenwärtigen Kompromisse, die Vermeidung von Konflikten war Antwort auf die Unfähigkeit der beiden großen Lager zur Zusammenarbeit.²²³

²²³ Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, S. 146

3. Der Wiederaufbau Österreichs im Jahr 1945. Neubeginn oder Restaurierung?

Dieses Kapitel soll klären, inwieweit Karl Renners Meinung über die Entstehung der Zweiten Republik zutreffend war:

„Es ist einfach das alte Werk wieder zu tun, und die Erfahrungen von 1918 sind einfach zu erneuern. Die Umstände machen das Werk wohl tausendmal schwerer, aber die Erfahrung macht es hundertmal leichter. So wurde die zweite Republik.“²²⁴

3.1 Die Parlamentarische Staatsform

Blickt man auf die politischen Ereignisse der Ersten Republik Österreichs zurück, so ist wohl die Feststellung zulässig, dass dem damaligen System des demokratischen Parlamentarismus kein allzu großer Erfolg beschieden war. Diese Meinung wurde von den 1945 handelnden Akteuren in einem zumindest ebenso starken Ausmaß vertreten.

Einige der einschneidendsten Erfahrungen, die zum Entstehen dieses negativ besetzten Bildes der Vergangenheit beitrugen, seien kurz erwähnt:

Während des Großteils der Ersten Republik, in den Jahren von 1920 bis 1933 – eigentlich bis 1938 – fand im politischen Gefüge Österreichs kein Machtwechsel statt, was zu einer sehr asymmetrischen Beziehung zwischen den im Parlament vertretenen Parteien führte. Während die eine Großpartei ständig die Regierung stellte, verblieb die andere Großpartei konsequent in Opposition.

²²⁴ Renner, Karl: Die Nation als Rechtsidee. In: Sozialistische Partei Österreichs (Hg): Baumeister der ersten und zweiten Republik. Zur Promotion des Staatskanzlers Dr. Karl Renner zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften. Wien 1945, S.12

Dadurch wurden die Machtansprüche der Christlichsozialen Partei immer größer, während die Sozialdemokraten damit begannen, den Staat an sich als Gegner zu betrachten. Dieser Aspekt führte auf beiden Seiten zur Ausprägung von Einstellungen, die die Stabilisierung des demokratischen Parlamentarismus behinderten. Die sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Konflikte zwischen den beiden Parteien sind sicherlich auch auf dieses fehlende Gleichgewicht zurückzuführen und bedingten eine immer größer werdende Kluft zwischen den beiden Lagern.

Des Weiteren fand die parlamentarische Demokratie der Ersten Republik kein glückliches Ende. Ohne die handelnden Akteure des Austrofaschismus aus der Verantwortung zu entlassen, ist das Ende des parlamentarischen Systems am 4. März 1933 auch auf ein formales Versagen zurückzuführen.

Letztendlich mussten alle Beteiligten die bittere Realität anerkennen, dass der praktizierte demokratische Parlamentarismus weder den Bürgerkrieg von 1934 noch die Machtergreifung der Nationalsozialisten verhindern konnte.

Als Konsequenz dieser unrühmlichen Ereignisse konnte in Österreich 1945 nicht auf ein parlamentarisches Traditionsbewusstsein hingewiesen werden, die Erfahrungen mit dem Parlamentarismus aus der Ersten Republik waren größtenteils negativ behaftet. Dennoch bildete die Erste Republik eine Art Vorgängermodell der Zweiten, und den gemachten Erfahrungen kam beim Wiederaufbau ein gewisser Nutzen zu. Die Ausgangslage stellte sich 1945 somit so dar, dass zwar hinsichtlich der Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie nicht bei Null begonnen werden musste, die traumatisierenden Erfahrungen der Vergangenheit aber keine selbstverständlichen Anknüpfungspunkte darstellten.²²⁵

²²⁵ Anton, Pelinka: Parlamentarismus. In: Weinzierl, Erika/Skalnik Kurt (Hg): Österreich. Die Zweite Republik. Band 2, Graz Wien Köln 1972, S. 10f.

Bei der Auseinandersetzung mit der Gestaltung des politischen Systems der Zweiten Republik stößt man unverzüglich auf Karl Renner, der gemeinhin als der Baumeister der Ersten wie der Zweiten Republik bezeichnet wird.

Schon allein der Umstand, dass einer der bedeutendsten Politiker der Zwischenkriegszeit, der den Beginn der Ersten Republik maßgeblich mitgestaltet hatte, nun mit der Aufgabe der Gründung der Zweiten Republik betraut wurde, deutet darauf hin, dass das Jahr 1945 für Österreich hinsichtlich der Grundstrukturen des politischen Systems nicht einen völligen Neubeginn, eine Stunde Null, bedeuten sollte.

Manche Quellen über die Anfänge der Zweiten Republik mögen den Eindruck erwecken, die Rückkehr Renners in die vorderste Reihe der Politik sei nichts weiter als ein glücklicher Umstand gewesen. Renner selbst nannte es einen „schicksalhaften Zufall“.²²⁶

Gewiss hatte Renner das Glück sozusagen zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein, doch im Wesentlichen trugen sein Ansehen und seine Fähigkeiten, die er sich in der Zwischenkriegszeit erworben hatte, dazu bei, dass er zum zweiten Mal als Staatskanzler der Republik Österreich wirken konnte.

Unbestritten ist, dass Renner von der sowjetischen Besatzungsmacht mit der Bildung einer provisorischen Regierung betraut wurde. Die russischen Offiziere, mit denen Renner in Verhandlung trat, waren über die Leistungen Renners in der österreichischen Geschichte informiert, sein Ansehen ragte bis über die Grenzen Österreichs.²²⁷ Darüber hinaus existieren Hinweise, dass Renner schon vor seiner Kontaktaufnahme mit den Russen im Auftrag Stalins gezielt gesucht wurde, um ihn dann an der Spitze eines österreichischen Selbstverwaltungsapparates einsetzen zu können.²²⁸

²²⁶ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 232

²²⁷ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 5

²²⁸ Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, S. 13

Neben dem Vertrauen, das ihm die russische Besatzungsmacht schenkte, wurde Renner in seiner Führungsrolle beim Aufbau der neuen Republik auch von allen österreichischen Parteien anerkannt. Bevor die Russen Renner nach Wien - dem Zentrum des politischen Geschehens - brachten, fanden Beratungen zwischen der Besatzungsmacht und den schon existierenden Wiener Parteiführungen statt.²²⁹ In Wien und dessen Umgebung war schon vor Renners Auftritt viel Aufbauarbeit geleistet worden, wesentliche Züge politischer Organisation existierten bereits,²³⁰ doch akzeptierten scheinbar alle, dass nun Renner das Ruder in die Hand nahm.²³¹ Die Betrauung Renners als Chef der provisorischen Regierung kann somit nicht als Zufall abgetan werden.

Letztlich hatte auch Renner selbst „... seit Jahren mit der Möglichkeit gerechnet, daß Österreich seine Erfahrungen als Kanzler der Jahre 1918 bis 1920 und seine internationale Stellung als Präsident der Friedensdelegation von Saint Germain 1919 noch einmal brauchen werde, ...“²³²

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Renner keineswegs unbestritten war, sein Ansehen bei den Russen war nicht allzu hoch,²³³ und durch sein Ja zum Anschluss im Jahr 1938 erschien er einigen Kollegen im Inland als nicht geeignet, um die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich zu leiten.²³⁴

Trotz dieser Fakten wollten und konnten letztlich weder die Besatzungsmächte noch die heimischen Parteien auf die Fähigkeiten und Erfahrungen des Baumeisters der Ersten Republik verzichten. Beim Wiederaufbau des Systems der parlamentarischen Demokratie bedeutete die Ernennung Renners den ersten Rückgriff auf die Vergangenheit.

²²⁹ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 234

²³⁰ Neck, Innenpolitische Entwicklung, S.151

²³¹ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 69

²³² Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 7

²³³ Hannak, Karl Renner und seine Zeit, S. 670f.

²³⁴ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 23

Die grundsätzliche Schwierigkeit im Frühjahr 1945 blieb jedoch weiter bestehen: Wie sollte man aus dem Vakuum, das durch den Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft entstanden war, eine neue Staatsform entstehen lassen? Worauf durfte man aufbauen, wie konnten die vorgenommenen Handlungen legitimiert werden? Diesen Fragen musste sich Renner nun stellen.

Natürlich war der Umstand bedeutend, dass Renner von den Russen mit der Arbeit betraut worden war, doch Renner wollte nicht als Beauftragter der Russen wahrgenommen werden, sondern als Vertreter des österreichischen Volkes, sein „Auftrag mußte von Österreich selbst kommen.“²³⁵

Um seine Funktion als nicht gewähltes Oberhaupt des Staates rechtfertigen zu können, klammerte sich Renner an seine Positionen zur Zeit der demokratischen Ersten Republik. Zum einen verwies er darauf, dass er Präsident des letzten freigewählten Parlaments war, bevor Österreich in der undemokratischen Ära unterging. Dadurch besaß er immer noch die Rechtfertigung für das österreichische Volk zu sprechen.²³⁶

Darüber hinaus wagte er sich in seinen Ausführungen bis zum Anfang der Ersten Republik zurück:

„Weiters wolle ich dem österreichischen Volke in Erinnerung rufen, daß ich schon einmal das Land aus dem Kriege heraus und dem Frieden zugeführt habe, 1918 bis 1920 als erster Kanzler der neubegründeten Republik und als seinerzeitiger Präsident der österreichischen Friedensdelegation zu Saint-Germain. Meine damaligen Leistungen berechtigten mich zu der Annahme, daß ich mir auch jetzt die Fähigkeit zutrauen dürfe, den vom Faschismus zerstörten Staate, seine Verfassung und seine Verwaltung in leitender Stelle wieder aufzubauen.“²³⁷

²³⁵ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 9

²³⁶ Ebenda, S.10

²³⁷ Ebenda, S.10

Genauso wie er seine eigene Rolle durch ein Anknüpfen an die Vergangenheit erklärte, versuchte Renner das politische Grundgerüst der Zweiten Republik auf dem Fundament der Ersten Republik aufzubauen. Renners ursprünglicher Plan für ein österreichisches Parlament, das zumindest bis zu den ersten Wahlen provisorisch arbeiten sollte, bestand darin, das alte Parlament von 1933 wieder einzuberufen. Anstelle derer, die durch die Aktivitäten in den faschistischen Vorjahren als belastet galten, sollten Vertreter der KPÖ einberufen werden, um dem aktuellen Bild der politischen Landschaft zu entsprechen. Somit wäre das Ende der demokratischen Ersten Republik direkt mit dem Beginn der Zweiten Republik verknüpft worden.²³⁸ Aufgrund der widrigen Umstände in der Nachkriegszeit konnte Renner seine Idee aber nicht in die Tat umsetzen, nach seiner Ankunft in Wien fand er andere Umstände vor, als er erwartet hatte.

“Mit den drei anderen Zonen gab es keine wie auch immer geartete Verbindung, die Parteimänner konnten nur im Auftrage der Bevölkerung der russischen Zone handeln. Zu einer Einberufung des gesamten österreichischen Parlaments bestand nicht die geringste Möglichkeit, Teilwahlen hatten keinen Sinn, über irgendeine Verständigung der vier Kommandanten in irgendeiner der aufgetauchten Fragen gab es auch nicht eine Andeutung.“²³⁹

Renner musste mit den Ressourcen, die ihm zur Verfügung standen, eine andere politische Struktur aufbauen und wählte den Weg über die Parteien, die wie in Kapitel 2 ausführlich erläutert, das stärkste Bindeglied zur Staatsform der demokratischen Ersten Republik darstellten. Renners wichtigste Aufgabe bestand in der Errichtung einer zentralen Regierungsverwaltung für das gesamte Staatsgebiet, und da die Vertreter des alten Parlaments nicht zur Verfügung standen, bediente sich Renner der Vorstände der neuen Parteien und bildete mit ihnen eine provisorische Regierung.²⁴⁰

²³⁸ Ebenda, S. 10

²³⁹ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 234

²⁴⁰ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 22

Die provisorische Regierung, dieser Versuch Renners, seine Vorstellungen an die gegebenen Bedingungen anzupassen, erschien als etwas sonderbare Konstruktion. Sie war zugleich gesetzgebende, vollziehende und auch verfassungsgebende Gewalt. Dieser Umstand rührt aus der Tatsache, dass es in Österreich 1945 einfach keine anderen Institutionen gab, an die - im Sinne der Rückkehr zu den Zuständen vor 1934 - legalerweise angeknüpft hätte werden können.²⁴¹

Die Forderung zum Jahr 1933 und nicht zum Jahr 1938 zurückzukehren, hatte Renner beibehalten, denn für die Sozialdemokraten kam eine Miteinbeziehung der austrofaschistischen Zeit nicht in Frage.²⁴²

Nach dem Zustandekommen der provisorischen Regierung war zwar die erste Hürde genommen und eine Institution mit einer gewissen Handlungsfähigkeit und Legitimation hergestellt. Dieser Schritt soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufbau des Staatswesens noch lange nicht abgeschlossen war. Die provisorische Regierung basierte an sich nicht auf viel mehr als dem Grundkonsens der drei Parteien zur Zusammenarbeit.

Innerhalb der Regierung wurde für wichtige und rasche Entscheidungen der politische Kabinettsrat geschaffen, der sich aus dem Chef der Regierung, Renner, sowie drei Staatssekretären ohne Portefeuille zusammensetzte. Alle drei Parteien waren durch jeweils einen Staatssekretär in der Machtzentrale vertreten: Schärf für die SPÖ, Figl, der den ursprünglich favorisierten Kunschak ersetzte, für die ÖVP und Koplenig für die KPÖ.

Der Kabinettsrat trat vor allem dann in den Vordergrund, wenn es galt, rasch einen Konsens zwischen den Parteien herzustellen, um den Wiederaufbau des Staatswesens nicht ins Stocken zu bringen. Über eine Geschäftsordnung verfügte der politische Kabinettsrat nicht.

²⁴¹ Stadler, Adolf Schärf, S. 197

²⁴² Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 14

Da auch schon vor Inkrafttreten der Verfassung, die dann eigentlich erst die Kompetenzen der provisorischen Regierung regelte, dringliche Entscheidungen zu treffen waren, tagte der Kabinettsrat auch noch ohne regelnde Rahmenbedingungen. Stattdessen orientierte man sich an dem gewohnten Schema der Ersten Republik. Vor allem Staatskanzler Renner sorgte dafür, dass die Sitzungen von ihrer äußeren Form und ihren Abläufen eine starke Kontinuität zur Ersten Republik darstellten.²⁴³

Bis hin zu kleinen Details wurde die Verbindung mit der Vergangenheit sichtbar. So begann der neu zusammengesetzte Nationalrat nach der Wahl im Herbst 1945 seine fünfte Gesetzgebungsperiode und strich damit die Kontinuität der Republik heraus.²⁴⁴

Die Zeit bis zu den ersten freien Wahlen freilich, die die Voraussetzung für die Rückkehr zum gewohnten parlamentarischen System bildeten, war gekennzeichnet durch viele gekünstelte Provisorien, die nicht der Linie des Parlamentarismus der Ersten Republik entsprachen.

Doch trotz des Fehlens des alten Parlaments zeigten sich in der Vorgangsweise viele Analogien zur Ersten Republik. Auch der Ausweg, aus den Parteivertretern eine provisorische Regierung zu formen, stellte in gewisser Weise nur einen Umweg dar, die alten Zustände wieder zu erreichen, eine Überbrückung der ersten Monate, in denen eine Einberufung eines Parlamentes unmöglich war.

Renner sorgte, wenn nötig auch mit viel Autorität, für die ersten Schritte des neuen Staates und ließ dabei seine Routine, die er sich in der Ersten Republik erworben hatte, mit einfließen. Trotz der unterschiedlichen Voraussetzungen glichen die Regierungsabläufe von 1945 denen der Ersten Republik in vielen Fällen.²⁴⁵

²⁴³ Enderle- Burcel, Protokolle des Kabinettrates, SIVf.

²⁴⁴ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 69

²⁴⁵ Ebenda, S. 41

Gewiss konnte auch nicht auf alle Bausteine der Ersten Republik zurückgegriffen werden, vor allem in personeller Hinsicht bedeutete die über ein Jahrzehnt andauernde Unterbrechung des demokratischen Parlamentarismus einen großen Aderlass. Viele Politiker waren gestorben oder zu alt, um nochmals aktiv zu werden, andere waren in den Vorjahren ermordet oder vertrieben worden.²⁴⁶

Das Resultat daraus war, dass 1945 auch viele unerfahrene Politiker Verantwortung zu tragen hatten, und dass manche parlamentarische Abläufe erst erlernt werden mussten. Adolf Schärf bezeichnete in seinen Erinnerungen die 1945 entstandenen politischen Institutionen als die „Gehschule der Demokratie“.²⁴⁷

Das Modell der Ersten Republik und die Erfahrung der alten Politiker dienten der Zweiten Republik als Orientierungshilfe, das den Aufbau erleichterte und auch maßgeblich beeinflusste. Somit ist der parlamentarische Staatsaufbau unserer Republik ohne Zweifel auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen.

3.2 Die politischen Verwaltungseinrichtungen

Der provisorischen Regierung Renners gelang es im Jahr 1945 erstaunlich schnell, die österreichische Staatsverwaltung wieder in Gang zu bringen. Dies war auch unbedingt notwendig, stellte es doch eine Grundvoraussetzung für die Abwicklung der enormen Fülle an gesetzgeberischer Arbeit dar, die die provisorische Regierung zu leisten hatte.

²⁴⁶ Botz, Von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 41

²⁴⁷ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S.104

Denn aufgrund des Fehlens anderer Institutionen, wie etwa des Parlaments und der daraus resultierenden notgedrungenen Machtkonzentration, fielen der Regierung auch die legislativen Aufgabenbereiche in den Schoß.²⁴⁸

Die rasche Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit im Verwaltungsbereich ist umso bemerkenswerter, führt man sich die unmittelbare Nachkriegssituation in Österreich vor Augen. Karl Renner, der als Kanzler der provisorischen Regierung die Hauptverantwortung für den Wiederaufbau trug, schildert in seinen Aufzeichnungen, wie schwierig es war, die Ämter und Behörden wieder aufzubauen, denn während der Herrschaft Hitlers wurden in Österreich alle zentralen Verwaltungsbehörden aufgehoben, Österreich war nun Teil des deutschen Reiches und unterstand als „Ostmark“ der Hauptstadt Berlin. Die Personen, die sich im Frühjahr 1945 um die Wiederaufrichtung des Staates Österreich kümmerten, fanden die Republik gewissermaßen enthauptet, also ohne Zentralorgane, vor.

Aber auch auf Landes- und Gemeindeebene war nicht viel übrig, das als Basis für den Neubeginn verwendet werden konnte, denn die flüchtenden Nationalsozialisten vernichteten bei ihrem Rückzug die Akten und bedienten sich aus den Amtskassen.

Im Gegensatz zu einem herkömmlichen Regimewechsel innerhalb eines Staates existierte 1945 in Österreich kein Verwaltungsapparat mehr, den die provisorische Regierung hätte neu besetzen können.²⁴⁹

„In den Straßen der Städte kein Polizeimann, in den Dörfern des flachen Landes kein Gendarm! Nirgends ein Postamt, kein Telephon, keine Eisenbahn! In den Steuerämtern zunächst kein Beamter, in den sozialen Fürsorgeeinrichtungen kein Pfennig Geld.“²⁵⁰

²⁴⁸ Stourzh, Gerald: Die Regierung Renner, die Anfänge der Regierung Figl und die Alliierte Kommission für Österreich September 1945 bis April 1946. Wien 1966, S. 322

²⁴⁹ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 23

²⁵⁰ Ebenda, S. 23

Der Staat stand ohne Behörden da. Somit mussten parallel zur Einsetzung der provisorischen Regierung auch die Amtsgebäude neu bezogen werden, Beamte einberufen und eine Zentralverwaltung organisiert werden.

Bei der Besetzung der Ämter mit Beamten stellte sich Renner vor, die benötigten Personen aus erfahrenen Kräften der Ersten Republik zu rekrutieren, allerdings mit der Einschränkung auf solche Beamte, die sich auch während der undemokratisch regierten Jahre weiterhin als Demokraten erwiesen hatten. Diese von Renner instruierte Vorgangsweise geht aus einem Rundschreiben hervor, das er am 26. April 1945 an die Mitglieder seines Kabinetts erließ. Diese wurden beauftragt, nach künftigen bürokratischen Hilfskräften Ausschau zu halten. Als solche sollten vor allem jene in Betracht gezogen werden, die während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, aber auch zur Zeit des Austrofaschismus aufgrund ihrer politischen Haltung gemäßregelt, aus den Ämtern vertrieben und verfolgt worden seien.²⁵¹

Diese Darstellung lässt erkennen, dass auch der Wiederaufbau der Verwaltung durch Zuhilfenahme von Erfahrungen der Ersten Republik erfolgt ist. Der oben angeführten Quelle muss beigefügt werden, dass wohl auch im Verwaltungsbereich dem antifaschistischen Grundkonsens im Sinne Renners nicht zur Gänze Folge geleistet wurde. Der Staatskanzler erließ das Rundschreiben in einer Zeit, in der für ihn noch nicht absehbar war, dass die ÖVP nicht im gewünschten Ausmaß auf Rückgriffe auf Vertreter des Austrofaschismus verzichtete.²⁵²

Durch die in den Vordergrund gestellte Distanzierung vom Nationalsozialismus gelang es der ÖVP trotz der Beibehaltung von Vertretern des Austrofaschismus, im Rahmen des antifaschistischen Grundkonsenses zu wirken.²⁵³

²⁵¹ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 37

²⁵² Ebenda, S. 39f.

²⁵³ Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, S. 145

Somit muss bei der Feststellung, dass sich die neue Beamtenschaft der Zweiten Republik personell mit der Ersten Republik überschneidet, die Bemerkung hinzugefügt werden, dass dabei die Zeit von 1934 bis 1938 als Teil der Ersten Republik mitanzusehen ist.

Die ehemals verfolgten Beamten, die nun ihren Dienst wieder antreten durften, gesellten sich zu den Kollegen, die trotz der wechselnden Herrschaft durchgehend ihrer Berufung nachgegangen waren. Denn während die höheren Beamten zahlreich der politischen Veränderung zum Opfer fielen, erwies sich die niedrigere Beamtenschaft als erstaunlich resistent gegen die Systembrüche 1934/1938/1945. In der Wiener Stadtverwaltung etwa wurden im Jahr 1938 kaum 10% der Bediensteten entfernt, im Jahr 1945 belief sich der Anteil auf etwa 7,5%.²⁵⁴

Die niedrigeren Beamten blieben von den Machtwechseln größtenteils unbehelligt, ein Zitat von einem ÖVP-Gemeinderatsabgeordneten aus dem Jahr 1946 macht die damalige Lage anschaulich:

„Wie war es im Jahre 1918, 1938, 1945? Der Amtsvorstand ist gekommen, hat seine Leute versammelt, hat ihnen mit mehr oder weniger Anteilnahme mitgeteilt, daß eine andere Staatsform herrsche, und hat ihnen den Eid abgenommen. Und die Leute sind wieder an die Arbeit gegangen.“²⁵⁵

Somit ist der Schluss nahe liegend, dass in keinem der beiden Zäsurjahre 1938 und 1945 eine radikale personelle Auswechslung der Bürokraten erfolgt ist.

Zumindest bei der niedrigeren Beamtenschaft ist daher nicht nur von einem Rückgriff, sondern von einer Kontinuität zu sprechen, denn die Beamten überdauerten die Zeit zwischen Erster und Zweiter Republik zum Großteil in ihren Ämtern.²⁵⁶

²⁵⁴ Botz, Von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 40f.

²⁵⁵ Ebenda, S. 41; zitiert nach: Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981, S. 128

²⁵⁶ Ebenda, S. 41

Die eben gemachte Feststellung ist für die höhere Beamtenschaft weniger treffend, denn die von diesen besetzten Ämter waren in einem weit höheren Ausmaß von radikalen Säuberungen betroffen. Hier wurden die Beamten weitgehend dem gerade herrschenden Regime angepasst. Konkret bedeutet dies, dass im Jahr 1938 die alte Beamtenschaft durch Nationalsozialisten ersetzt wurde, diese wiederum mussten im Jahr 1945 ihre Ämter verlassen. Gesamt gesehen ist somit eine deutliche Diskontinuität bemerkbar.

Doch gerade die scharfen Abgrenzungen zu den Jahren während Hitlers Herrschaft ermöglichten es den Beamten der Ersten Republik, im Jahr 1945 als unbelastet zu gelten, womit der Wiederaufnahme ihrer Funktionen nichts im Wege stand.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Spitzen der Verwaltung seit der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 gewissermaßen in das Regime integriert und daher nach dem Krieg als belastet und nicht mehr verwendungsfähig betrachtet wurden, mussten sich die 1938 entlassenen Beamten nicht für die Zeit des Krieges verantworten.

Aufgrund dessen konnte das österreichische Staatswesen im Jahr 1945 letztlich auf ein ausreichend großes Reservoir an höher qualifizierten Beamten zurückgreifen, die den gesellschaftlichen Richtlinien und auch den Vorgaben der Besatzungsmächte entsprachen.²⁵⁷

Im Großen und Ganzen konnte der österreichische Verwaltungsapparat nach Kriegsende trotz des zuvor erfolgten Erstarrens der Funktionstüchtigkeit durch die Eingriffe der Nationalsozialisten relativ schnell wieder aufgebaut werden.

Dabei spielten wie so oft auch die Vorhaben der Besatzungsmächte eine Rolle, denn die Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht entpuppte sich sicherlich als förderlich für den Aufbau eigener Verwaltungseinrichtungen. Von Anfang an wurde die einheimische Zivilverwaltung mit Verwaltung und Gesetzgebung betraut.

²⁵⁷ Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 64

Das Motiv für die entgegenkommende Geste der Russen war der Gedanke, dass die heimischen Kommunisten rasch die wichtigsten Positionen innerhalb der österreichischen Behörden übernehmen würden und die Russen somit ohne viel Aufwand einen ihnen hörigen Beamtenapparat zur Verfügung hätten.

Die von den Russen gewählte Vorgangsweise wich stark von der der restlichen Besatzungsmächte ab, die zu Beginn dem Aufbau österreichischer Verwaltungseinrichtungen äußerst skeptisch gegenüber standen. Als Folge davon trug die freizügige Haltung der Russen zwar zur Verschlimmerung der Kommunikation zwischen den Besatzungszonen bei, da die anderen Alliierten die Kontrolle über Österreich den Militärregierungen überlassen wollten und den Alleingang Russlands äußerst kritisch beäugten.

Da die Hauptstadt Österreichs, also der Ort, wo neben dem Aufbau der Länder auch der Aufbau der Republik vorstättenging, in der russischen Besatzungszone lag, kam das Verhalten der Russen aber der raschen Wiederinbetriebnahme heimischer Verwaltung eindeutig zu Gute.²⁵⁸

Bis zum Ende der Regierungszeit der provisorischen Regierung unter Renner besaß Österreich wieder eine im Wesentlichen gut funktionierende Verwaltung. In seiner Antrittsrede als Bundeskanzler lobte Leopold Figl bereits Ende 1945 die wiederauflebende alte Kunst der österreichischen Beamenschaft:

„In wenigen Wochen gelang es einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der in bester altösterreichischer Verwaltungstradition bereits wieder funktioniert.“²⁵⁹

Die rasche Herstellung funktionierender Strukturen praktisch aus dem Nichts heraus war nur unter Miteinbeziehung der alten, noch vorhandenen Ressourcen möglich. Angesichts des Zeitdrucks und der Notsituation nach Kriegsende wurde, wo immer es möglich war, versucht, erfahrene Beamte für die Fülle an organisatorischen Arbeiten zu gewinnen.

²⁵⁸ Ebenda, S. 63

²⁵⁹ Figl, Österreich geht an die Arbeit, S. 3

Dadurch fanden die Verwaltungsstrukturen der Vergangenheit in der Zeit der Zweiten Republik ihre Fortsetzung.

3.3 Die Verfassung

In der am 27. April 1945 veröffentlichten Unabhängigkeitserklärung, oft auch als die Geburtsurkunde der Zweiten Republik bezeichnet, besagt Artikel Eins:

„Die Demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.“²⁶⁰

Die Rückbesinnung auf die alte Verfassung aus der Ersten Republik stellt also ein zentrales Element bei der Wiederaufrichtung des Staates Österreich dar, nun soll veranschaulicht werden, was die Formulierung vom „Geist der Verfassung“ tatsächlich bedeutete und inwieweit die Verfassung der Zweiten Republik eine Kontinuität zur Ersten Republik darstellt.

Beim Zustandekommen des erwähnten Artikels Eins muss das Entstehungsdatum der Unabhängigkeitserklärung miteinbezogen werden, denn zu diesem frühen Zeitpunkt war das befreite Wien erst wenige Wochen alt, von einem geordneten Staatswesen konnte noch nicht gesprochen werden, und die zukünftigen Schritte der Zweiten Republik konnten nur vage vorausgesagt werden. Sogar für Adolf Schärf, selbst einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, stellt die Phrase der Rückkehr zum Geiste der Verfassung von 1920 eine sehr schwammige Formulierung dar.²⁶¹

Wie so oft in der Nachkriegszeit war der Druck der Besatzungsmächte auch in diesem Fall spürbar.

²⁶⁰ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 74

²⁶¹ Ebenda, S. 113

Denn nachdem die Russen die Kontrolle über Wien und die umliegenden Gebiete errungen hatten, richteten sie Aufrufe an die heimische Bevölkerung, in denen angekündigt wurde, dass die Rote Armee dazu beitragen würde, in Österreich die Zustände wiederherzustellen, die bis vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten geherrscht hatten.²⁶²

Diese Ankündigung löste vor allem bei den Sozialdemokraten um Renner und Schärf größte Bedenken aus, denn sie wollten keinesfalls eine Rückkehr zu den Zuständen des Austrofaschismus, sondern stattdessen die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung der Zeit vor 1934. Die Erwähnung des Geistes von 1920 in der Geburtsurkunde Österreichs sollte somit als Symbol für die Rückbesinnung auf die parlamentarische Demokratie stehen.²⁶³

Das Zurückgehen auf das Jahr 1920 ist also zuerst einmal als bewusster Gegensatz zur Proklamation der Russen anzusehen²⁶⁴, allerdings stellt dieser Aspekt nicht das alleinige Motiv dar.

Zum besseren Verständnis, wie der besagte Text den Weg in die Unabhängigkeitserklärung fand, sei darauf hingewiesen, dass diese Proklamation hauptsächlich von Karl Renner ausgefertigt wurde und somit auch seine persönlichen Intentionen beinhaltet.

Renner sah zu Beginn der Zweiten Republik den Zeitpunkt gekommen, an dem er seine einflussreiche Position einsetzen konnte, um die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei der Ersten Republik, genauer gesagt seine eigenen Vorstellungen aus dieser Zeit, in die Tat umzusetzen. Diese sahen für Österreich einen zentralistischen Einheitsstaat vor, also die Beseitigung der Landesgesetzgebung, und eine straffere Verwaltung.

²⁶² Ebenda, S. 37

²⁶³ Schärf, Österreichs Erneuerung, S.47

²⁶⁴ Goldinger, Walter: Geschichte der Republik Österreich. Wien 1962 S.269

Aus diesem Grund war Renner ursprünglich an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung interessiert, derer die Grundsätze der Verfassung von 1920 als Ausgangsbasis dienen sollten.²⁶⁵

Zwar schaffte es Renner, die Unabhängigkeitserklärung nach seinen Vorstellungen auszuarbeiten, bei der Umsetzung seines Verfassungsplanes stieß er allerdings auf breite Ablehnung. Innerhalb der SPÖ erwies sich Adolf Schärf als größter Gegensprecher, denn dieser sah die Gefahr, dass es bei einer Neuausarbeitung der Verfassung zu breiteren Diskussionen kommen müsste, wobei vor allem den Kommunisten, sowohl den inländischen als auch den russischen, eine Angriffsfläche geboten würde, um ihre Interessen durchzusetzen.

Auch zwischen SPÖ und ÖVP würde eine Verfassungsdiskussion ein potentielltes Streitthema darstellen, das die innerpolitische Stabilität ins Wanken bringen konnte. Somit plädierte Schärf für einen Kompromiss, der für alle erträglich erschien: die Rückkehr zu 1933, also ein Anknüpfen an das Ende der parlamentarischen Demokratie.²⁶⁶

Die Rückkehr zu der in dieser Zeit gültigen Verfassungsversion von 1929 umging die Zustände des Austrofaschismus, beinhaltete aber die vorangegangenen demokratischen Entwicklungen der Ersten Republik. Diese Variante erwies sich als für beide Großparteien akzeptabel „... weil sie nichts anderes mit sich bringe als die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen, die sozusagen natürlich in langjährigen Auseinandersetzungen der österreichischen Parteien gewachsen waren.“²⁶⁷

Eine Neuausarbeitung der Verfassung hätte auch die Eingliederung der außerhalb der russischen Besatzungszone gelegenen Bundesländer erschwert, denn eine breite Verfassungsdiskussion wäre nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Ländern geführt worden.

²⁶⁵ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S.113

²⁶⁶ Ebenda, S.113f.

²⁶⁷ Ebenda, S.114

Grundsätzlich bekannten sich die westlichen Bundesländer zur provisorischen Regierung Renner und zum österreichischen Staat, aber sie brachten ihren Einfluss zur Geltung, indem sie auf die Rückkehr zur Verfassung von 1929 bestanden. Dem ursprünglichen Plan Renners nach einer zentralistischen Verfassung widersetzten sich die Länder, die Rückkehr zur Version von 1929 räumte ihnen günstigere Konditionen bei der Verteilung der Macht ein.²⁶⁸

Auch die ÖVP bekannte sich zur bundesstaatlichen Struktur Österreichs auf der Grundlage der Verfassung von 1929.²⁶⁹

Dies erklärt sich zum einen daraus, dass sie sich wohl in der Tradition der Christlichsozialen Partei mit der von dieser veranlassten Verfassungsnovelle identifizierten²⁷⁰, zum anderen ist es nicht verwunderlich, dass die ÖVP die Forderungen der konservativ dominierten Bundesländer übernahm, da dort ihre Stammwähler beheimatet waren.²⁷¹

Angesichts der Übermacht von Befürwortern der Verfassungsform von 1929 und deren nachvollziehbaren Argumenten verwarf Renner seine ursprünglichen Pläne und stimmte der Anknüpfung an die Erste Republik zu:

„Durch das Zurückgehen auf die Verfassung von 1929 soll zum Ausdruck gebracht werden, daß wir durch den Überleitungsgedanken Österreich, soweit es demokratisch war – und es war demokratisch bis zur Lahmlegung des Parlaments im Jahr 1934 – wieder herstellen wollen.“²⁷²

Das neuerliche Wirksamwerden des Bundesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wurde per Gesetz ab 1. Mai 1945 festgelegt und schloss formell an das Ende der parlamentarisch-demokratischen Ersten Republik im Jahr 1933 an, wie Artikel Eins bezeugt:

²⁶⁸ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 235

²⁶⁹ Altensteiner, Christa: Der Föderalismus in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der politischen Verhältnisse von 1945-1966. Heidelberg 1969, S. 26

²⁷⁰ Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, S. 20

²⁷¹ Altensteiner, Der Föderalismus in Österreich, S.13

²⁷² Enderle- Burcel, Protokolle des Kabinettrates, S. 64

„Das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 sowie alle anderen Bundes-Verfassungsgesetze und in einfachen Bundesgesetzen enthaltenen Verfassungsbestimmungen nach dem Stand der Gesetzgebung vom 5. März 1933 werden im Sinne der Regierungserklärung, StGBL Nr. 3 von 1945, wieder in Wirksamkeit gesetzt.“²⁷³

Sämtliche nach dem 5. März 1933 erlassenen Gesetze wurden wieder aufgehoben, womit die undemokratisch zustande gekommenen Entwicklungen bereinigt werden sollten.²⁷⁴

Dieses, im sogenannten „Verfassungsüberleitungsgesetz“ festgehaltene, Vorgehen war für alle Seiten annehmbar, denn auch wenn bei der Verfassungsnovelle von 1929 schon der Druck der Heimwehren eine Rolle gespielt hatte, so war sie immerhin auch unter Miteinbeziehung der Sozialdemokratie vereinbart worden.²⁷⁵ Dieser Umstand verhalf Renner und seiner Partei letztlich dazu, dem angestrebten Kompromiss zuzustimmen, auch wenn diese Entscheidung nicht alle Idealvorstellungen befriedigen konnte. Die Rückkehr zur Verfassung war nicht unbedingt die beliebteste, jedoch angesichts der Umstände die vernünftigste Entscheidung, trug sie doch zur Stabilisierung des inneren politischen Friedens bei.

Adolf Schärf äußerte sich dazu in der Parlamentssitzung vom 13. Mai 1945 folgendermaßen:

“In den Jahren 1920 bis 1929 habe das Verfassungsleben in Österreich beträchtliche Änderungen erfahren, hauptsächlich in der Richtung einer Stärkung der Staatsgewalt.

²⁷³ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 229

²⁷⁴ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 51

²⁷⁵ Altensteiner, Der Föderalismus in Österreich, S. 25f.

Ein Zurückgehen auf 1920 wäre dem Kanzler und uns Sozialdemokraten überhaupt wahrscheinlich am angenehmsten, aber wir fühlen uns innerlich nicht berechtigt, das Ergebnis einer 14jährigen demokratischen Entwicklung rückgängig zu machen.“²⁷⁶

Der Verfassungsrückgriff erfolgte gegen den Willen der KPÖ, die weiterhin für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung eintrat. Schärf rechtfertigte auch die Weigerung, sich mit den Kommunisten auf breit angelegte Verfassungsdiskussionen einzulassen:

Die Verfassung von 1920 entstand als Kompromiss zwischen den zentralistischen Vorstellungen der Sozialdemokraten und den föderalistischen Bestrebungen der konservativ regierten Länder. Weiters waren auch Novellen der Verfassung in Einigkeit der beiden großen Parteien entstanden. Breitere Diskussionen mit den Kommunisten über eine neue Verfassung konnten nur zu größeren Disputen zwischen den Parteien - auch zwischen SPÖ und ÖVP - führen, die Energie der Politik sollte aber in dieser Krisenphase für die akuten Brandherde genutzt werden.²⁷⁷

Trotz dieser Unstimmigkeiten mit der KPÖ stellte die Entscheidung, zur alten Verfassung zurückzukehren, ein Bekenntnis zum Kompromiss der beiden anderen Parteien dar. Die Novelle von 1929 war die letzte große Errungenschaft, die die zwei Großparteien in der Ersten Republik vor dem Ende der parlamentarischen Demokratie gemeinsam bewerkstelligt hatten. Außerdem galt dieser Akt als ein Zeichen für die Länder. Diese konnten durch den erzielten Kompromiss wieder in den Staat hineinwachsen, ohne allzu große Machteinbußen befürchten zu müssen.²⁷⁸

²⁷⁶ Enderle- Burcel, Protokolle des Kabinettrates, S. 64f.

²⁷⁷ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 113f.

²⁷⁸ Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 61

Mit der Fortsetzung des verfassungsrechtlichen Zustandes von 1933 war ein Ansatzpunkt für die politische Weiterarbeit gefunden, allerdings heißt dies nicht, dass die Zweite Republik völlig nahtlos an die Erste anknüpfen konnte, denn immerhin galt es ein Zeitloch von zwölf Jahren zu überwinden, und viele nötige Institutionen waren im Jahr 1945 nicht intakt. So gab es akut einige Hindernisse zu bewältigen, denn mit einer Einberufung des alten Parlaments war nicht zu rechnen und ebenso wenig existierten andere durch eine Wahl legitimierte Volksvertreter.

Als Übergangslösung wurde deshalb eine vorläufige Verfassung eingesetzt, die in einigen Punkten stark von der eigentlichen Verfassung abwich.

In dieser am 1. Mai 1945 in Kraft tretenden Form reklamierte die provisorische Regierung alle staatlichen Rechte und Pflichten für sich, so lange bis die künftig gewählte Regierung entscheiden konnte, inwieweit die Bestimmungen der Verfassung von 1929 wieder in Geltung treten sollten.²⁷⁹

Die provisorische Regierung legitimierte damit ihre Funktion als oberstes Organ des Staates bis zur Abhaltung freier Wahlen. Auch die gesetzgeberischen Aufgaben, die eigentlich dem Parlament zukamen, wurden von der provisorischen Regierung übernommen.

Die Verwaltung innerhalb der einzelnen Bundesländer wurde den Landeshauptmännern bzw. den dazugehörigen Landeshauptmannschaften übertragen. Allerdings wurden die Landeshauptmänner nicht gewählt, sondern von der provisorischen Regierung aufgrund von Vorschlägen der Parteien ernannt. Damit beugten sich die Länder den Bestimmungen der Zentralgewalt, natürlich nur unter der Voraussetzung, dass diese Machteinbuße auf einen begrenzten Zeitraum beschränkt blieb.²⁸⁰

²⁷⁹ Hellbling, Ernst: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Wien 1956, S. 465

²⁸⁰ Ebenda, S. 466 - 468

Die vorläufige Verfassung stellte aber keinen Widerspruch zur Verfassungskontinuität zwischen den beiden Republiken dar, denn obwohl sie weitaus zentralistischer ausgelegt war, orientierte sie sich in den Grundzügen trotzdem an der bekannten Form.²⁸¹

Außerdem wirkten bei diesem Schritt auch die Erfahrungen aus der Anfangszeit der Ersten Republik mit, die für die Übergangszeit einen straffen Zentralismus empfahlen, der den Aufbau eines geordneten Staatswesens erleichterte.²⁸²

Und schließlich war die vorläufige Verfassung von Anfang an nur für einen begrenzten Zeitraum angedacht.

Der erste Rückgang zur eigentlichen Verfassung fand nach den Länderkonferenzen im Herbst 1945 statt, als den Ländern ihre alten Rechte in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten wieder eingeräumt wurden. Im Sinne der Abkehr von der zentralistischen Übergangszeit stellten die Länder auch die Forderung nach Rückgabe der Landesgesetzbefugnisse auf. Bei dem schließlich stattgegebenen Wunsch bezogen sie sich auf die Verteilung der Kompetenzen aus der Verfassung von 1929.

Nach den ersten Wahlen in der Zweiten Republik, dem Zusammentritt des Nationalrates und der Wahl Renners zum Bundespräsidenten waren alle Voraussetzungen geschaffen, um den verfassungsrechtlichen Übergangszustand zu beenden. Die Verfassung in der Form von 1929 trat wieder in Kraft.²⁸³

²⁸¹ Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung, S. 26f.

²⁸² Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 116

²⁸³ Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S.468 - 470

3.4 Die Rolle der Länder

Eine der größten Herausforderungen, der sich Renner als provisorischer Staatskanzler stellen musste, war es den Einflussbereich der provisorischen Regierung auf ganz Österreich auszudehnen, um in dessen Folge die Einheit des Landes zu sichern. Denn bei der Eingliederung der einzelnen Bundesländer in den wieder geschaffenen österreichischen Staat existierten eine ganze Reihe von Erschwernissen und zahlreiche voneinander abweichende Auffassungen, wie man diese bewältigen sollte. Neben dem Chaos, das die Nationalsozialisten im Verwaltungsapparat hinterlassen hatten, und den Erschwernissen, die durch Trennung der Bundesländer in die vier Besatzungszonen verursacht wurden, spielten auch innerpolitische Motive eine Rolle.²⁸⁴

Die als gesamtösterreichisch ausgelegte Regierung Renners musste schon bald erkennen, dass sich ihr Einflussbereich nur auf den östlichen, von den Russen besetzten Teil des Landes erstreckte.

Für die provisorische Regierung Renners war es überlebenswichtig, von allen Bundesländern als oberste Entscheidungsträgerin anerkannt zu werden und auch Grundvoraussetzung dafür, von allen Alliierten als legitimer Gesprächspartner eingeschätzt zu werden.

Die Situationen in den einzelnen Bundesländern wichen jedoch stark voneinander ab und waren von unterschiedlichen Problemen beherrscht; zwar entstanden überall Landesregierungen, allerdings in sehr unterschiedlicher Geschwindigkeit und mit verschiedenen starken Kompetenzen ausgestattet.

Während in Tirol etwa schon Anfang des Jahres 1945 Widerstandstruppen, aus denen die spätere Landesregierung rund um Gruber hervorgehen sollte, starke Aktivitäten verzeichneten und noch vor Einmarsch der Alliierten die Macht übernehmen konnten, stand die Landesregierung in Oberösterreich unter Gleißner erst im Oktober endgültig fest.

²⁸⁴ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 235

Dieser Umstand hatte seine Wurzeln vor allem in den schwierigen Besatzungsverhältnissen, da das Mühlviertel von den Russen, der Rest Oberösterreichs aber von den US-Amerikanern kontrolliert wurde.

Jedes Bundesland sah sich mit ganz eigenen Problemen konfrontiert. Während Kärnten den Einfall der Partisaneneinheiten Titos zu bewältigen hatte, mussten im Burgenland, das unter der Herrschaft Hitlers nicht mehr als eigenes Bundesland existiert hatte, sämtliche Verwaltungsstrukturen neu aufgebaut werden.

Am einfachsten war die Lage in Niederösterreich. Aufgrund der geographischen Nähe und der gemeinsamen russischen Besatzungsmacht stand man eng mit Wien in Kontakt, und die obersten Vertreter des Landes, Figl und Helmer, bestimmten schon früh auch die gesamtösterreichische Politik maßgeblich mit.

Der Großteil der anderen Landesregierungen, sofern sie schon existierten, stand aber durch Österreichs Aufteilung in von unterschiedlichen Mächten kontrollierte Zonen nur äußerst unzureichend mit der Zentrale in Wien in Kontakt und begegnete der Regierung Renners angesichts der starken Präsenz der Kommunisten durchaus mit Misstrauen.²⁸⁵

Wie sehr die Besatzungsmächte die Eingliederung der Bundesländer in den Staat erschwerten, verdeutlicht folgendes Beispiel: Als die neu gegründete Salzburger Landesregierung im Frühjahr 1945 als erstes westliches Bundesland Kontakt mit der Regierung Renners aufnahm, um ihr mitzuteilen, dass sie einen gemeinsamen Wiederaufbau Österreichs anstrebte, folgte sogleich eine Verwarnung der amerikanischen Besatzungsmacht. Solche Kundgebungen waren nicht erwünscht, politische Kontakte über die Zonengrenzen hinaus wurden unterbunden.²⁸⁶

²⁸⁵ Neck, Innenpolitische Entwicklung, S. 153 - 155

²⁸⁶ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 103

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass die unterschiedlichen Entwicklungen in den von verschiedenen Mächten kontrollierten Besatzungszonen der Einheit des Staates nicht gerade förderlich zur Seite standen.

Doch das wiederauferstandene Österreich war nicht nur durch die Grenzen der Besatzungszonen geteilt, auch die ideologischen Grenzen zwischen den Bundesländern mussten auf dem Weg zur Einheit des Staates miteinbezogen werden. In Kapitel Zwei wurde bereits erläutert, dass die beiden großen Lager der Ersten Republik, die in der Zweiten Republik in Form von SPÖ und ÖVP weiter existierten, hinsichtlich ihrer Anhängerschaften in der Bevölkerung äußerst stabil blieben. Dies hatte zur Folge, dass die politische Grundstruktur in Österreich nach 1945 eine starke Kontinuität zur Ersten Republik aufwies: Der Westen war christlichsozial, konservativ dominiert, der Osten linkssozialistisch.²⁸⁷

Somit waren die westlichen Bundesländer nicht bereit, sich ohne weiteres der provisorischen Regierung unterzuordnen. Neben dem Übergewicht an Vertretern der Linksparteien befürchtete der Westen vor allem, dass die provisorische Regierung zu stark unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht stand. Eine weitere Abschreckung stellten die Vertreter der KPÖ dar, ihre starke Position in der provisorischen Regierung besaß nach Meinung der westlichen Bundesländer keine Rechtfertigung.²⁸⁸

Karl Gruber, Hauptsprecher der westlichen Bundesländer stellte die Stimmungslage im Sommer 1945 folgendermaßen dar:

„Es begannen jetzt auch die Nachrichten aus Wien reichlicher zu fließen, aber sie waren alles eher als beruhigend. Die Kommunisten hatten dank der Hilfe der Roten Armee in Wien entscheidende Regierungspositionen gewonnen.

²⁸⁷ Rathkolb, *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik*, S. 166

²⁸⁸ Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation*, S. 392

Zum Innenminister war der Kommandeur eines kommunistischen Partisanenbataillons, F. Honner, ernannt worden.

In Westösterreich waren die Meinungen sehr geteilt, was angesichts der Vorgänge in Wien zu tun sei. Einige vertraten die Ansicht, man müsse sofort eine Gegenregierung bilden und jede Einmischung der Wiener Regierung in Westösterreich ablehnen.“²⁸⁹

Wie konkret die Gefahr einer innerpolitisch herbeigeführten Teilung des Landes tatsächlich war, ist schwierig zu beantworten, denn trotz der Abspaltungstendenzen erreichten die separatistischen Strömungen in den Bundesländern im Jahr 1945 bei weitem nicht das Ausmaß wie zu Beginn der Ersten Republik. In diesem Sinne kann die geplante Gegenregierung nicht als Ablehnung gegen den Staat Österreich, sondern eher als Front gegen die Kommunisten eingeordnet werden.²⁹⁰

Ein weiterer Kommentar von Karl Gruber bestätigt dies:

„Gewiß, die Frage, ob Österreich geeint bleiben oder ob es in zwei Teile zerfallen würde, war noch lange nicht entschieden. Aber die Initiative zu einem Zerfall Österreichs durfte auf keinen Fall vom Westen ausgehen. Wir fühlten uns indes verpflichtet, die Wiener Regierung durch eine kraftvolle Aktion aus den Fesseln des Kommunismus zu befreien.“²⁹¹

Grundsätzlich waren alle Parteien und Länder bereit zusammenzuarbeiten, doch über das Wie herrschte Uneinigkeit. Denn trotz der zur Schau gestellten Einhelligkeit der drei Parteien und der einzelnen Bundesländer hinsichtlich des Bekenntnisses zu Österreich gab es gravierende Auffassungsunterschiede bei der Frage, wie die einzelnen Bundesländer zu einer Zentralgewalt zusammengefasst werden sollten.

²⁸⁹ Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 28

²⁹⁰ Altensteiner, Föderalismus in Österreich, S. 21 - 22

²⁹¹ Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 28

Welche Rechte sollten die Länder erhalten, welche Angelegenheiten sollten von Wien aus geregelt werden? Die grundsätzliche Frage, wie zentralistisch bzw. föderalistisch die Zweite Republik werden sollte, beschäftigte nicht nur die einzelnen Länder, sondern war auch Gegenstand zum Teil heftiger Auseinandersetzungen zwischen den drei regierenden Parteien. Renner beschreibt die Denkweise der Parteien folgendermaßen: „Von den drei Parteien dachte die Kommunistische extrem zentralistisch, die Sozialdemokratie neigte einer Verstärkung der Zentralgewalt zu und die Volkspartei war eher extrem föderalistisch.“²⁹²

Um die Gegensätze aus der Welt zu schaffen bediente sich die provisorische Regierung Renner eines Prozesses, der schon zu Beginn der Ersten Republik für einen Ausgleich zwischen Staat und Ländern gesorgt hätte. Als Verantwortlicher für die Idee, nach Vorbild der Ersten Republik ein zweites Mal Länderkonferenzen einzuberufen, zeichnete sich wieder einmal der erfahrene Karl Renner aus, der die Erinnerungen an den Aufbau der Ersten Republik als Basis für die jetzige Vorgangsweise verwendete.²⁹³

Der provisorische Staatskanzler entwickelte den Plan, genau wie 1919 eine Erweiterung der Regierung mit Politikern aus dem Westen ins Auge zu fassen, um die Interessen aller beteiligten Seiten zu befriedigen.²⁹⁴

Weiters stellte Renner die Bedeutung der Konferenzen klar, indem er alle Teilnehmer darauf aufmerksam machte, dass nur die Einheit des Landes die wirtschaftliche und politische Stabilisierung Österreichs gewährleisten könne. Darüber hinaus könne nur auf diesem Wege die internationale Anerkennung Österreichs und somit die Beendigung der Besatzung erreicht werden.

²⁹² Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 235

²⁹³ Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, S. 392

²⁹⁴ Bruckmüller, Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen, S. 15

Sämtliche Sonderbestrebungen der Länder sollten diesen großen Zielen untergeordnet werden.²⁹⁵

Parallel zum Einheitsprozess der Länder vollzog sich die österreichweite Einigung der Parteien, was eine wesentliche Voraussetzung für einen geordneten Ablauf der Länderkonferenzen darstellte. Vor allem der ÖVP kam dabei eine entscheidende Rolle zu, da in den westlichen Bundesländern Vertreter der ehemaligen Christlichsozialen Partei die bestimmenden politischen Kräfte darstellten.²⁹⁶

Die Partei musste einen Mittelweg zwischen den föderalistischen Forderungen der Länder und dem grundsätzlichen Bekenntnis zur staatlichen Zentralgewalt finden, wobei sich diese Lage im ersten Programm der ÖVP, den 15 Leitsätzen, widerspiegelt. Darin bekennt sich die ÖVP in staatspolitischer Hinsicht zu einem „... österreichischen Staat mit einheitlicher Führung, unter voller Achtung der historischen Entwicklung und Eigenart der Länder, Sicherung der ihnen gebührenden Autonomie und weitgehender Selbstverwaltung nicht allein der Länder, sondern auch der Gemeinden und beruflichen Körperschaften.“²⁹⁷

Vor den Länderkonferenzen organisierten sowohl ÖVP als auch SPÖ innerparteiliche Bundestreffen, um die Forderungen der einzelnen Ländervertreter aufeinander abzustimmen und in Folge dessen einheitliche Forderungen stellen zu können.²⁹⁸

Die zweite Voraussetzung für das Abhalten der Länderkonferenzen war die Zustimmung der Alliierten, den Machtbereich der Regierung Renner auf ganz Österreich auszudehnen. Erst nachdem alle ausländischen Mächte zugestimmt hatten, konnte Renner das Datum der Länderkonferenzen vom 24. bis 26. September 1945 bekannt geben.²⁹⁹

²⁹⁵ Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation*, S. 393

²⁹⁶ Kriechbaumer, *Von der Illegalität zur Legalität*, S. 143 - 144

²⁹⁷ Altensteiner, *Föderalismus in Österreich*, S. 42

²⁹⁸ Schärf, *Österreichs Wiederaufrichtung*, S. 126

²⁹⁹ Bruckmüller, *Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen*, S.15

Als Gegengewicht zur provisorischen Regierung schlossen sich die westlichen Bundesländer zu einem Block zusammen. Auch hierbei kam es schon vor den eigentlichen Konferenzen zu Treffen, in denen es gelang, gemeinsame Forderungen zu formulieren. Als Ziele wurde ausgegeben, ein Gleichgewicht zwischen linken und rechten Politikern herzustellen, ebenso eine gleichmäßigere Verteilung von Vertretern aus dem Osten und dem Westen zu erreichen und allgemein den Einfluss der Kommunisten einzudämmen.³⁰⁰

Als Resultat der Länderkonferenz und der gefundenen Kompromisse wurde die provisorische Regierung mit konservativen Politikern aus dem Westen erweitert.³⁰¹

Des Weiteren wurde ein Weg gefunden, der die KPÖ-Vertreter in den Regierungsposten hielt und trotzdem die Befürchtungen der Westländer zerstreute.³⁰²

Die Befugnisse des von den Westländern abgelehnten Innenministers Honner wurden insoweit beschnitten, dass dieser einen ÖVP-Unterstaatssekretär zur Seite gestellt bekam, der für die Abhaltung der Wahlen zuständig sein sollte.³⁰³

Im Allgemeinen kamen die Länder der Aufforderung Renners nach, zeigten Verständnis für die vorübergehende Allmacht der provisorischen Regierung und akzeptierten die zentralistische provisorische Verfassung.³⁰⁴

Letztendlich wurde die Regierung Renner am 20. Oktober 1945 von den Alliierten für ganz Österreich anerkannt, die Gefahr, durch eine Teilung des Landes dasselbe Schicksal wie Deutschland zu erleiden, war gebannt.³⁰⁵

³⁰⁰ Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 29 - 35

³⁰¹ Stourzh, Die Regierung Renner, S. 325

³⁰² Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, S. 393

³⁰³ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 57f.

³⁰⁴ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 117

³⁰⁵ Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung, S. 111

Dank der Zusammenarbeit der Länder war ein weiterer wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Wiederaufrichtung Österreichs und zur Erringung seiner Souveränität getan.

Der Ausgang der Länderkonferenz ist auch mitverantwortlich für die Umgehung der Unabhängigkeitserklärung, die besagte, dass die Republik im Geiste der Verfassung von 1920 wiederhergestellt werden sollte. Die Länder waren einer der stärksten Befürworter für eine Rückkehr zur Verfassung von 1929 und nicht zur ursprünglichen Form von 1920. Dies belegt, wie stark die Länder die innerpolitischen Entwicklungen beeinflussen konnten.³⁰⁶

Dabei entsteht die Frage, warum die Länder zu Beginn der Zweiten Republik zur Einnahme solch starker Machtpositionen in der Lage waren.

Der Schlüssel dazu lag darin, dass die Strukturen der Länder während der vorangegangenen Jahre weitaus besser erhalten geblieben waren als die des Gesamtstaates. Rückblickend gesehen erwiesen sie sich als das stabilste Element der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Selbst die Zeit unter der Herrschaft Hitlers, als es zu teils massiven Eingriffen - wie etwa der Abtrennung einzelner Gebiete von den ursprünglichen Bundesländern - kam, überdauerten sie; ohne dass ihre eigene Identität oder ihre selbstständigen Verwaltungsstrukturen abhanden kamen. Die Wurzeln des stark ausgeprägten Landesbewusstseins reichen unter anderem auch in die Zeit der Ersten Republik zurück, als die mangelnde gesamtstaatliche Identität die Bevölkerung fester an die regionalen Heimatstätten band.³⁰⁷

Dieses tief liegende Heimat- und Landesbewusstsein konnte auch durch die jahrelange Nazi-Propaganda nicht zunichte gemacht werden und wurde von den Menschen mit in die Zweite Republik getragen.

³⁰⁶ Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, S. 393

³⁰⁷ Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 58 - 59

Ebenso wie Renner auf Staatsebene bald nach Kriegsende begann; die staatliche Ordnung wieder herzustellen, fingen die Länder ohne Anstoß von außen an, sich politisch zu organisieren und die dazu nötigen Infrastrukturen wieder aufzubauen. Symbolisch für diese Eigeninitiative stand die Forderung nach Wiederherstellung der alten Ländergrenzen, zu einer Zeit, in der der Aufbau des Gesamtstaates noch lange nicht geklärt war. Die schnell wieder eingerichteten Verwaltungsapparate in den Ländern konnten als Basis für gesamt-österreichische Institutionen genutzt werden und trugen somit dazu bei, das Chaos nach Kriegsende zu meistern. In gewisser Weise stellten die Länder 1945 neben den Parteien die wichtigsten Stützen des Staates Österreich dar.³⁰⁸ Die Zoneneinteilung der Alliierten schnitt zwar die Länder voneinander ab, innerhalb der Grenzen konnte man sich jedoch relativ frei bewegen. Die Länder an sich waren im Inneren nicht geteilt wie der österreichische Staat, weshalb die Existenz der Besatzungsmächte auf ihr Wiederaufleben kein so hohes Hindernis darstellte. Manche Gebiete bildeten hierzu jedoch auch eine Ausnahme, so wie etwa das Mühlviertel vom Rest von Oberösterreich abgetrennt war.³⁰⁹

Da die westlichen Alliierten der provisorischen Regierung Renners die Anerkennung für Gesamtösterreich verweigerten, aber auch keine Alternativmodelle für die Verwaltung der Bundesländer ausgearbeitet hatten, waren die Bundesländer zu Beginn weitgehend auf sich allein gestellt.³¹⁰

Durch all diese Faktoren kam den Ländern bei der Gründung der Zweiten Republik eine bedeutende Rolle zu. Ebenso wie zu Beginn der Ersten Republik bekannten sie sich wieder zum Staat Österreich und halfen bei dessen Aufbau tatkräftig mit.

³⁰⁸ Altensteiner, Föderalismus in Österreich, S. 24 - 25

³⁰⁹ Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 60

³¹⁰ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 43

So wurde auch die Abhaltung der ersten freien bundesweiten Wahlen von den Länderkonferenzen initiiert.³¹¹

Das Bekenntnis zur Einheit Österreichs und die Beibehaltung des traditionellen Modells von Bund, Ländern und Gemeinden, dessen Strukturen sich aus der Ersten Republik erhalten hatten, stellen weitere Kontinuitäten zur österreichischen Vergangenheit dar.³¹²

³¹¹ Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation*, S. 393

³¹² Altensteiner, *Föderalismus in Österreich*, S. 26 - 27

4. Mahnmal Erste Republik

War man sich zwar über die Ursachen des Scheiterns der Ersten Republik oft nicht einig, so wurde doch zu Beginn der Zweiten Republik von allen Gesinnungsrichtungen die Ansicht geteilt, dass viele politische Entwicklungen der Zwischenkriegszeit mehr Schaden als Nutzen brachten und deshalb keine Wiederholung finden sollten. In diesem Sinne fand die Erinnerung an die Erste Republik auch als abschreckendes Beispiel Verwendung, denn wenn auch die Vergangenheit nicht viel Vorbildcharakter bot, so konnte immerhin die Lehre aus den Fehlentscheidungen gezogen werden.

Adolf Schärf, dem wir umfangreiche Berichte über die Aufbauzeit der Zweiten Republik verdanken, setzte sich darin für eine Rückbesinnung auf die Erste Republik ein, damit sich die Geschichte nicht wiederholen möge:

„Es war bei der Darstellung manchmal zweckmäßig, auf Vorfälle zurückzugreifen, die sich in der Zwischenkriegszeit zugetragen haben. Ich glaube, der zeitliche und geistige Abstand von ihnen ist heute schon so groß, daß ein Feststellen von Fehlern, mögen sie in dem einen oder in dem anderen politischen Lager gemacht worden sein, nützen kann, ähnliche Fehler zu vermeiden.“³¹³

Diejenigen Faktoren, die als Hauptursachen für das Misslingen der Ersten Republik interpretiert wurden, sollten in der Zweiten Republik mit bewusst gesetzten Schritten bekämpft werden. Wie in Kapitel Zwei sichtbar wurde, strichen die Parteien immer wieder die Eigenständigkeit Österreichs heraus, niemals wieder sollte Österreich als Staat, den keiner wollte, betrachtet werden. Darum wurde gezielt an der Stärkung des österreichischen Nationalbewusstseins gearbeitet.

³¹³ Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 5

Die Verweise auf die Zwischenkriegszeit dienten dabei als Warnung, wohin ein Mangel an eigener Identität, ein fehlendes Bekenntnis zum eigenen Staat führen konnten:

„Wollen wir aus den bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine Lehre ziehen, so ist es wohl die, daß die größten Gefahren für Österreich immer dann entstanden sind, wenn weite Kreise unseres Volkes ihre Weltanschauung von überallher, nur nicht aus Österreich selbst, bezogen haben. [...] Man kann es dem österreichischen Volk nicht oft genug in Erinnerung bringen, daß die Hauptschuld für alle Not und alles Elend seit dem Jahre 1918 darin liegt, daß größerer Teile unseres Volkes nicht österreichisch sein wollten.“³¹⁴

Da man zu Beginn der Zweiten Republik um die Erfahrung reicher war, dass auch ein kleines Land wirtschaftlich überleben konnte,³¹⁵ wohl aber auch weil eine Anbindung an Deutschland nun hauptsächlich in Verbindung mit den Ideen des Nationalsozialismus betrachte wurde, wurden von den Entscheidungsträgern der Zweiten Republik pauschal sämtliche aus der Zeit der Ersten Republik rührenden Anschlussgedanken abgelehnt. An der Souveränität Österreichs und der eigenen Identität seiner Bevölkerung sollte von Anfang an niemand mehr zweifeln. Die Geschehnisse der Ersten Republik, als bei deren Gründung eine breite Mehrheit gegen die Eigenständigkeit Österreichs eintrat, wurden nun in einem äußerst negativen Licht dargestellt.

„Nur als eine Verzweiflungstat, die nicht im vollen Bewußtsein ihrer Tragweite gesetzt wurde, ist diese Selbstpreisgabe Österreichs 1918 zu verstehen.

³¹⁴ Kasamas, Wir wollen Österreich, S. 23

³¹⁵ Renner, Österreich, Saint-Germain und der kommende Friede, S. 11

Ebenso wie man einem am Leben völlig irre gewordenen Selbstmörder die Zurechnungsfähigkeit absprechen wird, darf man auch der Deklaration der provisorischen österreichischen Nationalversammlung von 1918 keinen nationalpolitisch gravierenden Wert beimessen.“³¹⁶

Neben dem Mangel an Identität, der die Zwischenkriegszeit kennzeichnete, stand der radikale, auf Konfrontation ausgerichtete, politische Stil der Ersten Republik, aus dem letztlich keine Seite als Gewinner hervorgegangen war, als warnendes Mahnmal für die Politikergeneration der Zweiten Republik.³¹⁷

Im Jahr 1945 bot sich den österreichischen Parteien die Gelegenheit für eine grundlegende Veränderung ihres Verhältnisses zueinander. Um inneren sozialen Frieden zwischen den gesellschaftlichen Schichten und eine stabile Staatsführung gewährleisten zu können, durfte die Lagerpolitik der Ersten Republik keine Fortsetzung finden. Die Erinnerung an die Konsequenzen solchen Handelns, die bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges von 1934 reichten, sollte die immer noch bestehenden Gegensätze zwischen SPÖ und ÖVP abmildern. Immer wieder verwiesen deshalb die führenden Politiker beider Parteien mahnend auf die Vergangenheit, um die auftretenden Konflikte frühzeitig zu ersticken.

Kurz nach seinem Amtsantritt nahm Bundeskanzler Figl zu den wieder empor schwellenden Feindseligkeiten im Rahmen des Gedenkens an den Bürgerkrieg von 1934 Stellung:

„Es ist selbstverständlich, daß es im politischen Leben Gegensätze gibt und geben muß. Politik heißt ja schließlich nichts anderes, als Ausgleich zwischen Gegensätzen der Weltanschauungen, der politischen Parteien, einzelner Wirtschaftsgruppen, ja sogar einzelner Menschen.“

³¹⁶ Missong, Die Österreichische Nation, S. 10

³¹⁷ Benedikt, Geschichte der Republik Österreich, S. 480

Politik, und vor allem demokratische Politik, heißt Ausgleich, heißt Mächtigung, heißt Suchen nach Verständigung.“³¹⁸

Allerdings sollte es nicht zu einer Wiederholung der politischen Gangart der Ersten Republik kommen:

„Und niemals wieder soll und darf die Taktik oder die Wahl des Weges - so sehr sie im politischen Alltagskampf mitentscheidend und mitgestaltend sein müssen - uns in jenen Augenblicken entzweien, wo es um unser großes gemeinsames Ziel geht, um die Sicherung der Zukunft unseres freien, demokratischen, österreichischen Volkes. Wir haben einmal eine solche Gelegenheit verabsäumt, wir alle, sämtliche Parteien und Weltanschauungsgruppen in Österreich.“³¹⁹

Felix Hurdes, das Herz der ÖVP, schlug auf einem Parteitag 1947 in dieselbe Kerbe:

„Lernen wir doch alle aus der Vergangenheit, daß man mit den Mitteln der Politik, die in Österreich zwischen den beiden Weltkriegen zur Anwendung kamen, eine dauerhafte Demokratie nicht begründen kann. Lernen wir vor allem deshalb aus der Vergangenheit, damit einmal gemachte Fehler nicht wiederholt werden.“³²⁰

Auch Karl Renner sah den Schlüssel zum Erfolg der Zweiten Republik darin, dass die ideologisch immer noch weit voneinander entfernt stehenden Großparteien durch die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit gelernt hatten, dass Rückkehr zur Konfrontationspolitik der Ersten Republik in jedem Fall zu vermeiden war:

³¹⁸ ÖVP, Die ÖVP und der 12. Februar, S. 7

³¹⁹ Ebenda, S. 8

³²⁰ ÖVP, Protokoll des 1. Bundesparteitages 1947, S. 31

„Der Klassengegensatz zwischen besitzenden und arbeitenden Klassen, einst zur bewaffneten Auseinandersetzung gediehen, besteht wohl fort, aber der Österreicher von heute verwirft jeden Versuch einer Austragung von Gewalt, weil er deren verheerende Wirkung erfahren hat, und so war es möglich, daß die konservative und die soziale Demokratie sich vom ersten Tag der Befreiung fest verschworen haben, in der Not des Landes zusammenzustehen und alles Trennende im Wege redlicher Verhandlungen auf mittlerem Wege auszugleichen ...“³²¹

Die Erkenntnis, dass nur das Miteinander der großen Massenparteien das Überleben Österreichs und seiner demokratischen Einrichtungen gewährleisten konnte, stellte einen wesentlichen Unterschied zur Zeit nach dem Zusammenbruch der Monarchie dar. Zwar hatte auch zu Beginn der Ersten Republik eine Koalition der beiden Lager die Errichtung der republikanischen Staatsform verantwortet, doch kam die damalige Zusammenarbeit nicht über den Charakter einer kurzzeitigen Notgemeinschaft hinaus. Die Durchsetzung der eigenen Ziele, der beidseitige Wunsch alleine zu regieren, stand im Vordergrund.³²²

Im Gegensatz zu 1918 standen Österreich zu Beginn der Zweiten Republik die geschichtlichen Erfahrungen zur Verfügung. Wie in Kapitel Zwei verdeutlicht wurde, diente die Erste Republik in vielen Bereichen als Modell für die Errichtung der Zweiten Republik. Aber auch die negativ besetzten Erinnerungen, die den Entscheidungsträgern der Zweiten Republik als Mahnmal dienten, beeinflussten die Entwicklung der österreichischen Politik, „... und die Art, in der Österreich im Jahre 1945 an seinen Wiederaufbau schritt, beweist, daß Völker manchmal doch aus ihrer Geschichte lernen.“³²³

³²¹ Renner, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, S. 267

³²² Mommsen- Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie, S. 29

³²³ Stadler, Die österreichische Linke, S. 51

Zwar kann das Vermeiden von in der Vergangenheit gemachten Fehlern nicht direkt als Rückgriff gewertet werden, doch zur Beantwortung der Frage, inwieweit die Zweite Republik auf den Erfahrungen der Ersten Republik aufbaute, müssen auch die abschreckenden Erkenntnisse aus den Fehlentwicklungen der Zwischenkriegszeit miteinbezogen werden, aus denen die Lehren gezogen wurden. Vergleicht man die Geschichte der Republiken mit der Aufführung in einem Theater, so kommt man zu dem Schluss:

„Die Generalprobe von 1918 bis 1938 ist danebengegangen, doch die Aufführung ab 1945 ist geglückt.“³²⁴

³²⁴ Rauchensteiner, Die Zwei, S. 19

5. Ergebnisse

Die Charakterisierung der Parteien hinsichtlich Kontinuitäten zur Vergangenheit ergibt eine interessante Ausgangsposition: Während sich die ÖVP als komplett neue Organisation ohne Verankerung in der Vergangenheit beschreibt, heftet sich die SPÖ die Eigenschaft an, die legitime Nachfolgepartei der Sozialdemokratie aus der Ersten Republik zu sein. Die Eigendarstellungen der Parteien sollen jedoch letztlich nicht entscheidend für die Ergebnisse dieser Arbeit sein, es wird der Versuch unternommen, eine möglichst objektive Analyse der beiden Großparteien abzugeben.

Hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus weisen beide Großparteien erhebliche Kontinuitäten zur Ersten Republik auf, sie stützen ihre wiedergewonnenen Mächte auf dieselben Gesellschaftsschichten wie die politischen Lager der Vorjahre. Die SPÖ konnte weiterhin auf die Unterstützung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zählen und rekrutierte ihre Anhängerschaften vor allem in den Städten und Industriezonen. Die ÖVP setzte auf das bewährte Konzept der Gliederung in Bünde, ihre Stammklientel bestand weiterhin aus der Bauernschaft und Gewerbetreibenden. Wie in der Ersten Republik wurde der ländliche Raum weiter konservativ regiert.

Auch hinsichtlich der personellen Besetzung boten die Parteien ein bekanntes Bild, der überwiegende Teil der führenden Männer konnte politische Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit vorweisen.

Die Feststellung dieser Kontinuitäten schließt allerdings gleichzeitige Veränderungen nicht aus. Denn ÖVP und SPÖ setzten sich nicht aus allen Teilbereichen der alten Lager zusammen, sowohl in inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht erfolgte ein Schwenk hin zu gemäßigten Elementen.

Die SPÖ setzte sich zwar sowohl aus den alten Sozialdemokraten als auch den radikaleren revolutionären Sozialisten zusammen, der inhaltliche Kurs und der praktizierte Stil Politik zu machen, wurde jedoch klar vom gemäßigten Flügel rund um Renner und Schärp dominiert. Darüber hinaus wurde ehemaligen Parteigenossen, die sich nicht von den Idealen des Austromarxismus lösen konnten, wie etwa Friedrich Adler, der Eintritt in die Partei verwehrt.

Auch im Aufbau der ÖVP lässt sich eine gewisse Mäßigung feststellen. Die wichtigsten Gründungsmitglieder wie Hurdes und Weinberger hatten während ihrer politischen Laufbahn zwar auch im Austrofaschismus politische Funktionen bekleidet, allerdings waren sie nicht in erster Reihe und als überzeugte Verfechter faschistischen Gedankengutes in Erscheinung getreten. Die Verwendung Leopold Kunschak als Gallionsfigur der ÖVP war zudem ein deutliches Symbol der Abkehr vom Ständestaatgedanken. Darüber hinaus distanzierte sich die neue konservative Partei deutlich von jeglichen Inhalten der Vergangenheit, wohl nicht nur aus Überzeugung, sondern auch aus strategischen Überlegungen.

In SPÖ und ÖVP fanden also überwiegend die gemäßigteren Flügel der alten Lager Platz, was sich in einer allgemeinen Abschwächung der ideologischen Grundsätze und einer Ausprägung eines pragmatischeren Charakters der Politik ausdrückte. Des Weiteren wurde durch die Existenz von personellen Kontinuitäten keinesfalls eine Veränderung der Standpunkte ausgeschlossen. Als Beispiel sei an dieser Stelle Karl Renner erwähnt, der sich im Jahr 1938 noch zum Anschluss bekannt hatte, in der Zweiten Republik aber einer der leidenschaftlichsten Vertreter der Eigenständigkeit Österreichs war.

Auch wenn die grundsätzliche Verwurzelung der Parteiideologien zeitweise noch erkennbar war, so sind die zentralen Inhalte von SPÖ und ÖVP doch als neu zu bewerten.

Die SPÖ bekannte sich zwar zu den Traditionen des Austromarxismus, ihre neue Positionierung im Staat, das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien innerhalb eines demokratischen Rahmens und das Verwerfen der Anschlussgedanken lassen die inhaltliche Ausrichtung der Arbeiterpartei aber eher als Diskontinuität zur Ersten Republik erscheinen.

Ebenso basierten die inhaltlichen Forderungen der ÖVP zwar weiterhin auf christlichem Gedankengut, die Entwicklung des Solidarismus als Leitlinie, das Bekenntnis zur Demokratie und zur Zusammenarbeit sowie die Neuausrichtung des Österreichbegriffes sind jedoch nicht als Rückgriff auf die Erste Republik zu werten.

Sehr wohl eine Fortsetzung fanden jedoch das gegenseitige Misstrauen und die ideologischen Gegensätze, wenn sie auch nicht mehr offen zur Schau gestellt wurden. Nichtsdestotrotz muss festgestellt werden, dass im Rahmen der Wiedergeburt Österreichs auch die mit den Lagerkämpfen verbundenen Emotionen auch in der Zweiten Republik weiter Bestand hatten und sich auch auf den Wiederaufbau auswirkten.

Die subjektive Darstellung der Geschichte durch die involvierten Akteure selbst erschwerte die Suche nach Rückgriffen auf die Vergangenheit beträchtlich, denn unabhängig von den tatsächlichen Fakten, wurde von Seiten der Politiker der Zweiten Republik kein großer Bezug zur Ersten Republik zugestanden. Viel eher wurde das Jahr 1945 als „Stunde Null“, also als völliger Neubeginn, dargestellt. Dass eine Restaurierung der alten Machtapparate stattfand, wurde in den Eigendarstellungen weitgehend verschwiegen, vor allem bei der fehlenden Aufarbeitung der alten Gegensätze wurde in dieser Weise vorgegangen. Die ÖVP beharrte konsequent auf dem Standpunkt, dass sie eine komplett neue Partei wäre, während die SPÖ zwar verkündete, ihre Vergangenheit in Ehren zu halten, dabei aber auch nicht über nostalgische Parolen hinauskam.

Auch bei der Schaffung einer österreichischen Identität fanden die Ereignisse der Jahre von 1918 bis 1938 nur selten Verwendung, stattdessen wurden die kulturellen Errungenschaften der Habsburger Monarchie plötzlich wieder thematisiert.

Im Rahmen des staatlichen Wiederaufbaus fanden eindeutig Rückgriffe auf die Strukturen der Ersten Republik statt. Die Verfassung, die Verwaltung, die Bedeutung der Länder und der Parlamentarismus weisen in ihrer Charakteristik allesamt Kontinuitäten zur Ersten Republik auf.

Wiederum sei an dieser Stelle erwähnt, dass diese Feststellung nicht bedeutet, dass die beschriebenen staatlichen Bereiche der Zweiten Republik haargenau die gleichen waren wie in der Ersten Republik. Selbstverständlich fanden auch hierbei Anpassungen an die gegebenen Umstände statt, bei der Wiederherstellung nahm man sich aber die Erste Republik als Vorlage.

Abschließend soll nicht übersehen werden, dass beim Aufbau der Zweiten Republik die Erste Republik nicht nur als Vorlage diente, sondern auch als mahnendes Negativbeispiel. Auch die bewusste Vermeidung von schon gemachten Fehlern trug zum erfolgreichen Wiederaufbau bei.

Einerseits fand in der Zweiten Republik also eine Restauration der gesellschaftlichen Zustände statt, was sich an den Parallelen der Strukturen und Personen der Parteien sowie an den Rückgriffen beim Wiederaufbau des Staates zeigt, andererseits wurde die Zweite Republik aber auch als Antithese zur Ersten Republik gegründet, womit sich die Zeit ab 1945 charakterlich deutlich von der Vergangenheit abhob.

6. Kritische Betrachtung der Ergebnisse

Um den Wert und wissenschaftlichen Nutzen der im Antwortkapitel dargelegten Ergebnisse richtig einordnen zu können, soll die dieser Diplomarbeit zugrunde liegende Herangehensweise an die Fragestellung abschließend auch aus einem kritischen Blickwinkel betrachtet werden. Das konstruierte Rahmenmodell, das den Fokus einzig und allein auf die innenpolitischen Vorgänge zu Beginn der Zweiten Republik legt, wurde einleitend bereits beschrieben, allerdings ohne auf dessen Sinnhaftigkeit und Legitimität näher einzugehen. Politik stellt grundsätzlich ein komplexes und umfassendes Themenfeld dar, das Augenmerk dieser Arbeit wurde jedoch einzig und allein darauf gelegt, inwieweit die demokratischen Jahre der Ersten Republik als Grundlage für den Wiederaufbau Österreichs im Jahr 1945 dienten. Die Fokussierung lag einzig und allein auf denjenigen politischen Aspekten, die die Konstruktion des Staatssystem und die darin handelnden Parteien und Politiker beinhalteten, andere Bereiche der Politik wie Wirtschaft, Soziales oder Kultur wurden hingegen nicht berücksichtigt. Neben der scharfen inhaltlichen Abgrenzung wurde auch die zeitliche Eingrenzung vorgenommen und die Jahre 1938 bis 1945 ausgeschnitten.

Nun stellt es an sich schon eine fragwürdige Methodik dar, bei der Beschreibung von politischen Vorgängen auf Kernbereiche wie ökonomische Fragen oder Außenpolitik zu verzichten. In Anbetracht der Situation Österreichs in der Nachkriegszeit, in der es wohl zu den bedeutendsten Aufgaben der damals handelnden Politiker zählte, mit der Besetzung Österreichs durch ausländische Mächte umzugehen und Österreich wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen, mag diese Vorgangsweise umso unverständlicher erscheinen.

Darüber hinaus wird Geschichte vor 1945 komplett ausgeblendet, obwohl die Aufarbeitung des Nationalsozialismus Österreich noch lange danach beschäftigte, und die Methode, als Zugang zur österreichischen Geschichte den Hitlerfaschismus als etwas rein Deutsches, also Unösterreichisches, darzustellen, grundsätzlich nicht vertretbar ist.

Was also ist der Zweck dieser Herangehensweise? Sie soll einen Weg darstellen, der es erlaubt, diejenigen Vorgänge zu beleuchten, die von den damals wie heute dominierenden Themen in den Hintergrund gedrängt werden, und dazu zählt definitiv Österreichs Umgang mit seiner Geschichte von 1918 bis 1938.

Die Konstruktion der Stunde Null, der von den Politikern propagierte Mythos von Österreichs Neugeburt im Jahr 1945, steht gewiss in erster Linie in Zusammenhang mit den Ereignissen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, die Dominanz dieser Verbindung verdeckte aber - zum Teil gewollt, zum Teil unbewusst - Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit abseits des Nationalsozialismus. Die Ausklammerung der Jahre 1938 bis 1945 ist somit als Versuch zu verstehen, ausgehend vom Beginn der Zweiten Republik einen Rückblick in die Vergangenheit zu wagen und dabei jene Punkte ans Tageslicht zu bringen, die in Verbindung mit der Ersten Republik und nicht mit der allesüberschattenden Thematik des Nationalsozialismus standen.

Der scharfen Abgrenzung zur Thematik des Nationalsozialismus kann somit durchaus ein gewisser Nutzen zugesprochen werden, ein wenig anders stellt sich die Situation bezüglich der Ausklammerung wesentlicher Kernbereiche der Politik im Nachkriegsösterreich dar. Der Verzicht auf die Darstellung von Einflüssen des Auslands und Wirtschaftspolitik diene hauptsächlich dazu, die umfassende Thematik an die Dimensionen einer Diplomarbeit anzupassen.

Eine vollständige Analyse aller Felder der Politik zu Beginn der Zweiten Republik zu geben und diese dann jeweils auf Kontinuitäten zur Ersten Republik zu durchsuchen, hätte denn Rahmen bei weitem gesprengt, womit die Beschränkung auf den politischen Wiederaufbau begründbar erscheint. Die unvollständige Analyse der Ereignisse muss in Folge aber auch unweigerlich zu Abstrichen bei den Ergebnissen dieser Diplomarbeit führen. Aus diesem Grund beschränkt sich der Anspruch der Arbeit auf die Auflistung von Einflüssen der Ersten Republik auf das Nachfolgemodell, lässt aber eine vollständige Darstellung der Motive für die vorgenommenen Rückgriffe vermissen. Zur Verdeutlichung soll dies an zwei konkreten Beispielen demonstriert werden.

Kapitel Zwei kommt zu dem Ergebnis, dass die Art und Weise der sich ab 1945 entwickelnden Zusammenarbeit von SPÖ und ÖVP etwas völlig Unhistorisches ist, gleichzeitig wird aber festgestellt, dass das in den Lagerkämpfen der Ersten Republik aufgebaute Misstrauen immer noch Bestand hat und die Form der Zusammenarbeit ein Resultat aus der Unfähigkeit der Parteien ist, Konflikte in einem friedlichen und fruchtbaren Stil auszutragen. Wo der Wille zur Zusammenarbeit seinen Ursprung hat und welches Motiv letztlich ausschlaggebend dafür war, kann allerdings nicht beantwortet werden. Es soll jetzt nicht der Eindruck entstehen, dass krampfhaft eine monokausale Ursache gesucht wird, sicherlich spielten mehrere Gründe zusammen, zum einen der Druck und die Vorgaben der Besatzungsmächte, zum anderen auch die Einsicht und die Erfahrungen aus der Ersten Republik oder der Rückgang der radikalen Parteiideologien.

Anfangs angedachte Thesen wie „Die Zusammenarbeit zu Beginn der Ersten Republik war nur eine Notlösung, im Jahr 1945 hingegen entstand sie aus Überzeugung“ mussten allerdings schlicht und einfach aufgrund ihrer Unbeantwortbarkeit wieder fallen gelassen werden. Denn welches Motiv nun letzten Endes wirklich ausschlaggebend war, geht aus den - vielmals von den Politikern selbst verfassten - Quellen nicht hervor.

Ebenso wie bei der Entscheidung über den politischen Stil konnten auch die inhaltlichen Entscheidungsprozesse nicht vollständig ausgeleuchtet werden.

Inwieweit die Übernahme der Verfassung von 1929 etwa tatsächlich auf der Einsicht beruht, dass man die demokratische Entwicklung der Ersten Republik nicht einfach übergehen wollte, kann nicht eindeutig beantwortet werden, denn ebenso stellte der Rückgriff auf das Vorhandene eine geschickte Variante dar, um etwaige tiefer gehende Diskussionen mit den anderen Parteien und Einmischungen von Seiten des Auslands zu verhindern. Dass die Verfassung einen Rückgriff auf die Erste Republik darstellt, steht außer Frage, was letzten Endes nun als das entscheidende Motiv für die Rückbesinnung auf dieses Erbe der Ersten Republik fungierte, kann jedoch nicht eindeutig beantwortet werden.

In Anbetracht der Kritikpunkte muss die vorliegende Diplomarbeit so eingeordnet werden, dass sie einen guten Überblick darüber bietet, welche Elemente der Ersten Republik in der Zweiten Republik ihre Fortsetzung fanden. Darüber hinaus wurde zwar auch der Versuch unternommen, einen Einblick in die Motive für die Weiterverwendung vertrauter Mechanismen der Zwischenkriegszeit zu geben, es muss allerdings eingeräumt werden, dass diesbezüglich einige Fragen offen geblieben sind und durchaus noch Raum für eine tiefer gehende und umfassendere Behandlung des Themas existiert.

Literaturverzeichnis

ALTENSTEINER, Christa: Der Föderalismus in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der politischen Verhältnisse von 1945 - 1966. Heidelberg 1969

BENEDIKT, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954

BEZEMEK, Ernst/Rosner, Willibald: Niederösterreich 1945 – Südmähren 1945. Wien 1996

BOTZ, Gerhard/Stadler, Karl R./Weidenholzer, Josef (Hg): Perspektiven und Tendenzen in der Sozialpolitik. Oswin Martinek zum 60. Geburtstag. Wien 1984

BRUCKMÜLLER, Ernst (Hg): Wiederaufbau in Österreich 1945 - 1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien 2006

ENDERLE-BURCEL, Gertrude /Jerabek, Rudolf/Krammerhofer, Leopold: Protokolle des Kabinettsrates der provisorischen Regierung Karl Renner 1945. „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945. Band 1, Wien 1995

FIGL, Leopold: Österreich geht an die Arbeit. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 21. Dezember 1945. Politische Zeitprobleme, Band 1, Wien 1945

FIGL, Leopold: Sinn, Weg und Ziel der Österreichischen Volkspartei. Wien 1947

GOLDINGER, Walter: Geschichte der Republik Österreich. Wien 1962

GRUBER, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953

GUTKAS, Karl: Die Zweite Republik. Österreich 1945 – 1985. Wien 1985

HANISCH, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994

HANNAK, Jacques: Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie. Wien 1965

HELLBLING, Ernst: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Wien 1956

HELMER, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte. Wien 1957

RENNER, Karl: Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs. In: Wiener Zeitung, 19.1.1947, S. 1 - 2

KASAMAS, Alfred: Wir wollen Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Wien 1947

KASAMAS, Alfred: Programm Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Wien 1949

KLAMPER, Elisabeth: „Ein einzig Volk von Brüdern“. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, Nr. 5/6, 1997, S. 170 - 185

KONRAD, Helmut (Hg): Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln; Anschluß 1918 und 1938: Nachwirkungen. Wien 1978

HAAS, Hans: Otto Bauer und der Anschluss 1918/1919.

KREISSLER, Felix: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien 1984

KRIECHBAUMER, Robert: Von der Illegalität zur Legalität. Gründungsgeschichte der ÖVP. Wien 1985

MISSONG, Alfred: Die Österreichische Nation. Wien 1948

MOMMSEN-REINDL, Margareta: Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg. Wien 1976

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI: Protokoll des 1. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei. Wien, 18. bis 21. April 1947. Wien 1947

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI: Die ÖVP und ihre Mandatare (Nationalrat und Bundesrat). Wien 1947

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI: Die ÖVP und der 12 Februar. Ein kurzer Tatsachenbericht des Hauptreferats für Presse und Publizistik der ÖVP. Politische Zeitprobleme, Band 3, Wien 1946

PELINKA, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. Innsbruck 2005

PELINKA, Anton / Weinzierl, Erika (Hg): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1987

RATHKOLB, Oliver (Hg): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung. Wien 1985

RAUCHENSTEINER, Manfred: Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945 - 1966. Wien 1987

RENNER, Karl: 950 Jahre Österreich. Wien 1946

RENNER, Karl: Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der provisorischen Regierung der Republik. Wien 1945

RENNER, Karl: Die neue Welt und der Sozialismus. Wien 1946

RENNER, Karl: Österreich, Saint-Germain und der kommende Friede. Wien 1946

RENNER, Karl: Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik. Wien 1953

SCHÄRF, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945 - 1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955

SCHÄRF, Adolf : Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1960

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (Hg): Baumeister der ersten und zweiten Republik. Zur Promotion des Staatskanzlers Dr. Karl Renner zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften. Wien 1945

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS: Parteitag 1946. 15., 16. und 17. November 1946. Wien 1946

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS: Parteitag 1945. 14. und 15. Dezember 1945. Wien 1945

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS: Rückblick und Ausschau. Sozialistische Hefte, Folge 1, Wien 1945

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS: Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs beschlossen auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 23. bis 26. Oktober 1947. Wien 1947

STADLER, Friedrich (Hrsg.): Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien 1988

STADLER, Karl: Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann. Wien 1982

STOURZH, Gerald: Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert . Wien 1990

STOURZH, Gerald: 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? Innsbruck 2005

STOURZH, Gerald: Die Regierung Renner, die Anfänge der Regierung Figl und die Alliierte Kommission für Österreich September 1945 bis April 1946. Wien 1966

WAECHTER-BÖHM, Liesbeth (Hg): Wien 1945 Davor/Danach. Wien 1985

WEIBEL, Peter/Steinle, Christa (Hg): Identität: Differenz. Tribüne Trigon 1940 - 1990. Eine Topografie der Moderne. Wien 1992

WEINERGER, Lois: Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich. Wien 1948

WEINZIERL, Erika/Skalnik Kurt (Hg): Österreich. Die Zweite Republik. Band 2, Graz Wien Köln 1972

WEINZIERL, Erika/Skalnik Kurt: Österreich. Die Zweite Republik. Band 1, Graz Wien Köln 1972

WIMMER, Gisela: Österreich zwischen West und Ost von 1945 bis zum Abschluss des Staatsvertrages. Zur Frage der österreichischen Option. Österreichs Selbstverständnis in der zeitgenössischen Publizistik von ÖVP, SPÖ und KPÖ. Würzburg 1978

ZÖLLNER, Erich (Hg): Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme. Wien 1985

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Zweite Republik Österreichs auf das Modell der Ersten Republik zurückgreift, beziehungsweise in welchen Bereichen 1945 tatsächlich ein Neubeginn stattgefunden hat. Die dahinter stehende Motivation ist, die Ursprünge unseres heutigen Österreichs offen zu legen, und historische Mythen rund um die "Stunde Null" und die "Neugeburt" Österreichs zu entkräften.

Um möglichst nahe an den Ereignissen der jungen Zweiten Republik zu sein, wurden als Quellen vorwiegend direkte Überlieferungen der damaligen Politiker, Protokolle von Parteiensitzungen und Regierungstreffen, Parteipublikationen und Zeitungsartikel verwendet.

Die Diplomarbeit kommt zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich der Parteien, den handelnden Akteuren und den grundlegenden Strukturen des Modells der Zweiten Republik nicht von einem Neubeginn gesprochen werden kann. Die "neuen" Parteien setzen sich zu einem Großteil aus den Resten der Organisationen der Zwischenkriegszeit zusammen, die den politischen Kurs bestimmenden Personen begannen ihre politischen Karrieren allesamt in der Ersten Republik oder sogar noch früher. Bei der Schöpfung der Zweiten Republik fanden zentrale Elemente des Vorgängermodelles wieder Verwendung, etwa die Verfassung in der Form von 1929, das parlamentarische System oder der bundesstaatliche Aufbau Österreichs. Somit stellt die Zweite Republik zwar einen neuen Abschnitt in der österreichischen Geschichte, nicht aber einen kompletten Neubeginn, dar.

Lebenslauf

Angaben zur Person



Dominik Dax

Geboren am 6. Juli 1984 in Ried im Innkreis

Österreichische Staatsbürgerschaft

Glossystraße 2

1140 Wien

Tel: 0650/6809577

E-Mail: Dominik.Dax@Inxnt.org

Ausbildung

1990 - 1994 Volksschule Steinerkirchen an der Traun

1994 – 2002 Realgymnasium Lambach

2003 – 2009 Studium Lehramt Geschichte und Mathematik Universität Wien

Stand Oktober 2009